



# Plenarprotokoll

## 93. Sitzung

Mittwoch, 15. Juli 2015

<b>Europa muss in der Krise zusammenstehen</b> .....	7836	Torsten Albig, Ministerpräsident...	7837
		Daniel Günther [CDU].....	7844, 7882
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3216		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7849, 7879, 7884
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7836	Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7857, 7882
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	7836	Wolfgang Kubicki [FDP].....	7861, 7880
<b>Regierungserklärung „Rot-Grün-Blaue Weichenstellungen für Schleswig-Holsteins Zukunft“</b> .....	7837	Torge Schmidt [PIRATEN].....	7868
		Lars Harms [SSW].....	7872
		Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	7878
		Angelika Beer [PIRATEN].....	7879
		Christopher Vogt [FDP].....	7883
		Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7884
		Dr. Heiner Garg [FDP].....	7885

Wolfgang Baasch [SPD].....	7886	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	7903
<b>Europa ohne Grenzen</b> .....	7887	Hans-Jörn Arp [CDU].....	7904
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP		Beschluss: Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/2569 in der Fassung der Drucksache 18/3181 in namentlicher Abstimmung.....	7904
Drucksache 18/3172 (neu)			
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	7887		
Astrid Damerow [CDU].....	7888		
Birte Pauls [SPD].....	7889		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7890		
Angelika Beer [PIRATEN].....	7891		
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	7892		
Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	7893		
Beschluss: Überweisung an den Europaausschuss.....	7895	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3159	
<b>Unabhängige Patientenberatung sicherstellen</b> .....	7895	<b>b) Ergänzungen der Themenschwerpunkte der Sportministerkonferenz</b> .....	7905
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3219		Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2848	
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7895	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/3169	
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	7895	<b>c) Evaluation des Sanierungsstaus bei Sportstätten in den Kommunen</b> .....	7905
<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung einer Kammer für die Heilberufe in der Pflege</b> .....	7895	Antwort der Landesregierung Drucksache 18/1951	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/2569		Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/3170	
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 18/3181		Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-erstatteerin.....	7905
Peter Eichstädt [SPD], Bericht-erstatte.....	7896	Barbara Ostmeier [CDU].....	7905
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	7896	Beate Raudies [SPD].....	7906
Birte Pauls [SPD].....	7897	Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7908
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7898	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	7909
Anita Klahn [FDP].....	7899	Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	7910
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	7900	Lars Harms [SSW].....	7911
Flemming Meyer [SSW].....	7902	Thomas Hölck [SPD].....	7912
		Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	7912

Beschluss: 1. Überweisung des Antrags Drucksache 18/3159 an den Innen- und Rechtsausschuss  
 2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2848  
 3. Kenntnisnahme der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Drucksache 18/1951.....

7913

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

\* \* \* \*

**Wahl der Landesbeauftragten für den Datenschutz .....**

7913

Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW  
 Drucksache 18/3184

Beschluss: Annahme.....

7914

**35. Tätigkeitsbericht 2015 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein für den Berichtszeitraum 2013/2014 ....**

7914

Drucksache 18/2730

Dr. Axel Bernstein [CDU]..... 7914

Peter Eichstädt [SPD]..... 7915

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 7916

Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 7918

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 7918

Lars Harms [SSW]..... 7919

Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 18/2730 an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....

7920

**35. Tätigkeitsbericht 2015 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein für den Berichtszeitraum 2013/2014 ....**

7921

Drucksache 18/2730

Lars Harms [SSW]..... 7921

**Beginn: 10:02 Uhr**

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 34. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt ist Herr Abgeordneter Jürgen Weber. Wir wünschen ihm gute Besserung.

(Beifall)

Frau Abgeordnete Anita Klahn hat nach § 47 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung mitgeteilt, dass sie an der heutigen Vormittagsitzung des Landtags nicht teilnehmen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW haben im Wege der Dringlichkeit mit der Drucksache 18/3216 einen Dringlichkeitsantrag „Europa muss in der Krise zusammenstehen“ eingereicht:

**Europa muss in der Krise zusammenstehen**

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/3216

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Herr Dr. Stegner, Sie haben das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Wochenende - oder genauer gesagt erst am Montagfrüh - ist in Brüssel eine Entscheidung getroffen worden, die - so glaube ich - weitreichende Folgen für die Fragestellung hat, welches Europa wir eigentlich haben wollen und wie das mit dem europäischen Zusammenhalt aussehen soll. Das ist eine Entscheidung, die natürlich alle Ebenen betrifft: Europa, den Bund, die Länder und die Kommunen. Deswegen sind wir der Meinung, dass auch der Landtag sich dazu verhalten sollte. Der Deutsche Bundestag wird das morgen auch tun. Wir sollten gemeinsam über die Frage diskutieren: Was ist das eigentlich für ein **Europa**, das wir haben wollen? Es geht um **grundlegende Weichenstellungen**, und man kann vielen Äußerungen der vergangenen Tage entnehmen, dass die Vorstellungen über Europa sehr weit auseinandergehen.

Die Koalitionsfraktionen legen heute einen Antrag vor, der unsere Vorstellungen darlegt. Wir möchten darüber gern in diesem Haus mit allen Fraktionen debattieren, auch um auszuloten, wo die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede sind. Europa geht jeden an, Europa geht uns alle an. Wir wollen ein soziales Europa und ein Europa, das zusammen bleibt. Darüber möchten wir gern debattieren. Daher bitten wir Sie, der Dringlichkeit unseres Antrags zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich sehe, dass weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. Ich lasse abstimmen über den Dringlichkeitsantrag Drucksache 18/3216. Es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen. Die Dringlichkeit ist mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen bejaht.

Ich schlage Ihnen vor, den Antrag als Tagesordnungspunkt 34 A in die Tagesordnung einzureihen. Die Parlamentarischen Geschäftsführer mögen sich über die Redezeiten verständigen und mir einen Vorschlag über den Zeitpunkt des Aufrufs machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit der folgenden Maßgabe zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 5, 6, 10, 12, 19, 22, 31, 32, 35, 38, 39, 42 und 43 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 7, 9, 12, 16, 33, 35, 37, 44 und 46.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte: 17, 40 und 41, Auflösung des Sanierungsstaus bei den kommunalen Sportstätten, 18 und 45, Bericht zur Situation und zur Vergütung in der HSH Nordbank und die Tagesordnungspunkte 20 und 21, Förderzentren mit Schwerpunkt geistige Entwicklung und Verbesserung Elternbeteiligung und -beratung an Schulen.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ih-

**(Präsident Klaus Schlie)**

nen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 34. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir begrüßen auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Marion-Dönhoff-Gymnasiums aus Mölln. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 A auf:

**Regierungserklärung „Rot-Grün-Blaue Weichenstellungen für Schleswig-Holsteins Zukunft“**

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Torsten Albig.

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele Bürger in unserem Land fragen sich: Bewegt Politik eigentlich wirklich etwas? Sie fragen sich: Macht es einen Unterschied, ob die regieren oder ob die regieren?

(Astrid Damerow [CDU]: Wohl schon!)

Das ist eine Frage, die uns in der Tat umtreiben sollte, weil das diffuse Gefühl, das die Menschen haben, einer der Gründe für Verdrossenheit sein kann. Die Antwort darauf zu geben, ist eine Regierungserklärung im Wortsinne, nämlich zu erklären, wofür Regierung steht. Ich möchte Ihnen die Antwort geben. Ich möchte Sie Ihnen anhand der Menschen geben, für die wir - für die ich - Politik machen, anhand der Menschen, für die unsere Politik einen Unterschied machen soll.

Nehmen wir eine ganz normale **Familie aus Schleswig-Holstein**, eine Familie aus Elmshorn. Das ist eine Familie, wie es sie in Schleswig-Holstein tausendfach gibt: ein junges Paar, 34 und 32 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder. Nennen wir sie Matthias und Katrin Hansen mit ihren Kindern Hendrik und Lisa. Lisa wird bald drei, Hendrik ist schon zehn. Die Hansens wohnen zur Miete, sparen auf etwas Eigenes und hoffen, sich das bei den niedrigen Zinsen bald leisten zu können - wenn beide weiter Arbeit haben. Er arbeitet im Einzelhandel, sie halbtags bei einer Versicherung. Sie verdienen

3.050 € netto. Sie zahlen 375 € Lohnsteuer und im Monat 14,52 € Solidaritätszuschlag.

Lisa kommt in das letzte Krippenjahr. Das kostet mehr als die Steuer. 400 € im Monat müssen die Hansens dafür bezahlen. Hendrik geht in die vierte Klasse, auch das kostet. Die offene Ganztagsbetreuung muss schließlich bezahlt werden. Für seine Eltern steht bald die Entscheidung an: G 9 oder G 8? Welche weiterführende Schule ist die richtige für unseren Sohn?

Und wie in so vielen Familien ist es immer noch die Mutter, die die Mehrfachbelastung aus Arbeit und Familie trägt: Ihr Job, die Hobbys der Kinder, gesunde Ernährung, der Haushalt - und die Oma, um die sie sich kümmert. Vielleicht braucht sie dafür bald den Pflegedienst? Sie überlegen: Wie wird das bezahlt, wie wird das organisiert? - Darüber mögen die Hansens noch gar nicht nachdenken.

Meine Damen und Herren, das ist Alltag in Schleswig-Holstein. Das ist Lebenswirklichkeit, die manchmal hart an die Belastungsgrenzen von Matthias und seiner Frau gehen. Das ist das wahre Leben der Leistungsträger unserer Gesellschaft; Menschen im ganz normalen Wahnsinn des Lebens, Menschen, die sich von der Politik viel zu oft allein gelassen fühlen. Gut eine Viertelmillion von Familien dieser Art gibt es in Schleswig-Holstein in einer vergleichbaren Lebensphase. Die Alleinerziehenden kommen noch dazu. Die kleine Lisa spielt zum Beispiel oft mit Stella. Deren Mutter Tanja Knabe, 24 Jahre alt, arbeitet halbtags beim Zahnarzt und braucht einen verlässlichen Kita-Platz für ihre Tochter. Sie verdient 1.270 € netto, zahlt 67 € Steuern. Das Geld für sie ist noch knapper.

Tausendfach gibt es eine solche Familie in Schleswig-Holstein, 92.000 sagt die Statistik. Wir machen Politik für diejenigen, die hart arbeiten und sich in ihrer Familie und ihrem Umfeld für Zusammenhalt und Zukunft in unserem Land einsetzen. Für diese Leute machen wir Politik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Familien** werden deshalb in den nächsten Jahren noch stärker im Mittelpunkt unserer Regierungsarbeit stehen. Das haben wir in den vergangenen Wochen so verabredet, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir nehmen mit unserer Politik die Familien in all ihren Lebenssituationen in den Blick, von der

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Kleinkindbetreuung bis zur Altenpflege. Wer betreut meine Kinder? Kann ich den Anforderungen meines Jobs gerecht werden? Wer pflegt die Großeltern? Welche Schule ist gut? Wird mein Kind studieren können? Wie werden wir unsere letzten Lebensjahre verbringen? Wie digital wird das Leben noch werden? Kann ich bald nur noch im Internet einkaufen? Wie sichere ich meine Familie ab? Wie komme ich zur Arbeit, und wie komme ich zum Arzt?

Um diese Fragen kreisen unsere Familien ganz konkret, und diese Fragen muss Politik beantworten. Unsere Politik tut das, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie denn?)

Wir wollen dort ansetzen, wo jede Familie Unterstützung braucht und wo politische Entscheidungen direkt helfen, nämlich bei der Familie. Hieran arbeiten wir seit 2012.

Am 7. Juli 2015 haben wir die politischen Weichen dafür gestellt, dass das auch in den nächsten Jahren so weitergeht: Entlastung für die Familien, mehr Kita-Qualität, Hilfe für Kommunen, erheblich mehr Mittel für Hochschulen, kulturelle Vielfalt, Stärkung der Polizei. Mit diesem Paket machen wir das Leben vieler Menschen in diesem Land konkret besser, vor allem das Leben der Familien.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Koalition macht Politik für diejenigen, die schwer arbeiten und unser Land zusammenhalten, von der alleinerziehenden Krankenschwester in Kiel über den Polizeiobermeister in Brunsbüttel bis zu den Professoren in Lübeck.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wüsste ich aber!)

Wir machen Politik für diejenigen, die jeden Tag ihre Kinder auf den Weg bringen, die ihren Aufgaben nachgehen, die in den Unternehmen dieses Landes arbeiten, an den Schulen und Einrichtungen und dann auch noch Zeit haben, sich in einem Ehrenamt zu engagieren.

Staat muss die **Organisation** dieses **Alltags** unterstützen, das heißt gute Kitas, gute Bildung an Schulen und Unis, bezahlbare Mieten, innere und soziale Sicherheit und gute Arbeit. Wer arbeitet, muss davon seine Familie ernähren können. In unserem offenen, modernen und toleranten Schleswig-Holstein wird dies für alle möglich werden, für

Menschen jeder Herkunft, und Kinder aller Familien, für Frauen und Männer gleichermaßen, in einer Arbeitswelt, die berufliche Chancen ermöglicht und dabei die Bedürfnisse der Familie achtet. Als Familie wollen wir übrigens das achten, was die Menschen als Familie empfinden. Es reicht nicht, Bloggern Interviews zu geben, wenn das Familienbild noch der Zeit entstammt, in der die Zeitung erfunden wurde, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Landesregierung will die echten Probleme der Bürgerinnen und Bürger lösen - Politik aus der Mitte des Alltags. Wie bekommen wir gute Lehrerinnen und Lehrer an die Schulen? Wie können wir die Familien finanziell entlasten? Wie können wir unseren Polizeibeamten wirklich helfen? Wie sieht unser Weg ins digitale Zeitalter aus? Wie bringen wir bis 2030 endlich unsere Infrastruktur auf Vordermann?

Rechnen wir das einmal runter auf die Hansens oder auf Frau Knabe, die ich Ihnen vorgestellt habe. Die erste Antwort im Bereich der **Kitas**: Wir bauen Kitas aus, zahlenmäßig und qualitativ. Bei den unter Dreijährigen ist der Bedarf am größten. 20.000 U-3-Plätze haben wir bereits, was uns im Bundesvergleich auf den dritten Platz der westdeutschen Flächenländer bringt. Jahr für Jahr werden es mehr. Weil die Kitas wichtig sind und immer wichtiger werden, machen wir sie künftig zu Familienzentren und finanzieren die individuelle Förderung auch der sozial benachteiligten Kinder.

Auch im Sprachbereich für die Kinder, die sich noch schwer tun mit der deutschen Sprache, werden wir etwas ändern. Je früher wir damit beginnen, desto einfacher geht Integration. Da ist der erste Schlüssel für Integration.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen bilden wir Erzieherinnen und Erzieher fort. Wir wollen und werden die Kommunen dabei nicht überfordern. Deswegen steigern wir und erhöhen wir Pro-Platz-Förderung im U-3-Bereich von 10.000 € auf über 13.000 € in 2018.

Das Land gibt so viel Geld für Kitas aus wie noch nie in seiner Geschichte. Es gibt mehr in die Betriebskosten, mehr in die Sprachförderung, mehr in die Qualität. Über weitere rund 20 Millionen € werden wir den Fachkraft-Kind-Schlüssel verbessern. Ziel ist die zweite Kraft am Nachmittag. Wenn Katrin ihre Tochter abholt, dann kann sie sicher sein,

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

dass die beiden Erzieherinnen auch Zeit hatten, mit Lisa zu spielen und sie nicht nur zu verwahren, wie es heute manchmal der Fall ist.

Die Details stimmen wir mit den Kommunen ab, und zwar kommunalfreundlich. Das nennen wir solidarisch: Land und Kommunen Hand in Hand.

Viele **Krippengebühren** sind eine überdurchschnittliche Belastung für die Familien; ich habe es eben erwähnt. Für einen U-3-Platz in Elmshorn legen die Hansens rund 430 € im Monat auf den Tisch. Für Familien, die auf ALG II angewiesen sind, haben wir landesweit bereits die Gebühren heruntergesetzt, wir haben diese Bezieher befreit. Das ist ein Schritt, der lange überfällig war. Jetzt werden wir die anderen Familien direkt entlasten, spürbar und verlässlich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir starten damit am 1. Januar 2017. Wir starten im U-3-Bereich in der öffentlich geförderten Kinderbetreuung mit 23 Millionen €. Unsere Pläne sind familienfreundlich, unbürokratisch und ganz konkret. Wir entlasten Familien mit Kindern unter drei Jahren um 100 € pro Kind und Monat. Wir als Land helfen damit den Familien, die von den familienpolitischen oder gar steuerpolitischen Entscheidungen in Berlin zu wenig oder eben gar nicht profitieren. Die Erhöhung von Kindergeld um 4 €, die Erhöhung der steuerlichen Freibeträge und der Abbau der kalten Progression würden dieser Familie bei 50.000 € brutto im Jahr eine Entlastung um 250 € bringen, die Abschaffung des Solis 15 € im Monat. Wir dagegen geben 100 € im Monat in Form von Gutscheinen. Das ist eine Entlastung von 1.200 € für die Familien. Das, meine Damen und Herren, kommt an. Das merkt diese Familie zum ersten Mal.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Es ist schon drollig, dass einem immer entgegengehalten wird, wie man denn mit Steuermitteln umgehe, dass man sie gar nicht habe, wenn es darum geht, endlich auch diejenigen zu entlasten, die wirklich entlastet werden müssten. Wenn für ein Vielfaches der öffentlichen Belastung Solidaritätszuschläge oder Steuertarife geändert werden, dann kümmert das diejenigen, die das in den Raum tragen, gar nicht. Ein Vielfaches wird es unser Land kosten, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen. Diese Familie hat davon gar nichts, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie profitiert von der Senkung der Kindergartenbeiträge.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Damit werden wir nicht aufhören, bis wir alle Familien in Schleswig-Holstein bei der Benutzung der Krippen und Kitas kostenfrei gestellt haben. Das wird eine Zeit dauern. Jahr für Jahr werden wir einen Schritt vorangehen. Aber wir gehen voran, und wir werden damit nicht mehr aufhören.

Wir handeln, genau wie beim **bezahlbaren Wohnraum**, den wir mit der Mietpreisbremse und dem Wohnraumförderungsprogramm voranbringen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Auch das hilft diesen Familien, insbesondere der Mutter von Stella, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren! Nichts ist für die Eltern wichtiger als die Frage: Wie gut ist eigentlich die **Schule** meiner Kinder? - Das macht sich an ganz handfesten Dingen fest: Wie viele Stunden werden bei Hendrik an der weiterführenden Schule ausfallen?

Alle Kinder sind verschieden. Ist die Schule gut darauf vorbereitet? Blättert von den Wänden schon der Putz? Muss die Turnhalle bei Sturm möglicherweise gesperrt werden? Auf alle diese Fragen gibt es nur eine vernünftige Antwort: Gute Schulen brauchen gute Lehrerinnen und Lehrer, guten Unterricht und gute Ausstattung. Nach genau dieser Maxime handeln wir jeden Tag unserer Regierung, meine Damen und Herren.

Der wichtigste Hebel des Landes ist die kontinuierliche **Verbesserung der Unterrichtsversorgung**. Denn ein klares schulisches Angebot haben wir: Das ist G 8 an den Gymnasien und G 9 an den Gemeinschaftsschulen. Daran wird diese Koalition, solange sie regiert, nichts ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit den 36,4 Millionen €, die dem Land durch den BAföG-Kompromiss erhalten bleiben, haben wir die Unterrichtsversorgung verbessert: 728 Lehrerinnen und Lehrer mehr bis 2017. So kommen wir unserem Ziel Schritt für Schritt näher, von heute 94 % auf 100 % Unterrichtsversorgung zu kommen.

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Zum Schuljahr 2015/16 werden wir 240 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen, da die Klassen durch zusätzliche Schülerinnen und Schüler aus Flüchtlingsfamilien größer werden. Wir schicken zum nächsten Schuljahr mehr als 300 Schulassistenten an die Grundschulen. Das Land beteiligt sich weiterhin an den Kosten der Schulbegleitung für Sek I und Sek II mit 5,2 Millionen €. Insgesamt stärken wir die Schulen damit um mehr als 18 Millionen € zusätzlich im Jahr 2016. Wir werden damit nicht aufhören, solange wir regieren, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Seit diesem Jahr fangen wir auch über 13 Millionen € auf, die der Bund bislang für **Schulsozialarbeit** zahlte. Dazu finanziert das Land mit 4,6 Millionen € Schulsozialarbeit an den Grundschulen. Weil diese Arbeit für unser Land unverzichtbar ist, tragen wir also insgesamt fast 18 Millionen €, investiert in Schulsozialarbeit und in die Zukunft unserer Kinder. Wir tragen jetzt über 36 Millionen € für Personal, das in den Schulen die Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte und die Eltern unterstützt. Würden wir irgendwann einmal zu einer sinnvollen Investitionsquote kommen, dann wäre dieser Betrag die zentrale Botschaft einer klugen Investitionsquote in unser Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir konzentrieren auch die Mittel aus dem Investitionspaket für finanzschwache Kommunen auf die **Sanierung von Schulen und Kitas**. Die 48 finanzschwächsten Kommunen und Gemeinden im Land werden aus einem vom Bund aufgelegten Sondervermögen knapp 100 Millionen € bekommen. Der kommunale Eigenanteil liegt bei 10 %. Elmshorn wird davon profitieren. Auch die Schule von Hendrik wird davon profitieren.

Meine Damen und Herren! Irgendwann werden Hendrik und Lisa größer. Sie werden überlegen, ob sie studieren oder ob sie einen Beruf erlernen. Wir sind auf beides vorbereitet. Bei uns gibt es starke Hochschulen ohne Studiengebühren. Das Land kümmert sich um seine Hochschulen. Es unterstützt genauso die handwerklich und kaufmännisch Begabten, etwa mit dem Meister-BAföG, oder die, die Startschwierigkeiten haben, zum Beispiel mit der assistierten Ausbildung.

Angenommen, Lisa wollte studieren und ihr Schulabschluss sagt: Ja, mach das! - Wie attraktiv wäre ein Studium in vertrauter Umgebung in unserem

Land? Von der Lebensqualität her ist es keine Frage: Wer will Schleswig-Holstein denn schon verlassen? Hier kann man leben und die Miete bezahlen, besser als in Hamburg, London oder München. Wissenschaftliche Exzellenz und Qualität - hier bei uns ist die Lehre im Norden auf hohem Standard. Das müssen wir halten, besser noch: ausbauen. Deshalb werden wir die Defizite bei der **Grundfinanzierung** gemeinsam mit den **Hochschulen** abbauen und ihnen langfristige Planungssicherheit geben. Dafür geben wir 2016 rund 10 Millionen € mehr für die Grundfinanzierung der Fachhochschulen und Universitäten aus. In den kommenden Jahren packen wir jährlich 5 Millionen € drauf, bis die Grundfinanzierung 25 Millionen € höher ist als heute.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die 30 Millionen € an Landesmitteln aus dem Hochschulpakt III werden wir über 2021 hinaus verstetigen. Das ist Geld, das auch in Hochschulgebäude investiert werden darf, für Hochschulen, an denen man gern studiert und die übrigens in diesem Jahrhundert nie besser gefördert wurden - sagen jedenfalls die Hochschulen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit Familien und alle anderen in Schleswig-Holstein gut leben können, muss Schleswig-Holstein attraktiv für Unternehmen und für Arbeit sein. Auch dieses Ziel leitet unser Handeln.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Oh!)

Unsere **wirtschaftlichen Kerndaten** sind gut, besser als je.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

Die Arbeitslosenquote lag im Juni mit 93.000 Arbeitslosen bei 6,2 %. Das ist der niedrigste Juniwert seit 22 Jahren.

(Beifall SPD und SSW)

Das schleswig-holsteinische BIP ist im Vorjahresvergleich real um 1,7 % gestiegen. Der echte Norden liegt damit in der deutschen Spitzengruppe: ein guter vierter Platz beim Wachstum seit 2010.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Darauf können wir sprichwörtlich aufbauen, zum Beispiel Straßen, Brücken und Breitbandnetze. Wir wissen, dass wir Nachholbedarf in der **Infrastruktur** haben. Das, was uns zurückgelassen wurde, hat



**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

viele, viele Mängel. Wir arbeiten das ab, meine Damen und Herren. Da liegen noch Betonschulden herum, an die wir heran müssen, aber an die wir auch herangehen, meine Damen und Herren. Wir sind die Ersten, die einen Infrastrukturbericht vorgelegt haben, der den Sanierungsbedarf quantifiziert: 4,8 Milliarden €. Davon sind noch 2,1 Milliarden € zu finanzieren. Wir werden das tun. 2030 werden wir die Infrastruktur auf Vordermann gebracht haben. Sie reden immer nur darüber, wir tun es, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In einem ersten Schritt werden wir bis 2020 zusätzlich 450 Millionen € in die Infrastruktur investieren. Wir nennen dieses Programm „IMPULS 2030“. Hinzu kommen 20 Millionen € aus der Digitalen Dividende des Bundes.

Wir nehmen auch bei den **Landesstraßen** Tempo auf: 80 km haben wir 2014 saniert. In den beiden Vorjahren waren es je 60 km. Die LKW, die Lebensmittel in den Supermarkt fahren, in dem Herr Hansen arbeitet, werden gut durch unser Land kommen. Wir investieren 50 % mehr in Landesstraßen, als es unsere Vorgänger im Durchschnitt getan haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Außerdem werden wir vorsorgen, damit keine neuen Betonschulden aufwachsen. Der Verkehrsminister wird für die Verkehrswege Lebenszyklusmodelle entwickeln. Denn bei den neuen Brücken wissen wir heute schon, was es kostet, sie über Jahre in stand zu halten. Das Gleiche gilt für eine Hafenanlage oder ein Universitätsgebäude.

Auch ich bin mit den Investitionsquoten nicht zufrieden. Insbesondere in den Flächenländern, die konsolidieren müssen, ist sie zu niedrig. Ja, sicherlich. Aber was sagt sie über die Wirklichkeit? - Nicht viel. Wir helfen tatsächlich Kommunen. Diese Zahl wird nicht mitgerechnet. Wir bauen an den Hochschulen und am UKSH. Wir bauen Straßen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo denn?)

Wir reparieren dieses Land, meine Damen und Herren, Schritt für Schritt. Sie reden nur, Herr Kubicki.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Erst machen Sie das Land kaputt, und dann reparieren Sie!)

All diese Dinge tun wir, ohne unsere Haushaltsziele zu gefährden, ohne der Generation von Hendrik, Stella und Lisa neue Hypotheken aufzubürden. Eine echte Hypothek wäre es, marode Straßen und Unis zu hinterlassen. Wir beseitigen das, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Verantwortliche Politik, meine Damen und Herren, macht nicht den gleichen Fehler zweimal, macht nicht noch einmal den, den unsere Vorgänger gemacht haben. Den Nachholbedarf wie bei der Betoninfrastruktur dürfen und werden wir bei der digitalen Infrastruktur gar nicht erst aufkommen lassen. Der **digitale Wandel** berührt die Lebenswirklichkeit vieler Familien. Er verändert die Arbeitswelt, die Schulwelt und die häusliche Umgebung. Vieles wird anders, manches einfacher, zum Beispiel im ländlichen Raum.

Wir planen, das Glasfaserbasisnetz auszubauen. Unser Credo lautet: Ein **Glasfaseranschluss** in jede Schule in Schleswig-Holstein.

(Beifall PIRATEN)

Von da an können die Gemeinden die Netze und den Ausbau weiter vorantreiben.

Wir begleiten die Schulen auf dem Weg in die digitale Zukunft und in eine veränderte Lernkultur: Die Bildungsministerin hat für dieses Projekt eigens 200.000 € zur Verfügung gestellt.

Wir lernen in Zukunft anders. Wir werden die medizinische Versorgung in Zukunft anders organisieren. E-Medizin und E-Learning werden unseren Alltag zum Vorteil für alle bestimmen.

Auch die **Energiewende** wird Dank des digitalen Fortschritts einfacher und effizienter. Wir sind in kurzer Zeit schon viel besser darin geworden, unsere Energie zu vernetzen, auch wenn es manchen Politikerinnen und Politikern so unendlich schwer fällt, den Bürgerinnen und Bürgern die damit verbundenen Folgen so zu erklären, dass sie diesen Weg mitgehen. Wir können das. Mein Energiewendeminister kann das, und er nimmt die Menschen mit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden damit sicherstellen, dass Energie bezahlbar bleibt. Das hilft Familien wie den Hansens. Wir tun das aber nicht dadurch, dass wir in Feigheit zu Kohle oder Atom zurückkehren, weil wir wis-

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

sen, welche Folgen CO<sub>2</sub>-Belastungen und Atom-  
müll für die Familien haben.

Auf lange Sicht wird **erneuerbare Energie**, wird  
Wind, die günstigste Art sein, Energie zu erzeugen.  
Dass wir in Schleswig-Holstein so weit sind, ist ein  
großer Vorteil unseres Landes. Das wird zum Woh-  
le der nächsten Generation, zum Wohle all der Hen-  
driks und Lisas in unserem Land geschehen, meine  
Damen und Herren.

Im Herbst dieses Jahres werden wir als nächsten  
Schritt eine **E-Government-Strategie** vorlegen,  
um unsere digitale Agenda voranzubringen von  
Breitband über den Jugendmedienschutz bis zur E-  
Gesundheit. Wir werden auch die digitale Wirt-  
schaft in Schleswig-Holstein weiterentwickeln.  
Kleine und mittlere Unternehmen in Schleswig-  
Holstein gehören zu den digitalen Vorreitern in  
Deutschland. Im Bundesländervergleich stehen wir  
hinsichtlich des Digitalisierungsgrades auf dem  
dritten Platz.

Da ist eine neue Generation von Machern am Werk,  
die Probleme lösen wollen, die den Kontakt zur Po-  
litik suchen, deren Kreativität wir nutzen sollten,  
die nicht fragen, was der Staat für sie tun kann, son-  
dern die eine Aufgabe suchen, die sie für die Ge-  
meinschaft erledigen können. Frauen wie Katrin  
sind in einer digitalen Welt immer weniger darauf  
angewiesen, ihre Arbeit nur an einem Ort erledigen  
zu können, sondern genau da, wo sie wollen.

Wir werden allen diesen digitalen Themen mehr  
Aufmerksamkeit schenken. Wir wollen die Platt-  
form „Digitale Zukunft.SH“ einrichten, um die  
Neuerungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat  
vorzubereiten, zu begleiten und gemeinsame Strate-  
gien mit der Bürgergesellschaft zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, wer in Schleswig-Hol-  
stein eine Familie gründen will, der will es auch si-  
cher haben, der will sicher sein, dass es in seiner  
Umgebung friedlich ist. Der will eine Familie grün-  
den in einem Land, wo die Menschen einander hel-  
fen, füreinander da sind und geschützt werden.

Auch die Hansens wollen das. Sie sind durchaus  
besorgt, dass in ihr Haus eingebrochen wird. Man  
liest so viel darüber. Wir haben auch schon in  
Landtagssitzungen darüber diskutiert. Fahrräder  
werden angeblich geklaut, es wird in Schulen ein-  
gebrochen.

Polizeiarbeit wird insgesamt immer anspruchsvol-  
ler. Wir wollen und werden unsere **Polizei** gut auf-  
stellen und auch auf neue Formen der Kriminalität  
vorbereiten wie Cyberkriminalität, Datenspionage

und Menschenhandel. Die Polizeibewerber in Zei-  
ten des Fachkräftemangels werden weniger. Um  
weiterhin die Besten in allen Einstiegsbereichen zu  
bekommen, legen wir beim Einstiegsamt zu, näm-  
lich eine ganze Stufe von A 7 auf A 8. Das macht  
Polizei attraktiver, ebenso wie die Zusage, dass wir  
die Polizei in ihrer operativen Kraft stärken werden,  
meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und SSW)

Wir tun also etwas für diejenigen, die uns schützen.  
Wir tun aber auch etwas für diejenigen, die unseren  
Schutz brauchen, die bei uns als **Flüchtlinge** Zu-  
flucht suchen. Wir müssen das auch tun; denn wir  
erleben, dass Dinge in unserem Land passieren, die  
wir alle nicht tolerieren können. Es gibt Brandan-  
schläge auf Flüchtlingsheime. Es gibt Stimmung-  
smache gegen Erstaufnahmen. Wenn ich sehe, dass  
es wieder zu so etwas kommt, dann müssen wir uns  
alle miteinander grade machen. Wir müssen als Zi-  
vilgesellschaft aufstehen und Haltung zeigen.

Meine Erwartung an die Zivilgesellschaft ist klar:  
Wir in unserem Wohlstand müssen denen helfen,  
die hier bei uns um Schutz und Erbarmen bitten.  
Wer bei uns in Schleswig-Holstein Hilfe und  
Schutz sucht, dem werden wir helfen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SSW und Uli König [PIRATEN])

Wir werden sie aufnehmen und an ihrer Seite ste-  
hen. Wir werden sie bei uns integrieren, sobald sie  
bei uns ankommen. Wir werden ihnen die Hand rei-  
chen und die Türen öffnen.

Die **Kommunen** werden wir dabei unterstützen;  
denn sie tragen die Hauptlast. Deshalb erhalten sie  
eine Integrationspauschale von 900 € pro Flücht-  
ling. Dafür bringen wir im Jahr 2016 allein  
13,5 Millionen € auf.

Der Schlüssel zur Integration sind Sprachkenntnis-  
se, Arbeit und Wohnen. Wir fördern den Spracher-  
werb von Kindern und Erwachsenen. Wir wollen,  
dass Lisas kleine Freundin im Kindergarten schnell  
Deutsch lernt. Dabei ist es völlig egal, ob ihre El-  
tern aus Damaskus oder aus Bielefeld kommen.  
Wir unterstützen Erzieherinnen und Erzieher sowie  
Lehrkräfte mit Fortbildungsangeboten für Deutsch  
als Zweitsprache und zur Trauma-Pädagogik.

Bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung schauen  
wir, welche Qualifikationen und Kompetenzen die  
Menschen mitbringen, um sie so schnell wie mög-  
lich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir sorgen  
für eine vernünftige Verteilung der Flüchtlinge auf

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

die Kreise und die kreisfreien Städte. Außerdem fördern wir mit 20 Millionen € den Bau von Wohnungen. Wir bauen neue Erstaufnahmeeinrichtungen in einem integrationsfreundlichen Umfeld mit der Möglichkeit zur studentischen Nachnutzung, wenn die Flüchtlingszahlen zurückgehen. Die Entscheidung der Bürgerschaft in Lübeck war falsch, wird uns aber nicht aufhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Werfen wir noch einen Blick auf die Lebenswirklichkeit unserer Familie. Wir werden sehen, dass Politik vieles zum Besseren verändern kann, wenn man es will und wenn man genau hinschaut. Wir tun das.

Wir unterstützen zum Beispiel **Landwirte** mit ELER-Mitteln, die ihre Ställe tierwohlgerechter umbauen. Wir diskutieren am Runden Tisch Tiererschutz, wie Tierwohl und bäuerliches Einkommen zusammenkommen können. Irgendwoher müssen das gute Obst und das vernünftige Fleisch ja kommen, das die Hansens ihren Kindern servieren wollen.

Wir wissen, dass unser Zusammenleben nicht nur dadurch bestärkt wird, dass wir Straßen oder Internetverbindungen ausbauen. Wir brauchen auch **Kulturinfrastruktur**. Kulturinfrastruktur brauchen wir im ländlichen Raum genauso wie in den Städten. Wir schaffen Kulturknotenpunkte. Wir erweitern die Museumslandschaft. Deshalb bereiten wir ein neues Bibliotheksgesetz vor, das Qualität und Angebot der Bildungsarbeit in der Fläche stärkt. Wir brauchen Orte der Begegnung und des kulturellen Austausches. Wir brauchen Orte, an denen wir uns unserer Identität rückversichern. Wir brauchen Orte, an denen sich unsere Gesellschaft weiterentwickeln kann.

Zu unserer Kultur gehören auch die **Minderheiten**. Sie machen aus Schleswig-Holstein etwas ganz Besonderes, meine Damen und Herren. Deshalb haben wir den Handlungsplan Sprachenpolitik mit mehr Schulunterricht in den Regional- und Minderheitensprachen auf den Weg gebracht. Wir zeigen unsere sprachliche Vielfalt auch nach außen. Auch wenn es klein wirkt, wird es wahrgenommen. Das ist zum Beispiel bei den zweisprachigen Wegweisern in Nordfriesland der Fall.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sorgen dafür, dass Kultur im ganzen Land erreichbar bleibt. Irgendwo müssen die Bücher ja stehen, die sich Eltern und Kinder ausleihen. Irgendwo muss Minderheit erlebbar sein, um die Besonderheiten Schleswig-Holsteins begreifen zu können.

Meine Damen und Herren, unser Land ist besonders, und zwar für die Menschen bei uns im Land, für Familien, für Flüchtlinge, für alle. Deshalb bringen wir Schleswig-Holstein voran.

Noch einmal zum Mitschreiben: Matthias und Katrin sparen 1.200 € im Jahr bei den Kita-Gebühren und dann noch Geld für die Zusatzbetreuung von Hendrik, weil kaum noch Unterricht ausfällt.

Lisa geht auf eine richtig gute Kita. Weil ihre Eltern das wissen, sind sie entspannter bei der Arbeit. Katrin steigt auf und übernimmt eine Geschäftsführungsposition, weil ihre Kinder gut betreut sind und ihr Mann aufgrund der digitalen Möglichkeiten an zwei Nachmittagen zu Hause arbeiten kann.

Lisas neue syrische Freundin kann genauso gut Deutsch sprechen wie Lisa, obwohl sie erst vor Kurzem nach Deutschland gekommen ist. Lisa wird in einigen Jahren hier in Schleswig-Holstein studieren. Ihre Entscheidung trifft sie, weil unsere Hochschulen so gut sind.

Stella liest genauso viele Bücher wie Lisa, auch wenn sie diese nicht im Regal zu Hause hat.

Die Hansens fühlen sich sicher an ihrem Wohnort in diesem Land, weil die Polizei gute Arbeit macht. Sie leben in einem Land, das schon bald keine Schulden mehr macht und ihnen trotzdem hilft.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein ist ein Land, in dem sich Menschen wohlfühlen können, egal woher sie kommen. Dafür stehen wir mit einer Politik, die über das nächste Wahldatum weit hinausdenkt, die nachhaltig ist und die bis 2030 die Perspektiven skizziert und den Weg dorthin ebnet, mit einer Politik, die jetzt schon an übermorgen denkt, die eine Strategie für die Entwicklung des Landes aufstellt, mit einer Politik, die Familien in den Mittelpunkt rückt.

Schließlich ist jeder irgendwie Familie. Nicht jeder hat Kinder, aber jeder hat Eltern. Deshalb ist ein Land, das sich um Krippenplätze genauso kümmert wie um Pflegeplätze und das Pflegepersonal, ein Land mit Zukunft. Ich komme zurück auf die Frage, die ich eingangs gestellt habe: Kommt es darauf an, wer Politik macht? Macht es einen Unterschied?

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

- Ja, meine Damen und Herren. Unsere Politik macht einen Unterschied,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

und zwar konkret im Alltag der Familien, im Alltag der Menschen, die hier fleißig und engagiert arbeiten und leben. Deshalb war es mir ein besonderes Vergnügen, Ihnen heute die Regierungsarbeit zu erklären. - Ganz herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne den Landesvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein, Herrn Arfst Wagner. - Herzlich willkommen, Herr Wagner!

(Beifall)

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 11 Minuten überzogen. Diese zusätzliche Redezeit steht jetzt auch allen anderen zur Verfügung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Oppositionsführer Daniel Günther.

**Daniel Günther [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Lisa, lieber Hendrik, lieber Matthias, liebe Katrin, liebe Tanja, liebe Stella, wo immer ihr in Schleswig-Holstein heute seid: Glaubt diesem Märchenonkel kein Wort!

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

All das, was er euch heute hier in seiner Regierungserklärung gesagt hat, hat a) mit der Realität nichts zu tun, und b) zielt alles, was er hier verspricht, einzig und allein auf die nächste Wahl; ihr zahlt in der Zukunft für das, was er heute verspricht. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren. Das ist der böse Märchenonkel. Das sollten die sechs zusammen wissen.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Herr Ministerpräsident, da wir jetzt ja wissen, dass Ihr Lieblingsland, wie Sie es bezeichnet haben, in Wahrheit ein Märchenland ist, will ich Ihnen an der Stelle sagen: Das, was Sie hier alles aufgezählt haben, gibt es leider in Schleswig-Holstein doch. Es

gibt Fahrraddiebstähle in Schleswig-Holstein. Es gibt kaputte Straßen in Schleswig-Holstein. Es gibt Löcher in den Dächern von Hochschulen. Dafür trägt diese Regierung eine große Verantwortung, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn Sie in Ihrer Rede ernsthaft formulieren, verantwortliche Politik mache den gleichen Fehler nicht zweimal, dann muss ich Ihnen sagen: Sie machen den gleichen Fehler nicht nur zweimal, sondern Sie machen ihn mehrfach. Sie machen ihn in jeder neuen Legislaturperiode, in der Sie eine Chance bekommen. Sie betreiben keinerlei **Risikovorsorge**. Sie reizen alles das, was Sie an Steuereinnahmen haben, aus und stecken es in die Ausgaben. Sie betreiben keine Risikovorsorge und sorgen so dafür, dass nachfolgende Regierungen, insbesondere nachfolgende Generationen, das alles ausbaden müssen. Diesen Fehler machen Sie jedes Mal, wenn Sie in der Regierungsverantwortung sind. Wann lernen Sie endlich daraus?

(Beifall CDU und FDP)

Einen Fehler machen Sie auch jedes Mal wieder: Immer dann, wenn Ihre Regierung in eine Krise gerät, versuchen Sie, aus dieser Krise herauszukommen, indem Sie Ihren Ministern, die in eine Schiefelage geraten sind, richtig viel Geld an die Seite stellen.

Herr Ministerpräsident, wir haben es ja bei der ersten Krise erlebt, als Sie Versprechen für diese ganze Legislaturperiode abgegeben haben. Bei der letzten Krise haben Sie dann angefangen, auch noch das Geld für die nächste Legislaturperiode zu verplanen. In dieser Krise sind wir jetzt schon bei der überübernächsten Legislaturperiode, also in 2030, weil Sie keine Versprechungen mehr für dieses Mal abgeben können, um irgendwo noch Sympathien in diesem Land zu erhalten. Herr Stegner hat Ihnen aufgegeben, in jedem Monat ein Prozent Sympathie zuzulegen. Da Ihnen das nicht gelingt, machen Sie immer nur Versprechungen für die Zukunft, die andere nachher bezahlen müssen. Das ist Ihre Politik, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU und FDP)

Ich glaube, jeder kann nachvollziehen, dass eine Regierung unmittelbar vor Wahlen versucht, Baustellen zu schließen, die sie selbst geöffnet hat. Das hat es auch früher einmal gegeben, dass man sechs Monate vor der Wahl gesagt hat: So, jetzt müssen wir einmal den einen oder anderen Konflikt beenden, den wir selbst geschaffen haben. Aber wie

(Daniel Günther)

groß muss der Frust in den regierungstragenden Fraktionen über Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident, sein, wenn schon zwei Jahre vor Ende der Legislaturperiode alles ausgereizt wird, damit irgendwie noch gute Laune bei Ihnen entsteht, damit Sie überhaupt klatschen können, wenn Ihr Ministerpräsident eine Rede hier im Parlament hält?

(Beifall CDU)

Ich sage Ihnen, das gilt auch ganz aktuell für die Punkte, die wir jetzt mit Blick auf den neuen **Haushalt** beraten. Ich habe aufmerksam beobachtet, Herr Ministerpräsident, dass Sie sich um die **innere Sicherheit** und darum sorgen, dass wir den Polizistinnen und Polizisten etwas Gutes tun müssen. Niemand von uns hat etwas dagegen - ganz im Gegenteil, wir unterstützen das -, dass die Einstiegsgehälter angehoben werden.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha, schön!)

Nur, ich frage mich: Was ist denn im Moment für unsere Polizistinnen und Polizisten wichtiger? Gucken Sie einmal in andere Bundesländer. Gucken Sie einmal an, wie es auf Bundesebene aussieht. Gucken Sie sich an, was für eine Bedrohungslage und was für eine Kriminalitätsentwicklung wir bei uns haben.

(Zuruf SPD: Rückläufig!)

Machen Sie endlich Schluss mit Ihrem Irrweg. In dem einzigen Bereich, in dem Sie wirklich signifikant einsparen, geschieht das auf dem Rücken derjenigen, die für unser aller Sicherheit in Schleswig-Holstein sorgen. Ihre unsozialen **Stellenkürzungen** bei der **Landespolizei** müssen Sie zurücknehmen. Das wäre einmal eine zukunftsweisende Entscheidung.

(Beifall CDU, FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Niemand wird von uns erwarten, dass wir kritisieren, dass die **Hochschulen** jetzt mehr Geld bekommen. Ich kann nur sagen: endlich!

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Märchenstunde!)

Wie oft hat die Opposition, haben FDP, PIRATEN und CDU, das hier im Parlament gefordert, wie oft haben die Universitäten das gefordert? Das Geld stand ja auch immer zur Verfügung. Nur, jetzt kommt es nicht nur zu spät, und es ist nicht nur zu wenig, sondern dieses Geld wird nicht gegenfinanziert, sondern einzig und allein aus zukünftigen

Schulden bezahlt. Was ist das denn für ein Weg für die junge Generation, den Sie hiermit einschlagen?

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Bei den **Kitas**, Herr Ministerpräsident, kritisieren wir auch nicht, dass Sie mehr Geld in Qualität stecken. Es hat uns eher überrascht, dass Sie das auch noch aufgegriffen haben, weil vonseiten der SPD-Fraktion ja vorher immer anderes eingefordert worden ist.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ein Quatsch!)

- Doch! - Nur, die 23 Millionen € werden jetzt nicht Jahr für Jahr in die Qualität gesteckt.

(Zuruf SPD: Sondern?)

Im Übrigen, Frau Ministerin Heinold, habe ich sehr aufmerksam verfolgt, warum Sie im Bundesrat dem **Abbau der kalten Progression** nicht zugestimmt haben, obwohl wir hier ja immer ganz andere Töne gehört haben. Da haben Sie das mit der Begründung abgelehnt, dass sich ein Konsolidierungsland wie Schleswig-Holstein diese 20 Millionen € nicht leisten könne.

(Christopher Vogt [FDP]: Steuererhöhungen!)

Im gleichen Atemzug jedoch, jetzt am Dienstag, stellen Sie fröhlich die nächsten Haushaltspläne vor und sagen den Menschen, es stehen 23 Millionen € zur Verfügung, damit **mittlere und hohe Einkommen** zukünftig um 100 € bei den Kitagebühren entlastet werden. Was ist denn das für eine Logik, die Sie da aufbringen?

(Beifall CDU, FDP und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das wird den **einkommensschwachen Familien** nicht helfen. Es wundert mich sowieso, was das eigentlich für eine unsoziale Politik ist, dass Sie einzig und allein für mittlere und hohe Einkommen Hilfestellung leisten. Wo sind bei Ihnen eigentlich die Geringverdiener, die davon überhaupt nichts haben werden?

(Beate Raudies [SPD]: Denen hilft ja die Abschaffung der Kalten Progression!)

Von den 100 €, Herr Ministerpräsident, werden die definitiv gar nichts haben. Aber ich sage Ihnen: Es mögen sich einige Eltern darüber freuen. Vielleicht ist das auch im Wahlkampf eine gute Maßnahme, um damit durchs Land zu laufen. Aber ich sage Ihnen trotz alledem: Das Geld ist angesichts der Finanzlage Schleswig-Holsteins doch in der Qualität

(Daniel Günther)

besser aufgehoben. Da hätten die 23 Millionen € hingehört.

(Beifall CDU und FDP)

Da der Kollege Rasmus Andresen uns in der letzten Haushaltsdebatte aufgefordert hat, unser Kritikmanagement ein bisschen zu überarbeiten, will ich durchaus konstatieren: Bei den Vorschlägen, die Sie jetzt vorgelegt haben, ist ja sogar einmal eine kleine Investition enthalten. Wir hatten ja zuerst gesagt, es würde wieder überhaupt nichts investiert. Aber Sie haben es immerhin geschafft, dass von den 100 Millionen €, die Sie den Menschen zum Ende der Legislaturperiode versprochen haben, ganze 600.000 € investiert werden, und zwar in **zweisprachige Ortsschilder** in Nordfriesland. Das sind die einzigen Investitionen, die Sie für Schleswig-Holstein übrig haben.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Aber, Herr Ministerpräsident, das Problem der niedrigen **Investitionsquote** in Schleswig-Holstein liegt schlicht und ergreifend an Ihrem schlechten Regierungshandeln.

(Unruhe)

Eine Regierung, die sich ausschließlich damit befassen muss, Baustellen zu beseitigen, die sie selbst geschaffen hat. Nichts anderes ist das alles, wofür Sie im Moment Geld ausgeben.

(Widerspruch Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nichts anderes ist es, wofür Sie im Moment Geld ausgeben. Es sind immer selbst geschaffene Probleme: Das Problem, dass Sie in den Hochschulen keine Akzeptanz mehr finden. Irgendwann muss nach vielen Jahren doch einmal Geld gegeben werden. Ihr Innenminister kommt bei der Polizei nicht gut an. Auch hier muss nachgebessert werden, in der Hoffnung, dass die Stimmungslage ein Stück weit besser wird.

Dadurch haben Sie keine Zeit und keine finanziellen Ressourcen dafür, sich um die Baustellen zu kümmern, die Schleswig-Holstein schon lange vor sich herschiebt. Ich glaube, niemand von den sich derzeit in der Opposition befindlichen Fraktionen stellt sich hier hin und sagt: Es ist in dieser Wahlperiode das erste Mal so, dass zu wenig in die Infrastruktur in Schleswig-Holstein gezahlt wird. Ich sage das sehr deutlich: Natürlich haben wir in den Jahren bis 2012 nicht genügend Geld in die Infrastruktur gesteckt.

Ich darf Sie aber daran erinnern, dass wir damals 1,35 Milliarden € weniger Einnahmen gehabt haben. Die jetzige Landesregierung ist so reich gesegnet mit **Steuereinnahmen**, von denen wir nur hätten träumen können. Frau Heinold, Sie haben es selbst gesagt, wir hatten einmal 31 Milliarden € prognostiziert, die wir jetzt hätten haben sollen. Jetzt sind wir bei 27 Milliarden €. Aber doch nicht weil Sie eine strukturelle Entscheidung getroffen haben, die den Landeshaushalt entlastet hätte! Sie profitieren einzig und allein von Steuermehreinnahmen, die wir in Schleswig-Holstein haben. Zukunftsvorsorge treffen Sie wirklich null. Das dokumentieren diese Zahlen, Frau Finanzministerin.

(Beifall CDU, FDP und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Ministerpräsident, selbst die Baustellen, die in Ihrer Wahlperiode entstanden sind - das ist das Thema **Flüchtlingspolitik** -, kriegen Sie nicht professionell geregelt. Herr Ministerpräsident, da mag jede Rede, die Sie über die Bedeutung dieses Themas halten, wie wichtig es der Landesregierung ist, nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie selbst diese Aufgabe nicht professionell lösen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Herr Ministerpräsident, in einer solchen Situation konstatiere ich durchaus: Zu dem Zeitpunkt, als Sie von 20.000 Flüchtlingen in Schleswig-Holstein geredet haben, habe ich nicht geglaubt, dass die Zahl so hoch wird. Ich frage mich nur, wenn Sie es im Februar 2015 schon gewusst und als Regierung damals so eingeschätzt haben, wo Sie Ihrem Innenminister sogar widersprochen und gesagt haben: „Ich, Torsten Albig, sage, es werden 20.000“, was haben Sie von Februar bis heute gemacht, wenn jetzt immer wieder neue Baustellen aufgerissen werden und nichts vorbereitet ist? Herr Ministerpräsident, was haben Sie seit Februar gemacht?

(Beifall CDU und FDP)

Es ist doch absehbar gewesen, dass Sie die Erstaufnahmeeinrichtungen in der Qualität nicht hinbekommen würden.

Ich sage Ihnen sehr deutlich auch mit Blick auf das Krisenmanagement auf Bundesebene, wo Sie viel lernen können: Ich halte die Flüchtlingspolitik für die größte Herausforderung, die Schleswig-Holstein im nächsten Jahrzehnt wahrscheinlich haben wird.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, Gott sei Dank!)

(Daniel Günther)

Herr Ministerpräsident, bei allem Verständnis dafür, dass Sie Gutwetter bei den regierungstragenden Fraktionen machen, wir als Opposition haben genauso wie die Öffentlichkeit einen Anspruch darauf, dass wir nicht jede Maßnahme, die aus der Not geboren ist, plötzlich in Zeitungsartikeln lesen, dass in Seeth plötzlich eine Kaserne genutzt wird, dass irgendwo eine Turnhalle aufgemacht wird. Mit einem solchen Krisenmanagement, mit einer solchen Kommunikation sorgen Sie mit Sicherheit nicht dafür, dass die Akzeptanz für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein so groß bleibt, wie sie bisher glücklicherweise ist, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU - Wolfgang Baasch [SPD]: Hast du einmal mit deinen Kollegen in der Lübecker Bürgerschaft geredet? - Weitere Zurufe SPD)

- Das haben wir genauso gemacht wie die Grünen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gestern haben die einen neuen Beschluss gefasst! - Zurufe SPD - Hans-Jörn Arp [CDU]: Nun platzt mal nicht da drüben!)

Diese Regierung investiert nicht nur mit Blick auf die Flüchtlingspolitik, sondern auch mit Blick auf die anderen Herausforderungen bei 1,35 Milliarden € Mehreinnahmen 127 Millionen € weniger als 2012. Jetzt gucke ich Sie wirklich einmal an. Sie werden gleich bestimmt wieder loben, wie richtig Sie Geld ausgeben. Betrachten Sie nur einmal diese Zahlen: Sie kriegen 1,35 Milliarden € mehr Geld zur Verfügung von den Steuerzahlern.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieviel davon ist in die Besoldung gegangen?)

Von den 1,35 Milliarden € geben Sie nichts in Investitionen und ziehen von den bestehenden Investitionen noch einmal 127 Millionen € ab. Wenn Sie solche Zahlen sehen, müssen Sie uns doch glauben, dass das keine Vorsorge ist, die Sie betreiben. Das ist völlig unsoziale Finanzpolitik.

(Beifall CDU und FDP)

Deswegen sage ich Ihnen, wo aus unserer Sicht die Herausforderungen liegen, um die Sie sich drücken. Das ist beispielsweise das Thema **Bildungspolitik**.

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

Da mögen Sie sich dafür loben, was Sie in den letzten Monaten gemacht haben.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Korrekt!)

Aber ich sage Ihnen: Hätten Sie bei 1,35 Milliarden € Mehreinnahmen nicht so viel Geld für unsinnige Strukturen im Bildungsbereich verschwendet

(Zurufe SPD)

- Oberstufen, die anderen Oberstufen Konkurrenz machen; eine Lehramtsausbildung, die sich doppelt; auch der ganze Wirrwarr, den Sie geschaffen haben aus Schulassistenten, Schulbegleitern, es gibt auch noch die Schulsozialarbeit -, sondern,

(Zuruf SPD: Also keine Schulsozialarbeit?)

wie die Oppositionsfraktionen bei jeder Haushaltsberatung vorgeschlagen haben, stattdessen in Lehrkräfte, in Sonderpädagogen, investiert, hätten wir am Ende dieser Wahlperiode 100 % Unterrichtsversorgung haben können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hätten wir haben können, wenn Sie die Prioritäten richtig gesetzt hätten!

(Beifall CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wir haben Ihre Kürzungen korrigiert!)

Was macht diese Landesregierung eigentlich mit Blick auf den **Fachkräftemangel**, den wir in Schleswig-Holstein haben?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Erst versauen Sie den Laden, dann beschweren Sie sich, dass aufgeräumt wird! - Unruhe)

Im Bereich der Bildungspolitik reden Sie nur noch über **Quoten**: Möglichst hohe Inklusionsquote, egal wie die Qualität ist, Hauptsache, die Quote ist hoch. Ihre Konzepte sind unausgegoren und funktionieren nicht.

Sie reden über eine möglichst hohe Abiturquote und blenden völlig aus, dass der Fachkräftemangel heutzutage in Schleswig-Holstein nicht nur im Bereich der Akademiker stattfindet, sondern konkret in Mittelstand und Handwerk. Wir brauchen nicht nur gute Abiturienten, wir brauchen auch gute **mittlere Bildungsabschlüsse** und gute erste allgemeinbildende Bildungsabschlüsse. Kümmern Sie sich gefälligst auch einmal darum!

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wo sind Ihre Initiativen, um endlich auch den Mangel in den MINT-Fächern abzubauen? Was ist es für ein volkswirtschaftlicher Unsinn, wenn man immer darauf zielt, dass alle studierfähig sein müssen? Wir haben in Unis und Fachhochschulen in Schleswig-Holstein mittlerweile flächendeckend Kurse,

(Daniel Günther)

um Rechtschreibung zu lernen. Wir loben uns dafür, dass wir Landesgeld bezahlen, weil es mittlerweile Messen von Handwerksunternehmen gibt, die Studienabbrecher in eine Ausbildung bringen wollen. Was halten Sie davon, wenn wir einfach einmal Werbung für mittlere Bildungsabschlüsse machen und dafür sorgen, dass die Qualität besser wird? Dann müssen die nicht sechs Jahre an die Hochschule gehen, um danach eine Ausbildung zu beginnen. Das hätte viel früher beginnen können, wenn Sie da einmal einen Schwerpunkt gesetzt hätten.

(Beifall CDU und FDP)

Auch im Bereich **Wirtschaftspolitik** ist richtig viel im Argen. Herr Meyer mag das mit einer verhältnismäßig guten Öffentlichkeitsarbeit wettmachen. Man kann durchaus konstatieren, dass er in einigen Bereichen kein schlechter Baustellenmanager ist. Ich würde mir aber wünschen, dass wir neben einem Verkehrsminister in Schleswig-Holstein auch einen Wirtschaftsminister hätten, der sich einmal darum kümmert, wie wir in Schleswig-Holstein Arbeitsplätze in der Zukunft erhalten können.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kein Landtag ohne A 20!)

- Darauf spiele ich gar nicht an. Er kriegt ja nicht mehr Geld von Ihnen zur Verfügung gestellt. Dann kann er auch nicht schneller bauen. Es ist ja Ihr Problem, dass Sie in dem Bereich zu wenig machen.

Er kümmert sich null um Industriepolitik, geht nicht in die Chefetagen von Unternehmen in Süddeutschland.

(Lachen Beate Raudies [SPD])

Wir brauchen einen Wirtschaftsminister, der auch Manager ist, der die Interessen Schleswig-Holsteins vertritt und dafür sorgt, dass Arbeitsplätze bei uns in Schleswig-Holstein geschaffen werden.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Das wäre eine Wirtschaftspolitik, die wir in Schleswig-Holstein brauchen.

(Beifall CDU)

Aber das Thema Infrastrukturpolitik kann ich Ihnen trotzdem nicht ersparen. Ich weiß, dass Sie es nicht mehr hören können.

(Zurufe SPD: Doch!)

Aber wenn der Ministerpräsident hier von **Betonschulden** spricht, kann ich Ihnen nur sagen: Von

diesen Betonschulden kommen Sie so, wie Sie es im Moment machen, nicht nur nicht herunter, sondern die werden noch größer. Die werden noch größer, weil Sie nicht einmal in dieser Haushaltslage genügend Geld in Landesstraßen stecken, um die Situation der Landesstraßen auf dem schlechten Niveau zu halten, das wir heute haben.

(Zurufe)

Selbst in diesen Haushaltsjahren schaffen Sie nicht, dieses Geld zur Verfügung zu stellen.

(Beate Raudies [SPD]: Faktencheck! - Christopher Vogt [FDP]: Gucken Sie in den eigenen Bericht der Landesregierung, Frau Kollegin!)

Wenn ich mir anschau, was an Bundesmitteln noch in Schleswig-Holstein im Bereich Infrastruktur möglich wäre: Chancen, die wir bei uns in Schleswig-Holstein nicht nutzen, weil Sie nicht genügend **Planungskapazitäten** für unser Land haben. Dieses ist eine starke Versündigung an den Zukunftschancen Schleswig-Holsteins.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unsere jungen Menschen brauchen eine vernünftige Infrastruktur. Dafür muss eine zukünftige Landesregierung deutlich mehr tun.

(Beifall CDU und FDP)

Ich wünsche mir von einer zukünftigen Regierung, dass sie nicht nur über **demografischen Wandel** redet, sondern dass sie dem auch aktiv entgegentritt,

(Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Wie denn?)

indem sie unsere ländlichen Räume starkmacht, ihnen nicht Geld entzieht, obwohl sie für den Ausbau der Breitbandversorgung richtig viel Geld nötig hätte,

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

indem sie nicht jede Chance verstreichen lässt, **Breitbandversorgung** in Schleswig-Holstein zu verbessern. Sie loben sich immer dafür, dass Schleswig-Holstein da keine schlechte Stellung habe, aber das ist einzig und allein Privatinitiativen zu verdanken und unseren Kommunen in Schleswig-Holstein, die dieses Thema zu einem absoluten Schwerpunktthema für Schleswig-Holstein gemacht haben. Es wäre Aufgabe der Landesregierung gewesen, sich um solche Aufgaben zu kümmern.

(Beifall CDU und FDP)



(Daniel Günther)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage das in aller Ernsthaftigkeit:

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Den Rest also nicht? - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Rest war also unernst, das ist schon einmal gut zu wissen!)

Sie können sich vorstellen, dass es sich, wenn man in Schleswig-Holstein regiert hat und sich danach auf den Oppositionsbänken wiederfindet, nicht richtig gut anfühlt,

(Zuruf Lars Harms [SSW])

und dass es sich auch dann nicht besonders gut anfühlt, wenn man letztendlich für eine Politik nicht wiedergewählt worden ist, die erheblich mit Einsparungen zu tun gehabt hat. Das fühlt sich nicht gut an.

Aber ich sage Ihnen: Gewöhnen Sie sich einmal daran, wie schlimm es sich anfühlt, wenn man 1,35 Milliarden € zur Verfügung hat und dieses Geld so wenig zukunftsgerichtet einsetzt, dass eine Regierung trotzdem die niedrigsten Sympathiewerte hat, die überhaupt eine Landesregierung in Schleswig-Holstein hatte.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gewöhnen Sie sich einmal daran, wie schlimm das Gefühl ist, dass Sie diese Chancen nicht genutzt haben und dann 2017 in der Opposition landen müssen. Gewöhnen Sie sich jetzt schon einmal an das Gefühl, das steht Ihnen unmittelbar bevor.

(Beifall CDU und FDP)

Weil ich gelesen habe,

(Zurufe Lars Harms [SSW] und Peter Eichstädt [SPD])

dass einige Journalisten schon vermuten, nachdem jetzt sozusagen das letzte Mal die Chance genutzt wurde, aus einer Krise mit richtig viel Geld herauszugehen, dass wir nach der Sommerpause den **Beginn** des **Landtagswahlkampfes** haben, sage ich Ihnen: Das halte ich für zu früh.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube nicht, dass wir klug beraten wären, schon nach der Sommerpause einen Landtagswahlkampf zu führen. Aber ich sage Ihnen, nachdem Sie die letzte Chance verpasst haben, noch einmal umzusteuern für mehr Investitionen bei uns im Land, dass die Menschen zumindest jetzt sehr, sehr klar

wissen, vor welchen Alternativen sie 2017 stehen werden: weiter so mit Verlagerung von Lasten auf die Zukunft und einzig und allein Investitionen in den Konsum oder voran mit einer Politik, die zukunftsgerichtet ist, für Investitionen bei uns im Land. Dafür stünde eine neue Landesregierung zur Verfügung. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Wir glauben, dass wir die großen Herausforderungen nur gemeinsam lösen können. Deshalb zielt unser Bündnis im Kern auf die Neugründung eines Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühls im Norden.“

So steht es in der Präambel des Koalitionsvertrages von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Seit 2012 regiert die Küstenkoalition erfolgreich Schleswig-Holstein. Einen großen Teil der Vorhaben unseres gemeinsamen Koalitionsvertrages haben wir in den vergangenen Jahren umgesetzt. Wir haben gehalten, was wir gesprochen haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

„Politik taugt nur etwas, wenn sie das Leben der Menschen besser macht.“ - So sagt uns Willy Brandt, und er hat völlig recht. Ich glaube, wir haben das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein besser gemacht, und wir sind noch lange nicht am Ende. Im Gegenteil: Wir haben viel vor. Unsere gemeinsamen Ziele und Ideen für dieses Land gehen weit über das Jahr 2017 hinaus. Die beeindruckende Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Torsten Albig hat einmal mehr unterstrichen: Diese Koalition hat einen gemeinsamen Gestaltungsanspruch und die gleiche Energie wie am ersten Tag unserer Zusammenarbeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darin unterscheiden wir uns dann ganz deutlich von den Oppositionsfraktionen, wie die Rede des Oppositionsführers deutlich belegt hat. Um in Ihrem Bild zu bleiben, Herr Kollege Günther: Was die Familien angeht, geben Sie den bösen Wolf. Ich fürchte,

**(Dr. Ralf Stegner)**

der böse Wolfgang kommt nachher auch noch. Aber es ist jedenfalls nichts, was für die Menschen in Schleswig-Holstein gut wäre.

(Zuruf: Nach dem lieben Ralf kommt der böse Wolfgang!)

Der englische Dramatiker Noël Coward hat einmal geschrieben: Die Kritik an anderen hat noch keinem die eigene Leistung erspart, Herr Kollege Günther. Das sollten Sie einmal nachlesen, weil Sie sich vielleicht mit dem auseinandersetzen könnten, wie Sie hier die Wirklichkeit beschreiben und was Sie anzubieten haben. Sie ärgern sich über unseren Erfolg,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Auf was soll man denn da jetzt ärgerlich sein?)

und wenn Sie die **Steuerzahlen** drei Mal wiederholen, möchte man Ihnen ein Taschentuch bringen, Herr Kollege Günther, weil man schier merkt, wie sehr es Sie ärgert, dass die Steuern so gut und die Zinsen so niedrig sind. Was Sie nur übersehen, Herr Kollege Günther, ist: Hohe Steuern und niedrige Zinsen haben auch andere Länder in Deutschland, aber wir haben uns relativ zu anderen verbessert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Neid ist nicht das Gefühl, das wir haben!)

Das ist der Unterschied zwischen uns und anderen, Herr Kollege Günther. Von der Haushaltspolitik bis hin zur inneren Sicherheit laufen Ihre Vorwürfe ins Leere, weil all die Fakten uns recht geben und nicht Ihnen. Sie stellen immer wieder die Solidität unserer Haushaltspolitik infrage.

(Volker Dornquast [CDU]: Zu Recht!)

- Ihre Zwischenrufe sind immer Highlight der Tagung, Herr Kollege, das muss ich Ihnen schon sagen.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Bernd Heinemann [SPD])

Da muss ich wirklich sagen: Da sind Sie richtig stark, fast so wie in der Hochschulpolitik.

(Heiterkeit Serpil Midyatli [SPD])

Nein, das Gegenteil ist der Fall.

Und weil Ihr Gedächtnis an der Stelle besonders kurz ist, Herr Oppositionsführer, darf ich daran erinnern: Der von Ihnen immer so beschworene **Stabilitätsrat**, der so hochgehalten worden ist, der bescheinigt Schleswig-Holstein, dass sich die Haus-

haltungssituation des Landes seit 2011 entscheidend verbessert hat und dass die vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen umgesetzt worden sind.

(Tobias Koch [CDU]: 2011!)

- Nicht im Jahr 2011, Herr Kollege Koch, das haben Sie missverstanden, sondern bis heute. Darüber hinaus bescheinigt er uns auch - jetzt hören Sie genau zu -, dass Schleswig-Holstein mit den Maßnahmen, die wir ergriffen haben, die Schuldenbremse ab 2020 aus eigener Kraft einhalten kann.

Ich wiederhole es: Das bescheinigt er anderen Ländern nicht, die genauso hohe Steuern und genauso niedrige Zinsen haben wie wir. Also hören Sie auf zu mäkeln und zu meckern. Das Gegenteil von dem, was Sie hier sagen, ist richtig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist das Ergebnis unserer Haushaltspolitik, die solide ist, eine **Haushaltskonsolidierung**, die zwei Ziele miteinander verbindet: erstens die Einhaltung der in unserer Verfassung verankerten Schuldenbremse mit Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, kurz: in die Zukunft des Landes.

Das CDU-FDP-Konsolidierungsprogramm dagegen bestand in der schwarz-gelben Regierungszeit aus einem rücksichtslosen und unsozialen Kürzungskonzept. Der Kollege Günther hat darauf hingewiesen, dass Sie deshalb abgewählt worden sind. Das stimmt. Heute machen Sie wahrlich ganz andere Vorschläge: Keine Konsolidierung mehr, sondern millionenschwere Wunsch-Dir-Was-Kataloge für Polizei, Hochschulen, Straßenbau und Krankenhäuser - und im Himmel ist Jahrmarkt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist der Punkt, wo die Märchenwelt anfängt. Da hätten Sie über Märchen reden sollen, wenn Sie Ihre Forderungen zusammenzählen. In jedem Bereich mehr. All das, was Sie selbst nicht getan haben, das versprechen Sie jetzt, wo Sie in der Opposition sind.

Die Finanzministerin Monika Heinold, die nicht nur eine kluge Frau ist und eine gute Finanzpolitik macht,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

hat dies bei der Debatte um den Nachtragshaushalt eindrucksvoll dargestellt. Weil das so schön ist, liebe Monika Heinold, möchte ich noch einmal aus Ihrer Rede zum Nachtragshaushalt zitieren. Da hat Monika Heinold gesagt:

(Dr. Ralf Stegner)

„... die vorgezogenen Wahlversprechen der CDU belaufen sich inzwischen, freundlich gerechnet, auf jährlich über 150 Millionen Euro.“

Was kann man daraus sehen, Herr Günther? - Dass der Wahlkampf nicht bei uns begonnen hat, sondern bei Ihnen. Man kann sehen, dass Sie Versprechungen machen, die keine Regierung einhalten könnte. Und Sie müssen sie ja auch nicht einhalten, weil Sie nicht in die Regierung kommen werden. Insofern ist das schlüssig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wohlgemerkt - da will ich gar nicht widersprechen -: Die von Ihnen benannten Handlungsfelder halten auch wir für wichtig, und wir investieren genau dort. Aber wir tun das auf vernünftige Art und Weise. Bei uns bleibt es nicht bei bloßen Forderungen als Bestandteil eines unverantwortlichen Überbietungswettbewerbs, sondern wir setzen diese Maßnahmen so um, dass sie verlässlich und ehrlich sind, dass sie auch konkret wirken können - so, wie es unserem Motto entspricht: „Versprochen. Gehalten!“.

Hier zeigt sich übrigens der ganze Erfolg des **Dialogs**, aber auch das hohe Verantwortungsbewusstsein der Küstenkoalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Haushaltskonsolidierung kommt voran und gibt dem Land Perspektiven. Wir bauen Defizite ab, wir halten die Schuldenbremse ein, und wir investieren in die Zukunft. Wir schützen Natur und Umwelt und fördern eine regionale, ressourcenschonende Landwirtschaft.

Wir gestalten eine Willkommenskultur, bauen Beratungs- und Integrationsangebote für Flüchtlinge und Migranten aus und helfen den Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung der Menschen. Wir erhalten die innere Sicherheit trotz Personaleinsparungsverpflichtungen gegenüber dem Bund. Sie sollten übrigens auch da keine Märchen erzählen. Kein Polizist weniger auf der Straße! Also hören Sie auf, diesen Unsinn hier zu verbreiten, indem Sie immer glauben, Sie könnten den Menschen Angst machen, Herr Kollege Günther.

(Beifall SPD und vereinzelt SSW)

Wir schützen und fördern die Minderheiten, wir erhalten unsere Verkehrsinfrastruktur und bauen bedarfsgerecht aus. Wir bringen die Energiewende

konsequent voran. Wir stärken gute Arbeit und den fairen Wettbewerb; wir fördern Innovationen. Wir beteiligen Menschen, fördern ihr Engagement und stärken die Demokratie.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir sind brillant!)

Wir haben unsoziale Kürzungen von CDU und FDP zurückgenommen, Kinder, Frauen und Familien zusätzlich gefördert. Und wir geben gleiche Bildungschancen bei hoher Bildungsqualität und längerem gemeinsamen Lernen. - Das ist die Politik der Küstenkoalition, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und die unterscheidet sich fundamental von dem, was Sie hier machen. Und die Rede des Herrn Oppositionsführers hat das hier in dankenswerter Klarheit zum Ausdruck gebracht.

(Beifall SPD, SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dafür, Herr Kollege Günther, bin ich Ihnen wirklich dankbar, weil Sie nämlich die Frage des Herrn Ministerpräsidenten klar beantwortet haben. Sie wollen eine andere Politik. Sie haben hier klar beschrieben, Sie wollen keinen Bildungsaufstieg, Sie verübeln es Menschen, dass sie weiter vorankommen können. Sie wollen es nicht, wir wollen das. Wir wollen Menschen fördern, die benachteiligt sind, denn alle haben die gleichen Bildungschancen verdient. Das entscheidet nämlich über Lebenschancen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ministerpräsident Torsten Albig hat viele wichtige Punkte angesprochen, in denen diese Koalition Weichen für die Zukunft stellt. Lassen Sie mich einige Punkte unterstreichen. Diese Küstenkoalition sorgt für mehr soziale Gerechtigkeit. Wir tun das, indem wir Familien entlasten und frühkindliche Bildung fördern. Gute Bildung von Anfang an ist die Voraussetzung für ein erfolgreiches Leben. Deshalb fangen wir auch bei unseren Kleinsten an.

Zugleich geben wir den Eltern die Möglichkeit, ihrem Beruf nachzugehen. In den vergangenen Jahren haben wir gemeinsam mit den Kommunen den Ausbau und die Qualität der **Kita-Plätze** im Land erhöht. Das hätten Sie auch tun können, als die CDU an der Regierung war - haben Sie aber nicht.

Die Familien in unserem Land nehmen dieses Angebot an: Die Betreuungsquote bei U 3 lag im Jahr

(Dr. Ralf Stegner)

2014 bei 30,4 %. Das ist der dritte Platz der westdeutschen Länder nach Hamburg und Rheinland-Pfalz.

(Zuruf Heike Franzen [CDU])

Seit Regierungsübernahme, Frau Kollegin, konnten die U-3-Plätze um knapp ein Viertel gesteigert werden. Das hat diese Koalition gemacht, nicht Sie. Sie haben immer nur gemeckert, wir haben das gemacht.

(Beifall SPD und SSW)

Die Betreuungsquote Ü 3 lag im Jahr 2014 bei rund 91 %.

Schleswig-Holstein gibt so viel Geld für Kita-Plätze aus wie noch nie in der Geschichte des Landes. Das ist Fakt, Herr Oppositionsführer. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mehr als 51 Millionen € Bundes- und Landeszuschüsse für die Kita-Betriebskosten im Bereich der Betreuung der unter Dreijährigen, jährlich mit den Kommunen vereinbarte weitere Betriebskostenförderung für U-3-Plätze, die bis 2017 auf 80 Millionen € ansteigen; eine Betriebskostenförderung von 70 Millionen € für die Elementarplätze; 4 Millionen € für die Sprachbildung in Kindertagesstätten; weitere 2 Millionen € für die Sprachintensivförderung und die Sprachheilvermittlung; 300.000 € als Unterstützung für das Mittagessen im Hort; und Kinder aus Familien mit Arbeitslosengeld II sind über die Sozialstaffel von Gebühren befreit. - All dieses, und darüber hinaus wurden qualitative Maßnahmen ergriffen, die von einer pädagogischen Fachberatung über Qualitätsmanagementkonzepte bis zu den Familienzentren reichen. Das ist konkrete Politik für Familien in Schleswig-Holstein und nicht nur Gerede, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und all das tun wir anders als Sie - Sie sind nämlich verklagt worden - gemeinsam mit den **Kommunen**. Ich muss das hier deutlich sagen: Ich bin all den ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, die sich in ihrer Freizeit dem stellen, gemeinsam diesen Ausbaubedarf zu realisieren, sehr dankbar. Das passiert nämlich neuerdings.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Unterstützung der Kommunen erhöhen wir die Pro-Platz-Förderung im Krippenbereich. Sie liegt bisher bei 10.000 € jährlich. Sie wird künftig deutlich steigen, nämlich um ein Drittel. Lassen Sie mich das mit einem deutlichen Appell verbinden: Es gibt keinen Grund für Kommunen, jetzt nach Beitragserhöhungen oder Ähnlichem zu rufen. Bundesweit geht es unseren Kommunen im Vergleich sehr gut. Da, wo es Finanzierungsprobleme gibt, müssen wir schauen, woran dies liegt. Aber einen Grund, dies auf dem Rücken der Kinder und ihrer Eltern auszutragen, den gibt es nicht. Alle, die das versuchen, werden es mit uns zu tun bekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und SSW)

Wir brauchen nämlich Transparenz, und wir wollen die Familien fördern. Gleichzeitig lassen wir nicht nach, die Qualität zu verbessern.

Und das war doch geradezu armselig, Herr Kollege Günther, zu versuchen, hier Qualität gegen Familienentlastung auszuspielen. Wir tun beides, Herr Kollege Günther, weil wir mehr Qualität brauchen und Hilfen für die Familien und nicht das eine oder das andere - so wie Sie das hier darstellen.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Wir werden den Fachkraft-Kind-Schlüssel verbessern. Ganz viele haben uns gesagt: Tut das doch bitte! Wir werden versuchen, die zweite Kraft am Nachmittag sicherzustellen und werden das in der konkreten Detailplanung gemeinsam mit den Kommunen auch verabreden. Das wird die Sozialministerin tun. Liebe Kristin Alheit, Sie haben dabei die Unterstützung des gesamten Hauses, weil das gut für Schleswig-Holstein ist, wenn sich die Kita-Förderung qualitativ verbessert.

(Beifall SPD, Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

- Sie haben zumindest die Unterstützung des linken Teils dieses Hauses, Frau Sozialministerin. Die anderen haben nicht einmal geklatscht, als hier von Willkommenskultur für die Flüchtlinge die Rede war. Das fand ich ein bisschen merkwürdig.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine der Kernherausforderungen bei der Kinderbetreuung ist und bleibt aber die **Beitragsfreiheit**. Die Höhe der Elternbeiträge ist in Schleswig-Holstein hoch und von Ort zu Ort unterschiedlich. Die finanzielle Belastung wiegt gerade bei Familien im Krippenbereich schwer. Es ist nicht begreiflich, warum wir keine einheitliche Regelung über die Höhe haben, warum Finanzströme durch regionale Unterschiede,

(Dr. Ralf Stegner)

durch verschiedene Angebote und Betreuungsquoten so wenig nachvollziehbar sind. Eine Transparenz in diesen Fragen halten wir für dringend erforderlich. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das auch erreicht werden kann. Es muss doch möglich sein, dass Eltern und Kommunen selbst wissen und nachvollziehen können, welche Leistung wo wieviel kostet.

Um Familien in Schleswig-Holstein direkt und unmittelbar zu entlasten, werden wir ab dem 1. Januar 2017 - also sehr wohl noch in dieser Wahlperiode - für Familien mit Kindern in einer Krippe beziehungsweise Tagespflege pro Kind monatlich ein „**Kita-Geld**“ finanzieren. Das geht ohne Umweg direkt an die Eltern. Gerade weil die Gebühren bei der U-3-Betreuung am höchsten sind, werden wir in diesem Bereich mit der Entlastung von Familien beginnen. In einem ersten Schritt erhalten Eltern für Kinder von 0 bis 3 Jahren, die sich in der öffentlich geförderten Kinderbetreuung befinden, einen monatlichen Beitragszuschuss in Höhe von monatlich 100 €.

Das ist eine spürbare Entlastung von Familien. Damit kommen wir unserem großen Ziel der gebührenfreien Bildung von der Kita bis zur Uni deutlich näher. Und ich sage Ihnen, perspektivisch, und das können Sie sich merken, werden wir das Jahr für Jahr wiederholen: Die Sozialdemokratie wird dafür Sorge tragen, dass kommende Landesregierungen diesen Weg auch darüber hinaus entschlossen fortsetzen werden.

(Beifall SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins werden 2017 auch darüber zu entscheiden haben. Und sie können sich darauf verlassen: Es geht weiter in Richtung Beitragsfreiheit, bis wir sie endlich komplett erreicht haben.

(Beifall SPD und SSW)

Das ist übrigens rot-grün-blaue Familienpolitik für Schleswig-Holstein, Herr Kollege Günther, Sie argumentieren gegen die Familien in Schleswig-Holstein. Und ihre Lebensqualität ist uns ein Anliegen. Angeblich sei das Politik für Millionäre, wenn alle das beitragsfrei haben. Ändern Sie endlich einmal Ihre Steuerpolitik, damit diejenigen, die ein höheres Einkommen haben, auch stärker beteiligt werden. Dann können Sie darüber reden, und sagen Sie nicht einfach, das sei Politik für Millionäre. Ändern Sie das endlich einmal!

(Zurufe CDU und FDP)

- Das scheitert in Berlin an Ihren Leuten nicht an unseren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe FDP)

- Von der FDP will ich gar nicht reden, aber die ist ja auch in der außerparlamentarischen Opposition und spielt in Berlin keine Rolle.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, statt hohen Aufwand zu betreiben, um die Berechtigung von Sozialstaffelermäßigungen immer wieder herauszufinden, wollen wir lieber eine gebührenfreie Bildung für alle.

Ihr Bild von Schleswig-Holstein, Herr Kollege Günther, entspricht nicht der Sozialstruktur der Menschen in diesem Land, ist nicht die Lebensrealität, die der Ministerpräsident sehr deutlich dargelegt hat. Es entspricht nicht unserem Grundverständnis, wie Sie das machen. Gerade ein Bundestagsabgeordneter - man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen - wie der CDU-Vertreter aus Nordfriesland sollte wissen, was 100 € für Familien an Verbesserung bedeuten, und nicht so zynisch daherreden, das seien Wahlgeschenke. Das können Familien dringend brauchen. Wenn die **kalte Progression** wegfällt, bringt ihnen das nichts. Dies bringt ihnen viel. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer das geringschätzt,

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

hat entweder so viel Geld, Kollege Kubicki, dass er über so etwas nicht nachdenken muss, oder ihm fehlt jedes soziale Verantwortungsgefühl. Das ist wahrscheinlich der Punkt, über den wir hier reden. Das merkt man. Das, was Sie hier zum Ausdruck bringen, ist kalt, ist falsch gegenüber den Familien, die wirklich rechnen müssen. Wir helfen denen, die Sozialtransfers bekommen. Das ist richtig. Wir müssen aber auch den anderen helfen, die den Euro umdrehen müssen, wo niemand da ist, wenn die Waschmaschine kaputt ist, die die Aufenthalte in Schullandheimen für ihre Kinder bezahlen müssen, die helfen wollen. Ihnen hilft nicht das Gerede über kalte Progression oder das, was Sie hier so für Ihre Freunde und Ihre Klientel drauf haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das fängt richtig gut an!)

Die Landeselternvertretung sagt - ich zitiere -:

(Dr. Ralf Stegner)

„Das ist der richtige Weg für den Weg in die Beitragsfreiheit.“

Die Arbeiterwohlfahrt sagt:

„Das Geld wird bei den Eltern ankommen.“

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wo soll es sonst ankommen?)

Ich sage Ihnen: Das ist vernünftig, und wir tragen Sorge dafür, dass es auch passiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für soziale Gerechtigkeit stehen auch unsere Beschlüsse in Fragen der **Personalentwicklung**. Wir haben in der vergangenen Plenartagung auch über die innere Sicherheit und insbesondere über die Entwicklung bei der **Landespolizei** gesprochen. Wir hatten angekündigt, neben der Steigerung bei der Erschwerniszulage - die Sie übrigens in Ihrer Regierungszeit auch nicht nach oben verändert haben - auch über Verbesserungen im Einstiegsbereich zu reden. Auch diese werden kommen. Wir erhöhen ab dem 1. Januar 2016 die **Einstiegsbesoldung** von A 7 auf A 8. 100 € ist für Menschen in dieser Gehaltsklasse viel Geld. Für Sie nicht, aber für die schon! Wir machen das, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Frage ist, wo man hinguckt, auf welche Familien in Schleswig-Holstein man guckt, für wen das etwas bedeutet, was er bekommt. Das unterscheidet uns. Es ist gut, dass es uns unterscheidet, weil man damit klarmachen kann, für wen man Politik macht. Ich komme am Ende meiner Rede noch einmal darauf zurück.

Das alles fügt sich in ein Gesamtkonzept ein. Wir werden übrigens auch in der **Justiz** und in der **Finanzverwaltung** die Eingangsbesoldung ab 1. Januar 2016 von A 6 auf A 7 erhöhen. Das alles fügt sich ein in ein Gesamtkonzept, das Wertschätzung gegenüber denen zum Ausdruck bringt, die die Arbeit für unser Land leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Küstenkoalition bringt auch die Bildung voran. Das ist in der Regierungserklärung intensiv und in ganzer Breite zum Ausdruck gekommen. Das ist und bleibt unsere erste Priorität. Ich habe darüber im Zusammenhang mit der frühkindlichen Bildung gesprochen. Auch die Vereinbarungen mit den Hochschulen unterstreichen das. Das möchte ich noch einmal betonen, weil uns die Opposition immer wieder vorwirft, wir würden diese vernachlässigen. Die Wahr-

heit aber ist, dass wir neben der Verbesserung bei der Kinderbetreuung, neben weiteren Verbesserung in der Schule, indem wir mehr Oberstufen schaffen, ein durchlässigeres Bildungssystem schaffen, in der Schule weit mehr Lehrkräfte belassen, als Sie uns hinterlassen haben. Uns nach Ihrem Kahlschlag bei den Lehrkräften Vorwürfe zu machen, Herr Kollege Günther - wo nehmen Sie eigentlich die Dreistigkeit her, zu diesem Punkt solche Reden zu halten? Das haben wir doch korrigiert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie müssten ganz kleine Brötchen backen. Wenn ich mich recht entsinne, waren Sie schon im Landtag, als diese Kürzungen beschlossen worden sind.

Ja, wir erhöhen die **Grundfinanzierung der Hochschulen**, strukturell und verlässlich. Hochschulen sind von enormer Bedeutung. Ihr Aufgabenspektrum ist groß. Sie generieren das Wissen für den zukünftigen Wohlstand in unserem Land. Ich habe bei einer Tour durch alle Hochschulstandorte nicht nur mit den Präsidien, sondern auch mit den Personalräten und Studierenden gesprochen. Wir werden die Betreuungsrelation verbessern. Wir werden dafür sorgen, dass ein ausreichendes Angebot an Masterstudienplätzen da ist. Wir werden die Verbesserung der Serviceleistungen für Studierende zum Thema machen. Wir werden die Internationalisierung, die voranschreitet, verbessern. Das kann man, indem man die vorhandene Unterfinanzierung - das ist der strukturellen Finanzlage unseres Landes geschuldet - schrittweise reduziert und schrittweise an andere Bundesländer angleicht. Der Kollege Habersaat wird in dieser Tagung noch Gelegenheit haben, dazu etwas zu sagen.

Wir haben in einem ersten Schritt die Verstetigung der Mittel für den Hochschulpakt in Höhe von 30 Millionen € zugesagt. Wenn die Zahl unserer Studierenden wächst, ist das doch eine gute Nachricht. Wir wollen, dass das auch nach den doppelten Abiturjahrgängen so bleibt. Reden Sie doch nicht gegen **Akademisierung** an. Das macht doch kein Mensch. Im Bundesländervergleich eine unterdurchschnittliche Abiturquote zu haben, ist doch schlecht, Herr Kollege Günther. Das ist Politik nach dem Motto: Schuster, bleib bei deinen Leisten. Das wollen wir nicht. Wir wollen da Verbesserungen haben. Trotzdem tun wir in der beruflichen Bildung mehr, als Sie jemals getan haben, Herr Kollege Günther.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Wir werden bis 2019 die Grundfinanzierung auf 25 Millionen € verbessert haben. Damit liegen wir im norddeutschen Vergleich nicht länger zurück. Wenn Sie sagen, das hätten Sie schon längst gefordert und wir täten das nun endlich, vergessen Sie, hinzuzufügen: Sie haben gleichzeitig gefordert, aus 1 € 2 € oder 3 € zu machen, weil Sie das gleiche Geld für die Schulen, für die Polizei, für die Straßen, für alles, was Ihnen eingefallen ist, gefordert haben. Alle wussten: Niemand kann das realisieren. Wir müssen die Dinge auch realisieren. Das unterscheidet uns von Ihnen, Herr Kollege Günther. Die Hochschulen haben mehr von unseren Taten als von Ihren Worten. Das jedenfalls steht fest.

Sie sollten dafür auch nicht das Wort „Wahlgeschenke“ verwenden. Die Hochschulen selbst sehen das übrigens anders. Lassen Sie mich Herrn Professor Reinhart, den Professor der Europa-Universität Flensburg und Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz, zitieren:

„Dieses klare Bekenntnis zur Bedeutung von Bildung und Wissenschaft betrachtet die LRK SH als eine Investition in die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes.“

An anderer Stelle:

„Das ist die deutlichste Verbesserung für die Hochschulen im Land seit Beginn des Jahrhunderts.“

Sowie:

„Dialog war wirklich Dialog und keine Floskel.“

Soweit der Präsident der Universität Flensburg.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist die Politik der Landesregierung, die er hier gerade lobt. Er lässt sich bestimmt nicht in den Wahlkampf irgendwelcher Parteien einspannen, glaubt aber unseren Taten und nicht Ihren Worten.

Wir freuen uns über diese und andere Reaktionen, die uns beispielsweise von Professor Kipp von der CAU, den ASten und anderen erreicht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihr letzter Trumpf im Ärmel ist die in der Tat sehr **niedrige Investitionsquote**. Deren Berechnung ist mehr als fragwürdig, weil weder die Leistungen für die Kommunen noch die im Bildungsbereich korrekt dargestellt werden. Zahlreiche andere Merkwürdigkeiten kommen hinzu. Dennoch handelt es sich um Probleme. Das stellen wir fest, wenn wir den Infra-

strukturbericht lesen. Das will ich gar nicht wegre-den. Das sind größere Herausforderungen, die nach klaren Antworten verlangen.

Unser **Infrastrukturimpuls 2030** wird eben diese Antworten geben. Nein, die geben wir nicht 2030, sondern in diesem Herbst. Da werden wir die notwendigen Entscheidungen treffen. Warten Sie einmal ab. Dann werden Sie nämlich feststellen, dass wir es schaffen, allein bis 2020 zusätzlich 450 Millionen € zu investieren. Dafür werden Mittel bereitgestellt.

Die Schwerpunktsetzungen werden wir hier in diesem Haus diskutieren. Ich hoffe, die Opposition beteiligt sich konstruktiv an dieser Debatte. Sie behaupten immer wieder, Sie könnten alles besser und schneller. Fakt bleibt aber - lassen Sie mich das auch sagen: Diese Koalition investiert mehr in Straße, mehr in Breitband, mehr in Hochschule als die Nörgelopposition zu der Zeit, in der sie selbst in Regierungsverantwortung war. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Egal, ob Sie nun konstruktiv mitwirken oder nicht, auch mit Ihrer letzten Karte im Ärmel - man weiß ja, wie das mit solchen Karten ist - werden Sie keinen Stich machen, weil die Küstenkoalition die notwendigen Weichenstellungen vornehmen wird. Das werden wir im Herbst tun.

Unsere Finanzministerin ist immer klüger, als das bei Ihnen der Fall war. Sie ist keine Rotstiftministerin, die mit sozialem Unverstand kürzt, sondern auch eine Infrastrukturministerin. Wir werden Vorschläge für die gesamte Koalition machen, bei denen wir über die Verbesserung der gesamten Infrastruktur reden. Dann schauen wir einmal, was Sie dann machen, ob Sie Nein sagen, „zu wenig“ sagen, ob Sie das Doppelte, das Dreifache machen würden. Keiner glaubt Ihnen das, Kollege Koch. Wir werden beweisen, dass wir das, was wir versprechen, auch umsetzen. Unser Ministerpräsident hat konkrete Beispiele dafür genannt, wo wir den Reparaturbedarf anpacken. Sie können sich ruhig lustig darüber machen; das macht gar nichts. Sie mögen Ihre Reden lustig finden. Fakt ist, dass wir an der Verbesserung der Situation unseres Landes arbeiten. Für Ihre Reden können sich die Menschen gar nichts kaufen, für unsere Taten aber schon. An denen wollen wir gemessen werden, und an denen werden wir gemessen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das werden Sie auch!)

(Dr. Ralf Stegner)

Anders als Sie haben wir überhaupt keine Angst davor, dass das so ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir auch nicht!)

Wir präsentieren uns gern mit dem, was wir umsetzen.

Wir werden Modelle entwickeln, um für die Zukunft aus Fehlern zu lernen. Wir werden weitere Zukunftsfelder erschließen können und müssen. Das, was der Ministerpräsident über die **digitale Agenda** gesagt hat, will ich hier nicht wiederholen, weil ich die Zeit dafür nicht habe. Daran wird sich zeigen, wie modern wir sind und ob wir in der Lage sind, das Notwendige zu tun.

Ja, auch da haben Sie gelacht. Lassen Sie mich aber auch das sagen: Diese Küstenkoalition fordert auch die **Vielfalt unserer Kultur**, weil die kulturelle Vielfalt zur Identität unseres Landes gehört. Die bisherigen Haushaltsmittel werden wir nochmals erhöhen. Lassen Sie mich drei Beispiele nennen. Wir werden das Bibliothekswesen mit einem entsprechenden Gesetz stärken. Auch da geht es übrigens um Anpassung an das digitale Zeitalter. Wir werden die Museumslandschaft ausbauen. Schließlich werden wir auch die sprachliche Vielfalt darstellen. Sie mögen über die Schilder lachen. Aber wissen Sie: Diese Schilder stehen durchaus für die sprachliche Vielfalt. Auch das macht die Küstenkoalition gemeinsam, weil wir es richtig finden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Sie wissen, wie das mit schwarz-gelben Warnschildern ist. Sie warnen vor radioaktivem Müll. Insofern sollten Sie mit den Schildern und den Farben vorsichtig sein, Herr Kollege Kubicki.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend feststellen: Keine andere Regierungskoalition passt so gut zu Schleswig-Holstein wie diese Küstenkoalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere Minderheitenpolitik in einer Zeit, in der vielfach ethnische Minderheiten auf der Welt in höchster Not um ihre Existenz ringen, ist vorbildlich.

Unsere humanitäre **Flüchtlingspolitik** sichert den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Es ist keine Frage: Die Herausforderungen sind groß, und unsere humanitäre Verpflichtung bringt finanzielle Notwendigkeiten mit sich, die wir nicht infra-

ge stellen. Wir tun, was wir können, und wir tun auch in diesem Bereich mehr als andere Länder, weil wir für eine humanitäre Flüchtlingspolitik eintreten, die diesen Namen auch verdient und die Artikel 1 des Grundgesetzes, die Würde des Menschen ist unantastbar, realisiert. Das ist nämlich der Anspruch im Bereich der Flüchtlingspolitik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich freue mich, dass die Kollegen von den Grünen in **Lübeck** ihre Position revidiert haben. Ich fand die **Entscheidung der Bürgerschaft** auch falsch, aber ich fand es nicht besonders klug, was Sie dazu gesagt haben, Herr Kollege Günther. Ich habe nicht vernommen, dass die Union in Lübeck in sich gehen will, ich habe dies aber sehr wohl von denjenigen vernommen, die sich am Anfang enthalten haben. Ich finde, das ist ein guter Schritt. Es ist wichtig, dass wir den Menschen nicht signalisieren, Flüchtlinge seien bei uns nicht willkommen. Das ist ein Signal, das dieses Land nicht geben darf; und zwar nirgendwo, nicht in Lübeck, nicht in Husum, nirgendwo.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage aber auch: Die Flüchtlingspolitik ist eine **nationale Aufgabe**. Der Bund muss sich stärker beteiligen, und das fordern wir auch ein, weil wir strukturelle Verbesserungen brauchen. Die Fluchtursachen liegen nun einmal nicht auf kommunaler oder auf lokaler Ebene, sondern es gibt **internationale Ursachen**. Hier müssen wir etwas tun. Hier haben wir, auch was unsere internationale Verantwortung angeht, viel zu tun. Dies geht mir übrigens manchmal in den Europadebatten verloren. Wir sind in Europa nicht nur eine Fiskalunion. Die Flüchtlingspolitik in Europa ist blamabel. Wir müssen das anders machen, und wir müssen das besser machen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich feststellen: Wir verbessern die Politik für die Menschen in Schleswig-Holstein ganz konkret. Wir entlasten Familien in Schleswig-Holstein mit dem Kita-Geld von überdurchschnittlich hohen Krippengebühren um 100 € im Monat. Wir steigern die Qualität der Kindertagesstätten einschließlich einer Aufstockung der Mittel für Sprachförderung. Wir erhöhen die Pro-Platz-Förderung der Kindertagesstätten und unterstützen damit die Kommunen. Wir stocken die Grundfinanzierung der Hochschulen deutlich auf und geben ihnen



**(Dr. Ralf Stegner)**

Planungssicherheit. Wir stärken die Kulturlandschaft und die Minderheiten. Wir setzen neue Akzente bei der Personalentwicklung, und wir stärken den Einstiegsbereich bei der Polizei, der Justiz und der Finanzverwaltung.

Helmut Schmidt hat einmal gesagt: Wer Kritik übel nimmt, hat etwas zu verbergen. Meine Damen und Herren von der Opposition, Ihre Kritik stört uns überhaupt nicht. Sie werfen uns Klientelpolitik und Wahlgeschenke vor. Lassen Sie mich dies einmal so interpretieren: Wir bekennen uns freiwillig und freimütig dazu, dass die Familien, die Lehrerinnen und Lehrer, die Kinder, die Hochschulangehörigen, die Minderheiten, die Polizistinnen und Polizisten, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und all diejenigen, deren Leben sich durch diese Politik verbessert, in Ihren Augen unsere Klientel sind. Das finde ich großartig. Wenn das aber stimmt, dann sieht es für Sie bei den nächsten Wahlen zapenduster aus.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei dem Kollegen Günther hat man das Pfeifen im Walde trotz der sonst markigen Worte herausgehört. Die von Ihnen angesprochenen Millionäre werden nicht reichen, um Mehrheiten zu erzielen. Und was die Wahlgeschenke angeht, so gebe ich gern zu, wir halten uns an den Grundsatz: Wir sagen vor der Wahl, was wir tun, und wir tun nach der Wahl, was wir gesagt haben. Wenn Sie dies kritisieren und als Geschenk bezeichnen, dann wissen die Bürgerinnen und Bürger wenigstens, woran sie bei Ihnen sind. Wenn Sie hier ein anderes Verständnis haben als wir, dann kann ich Ihnen nur gute Reise wünschen.

In diesem Sinne ist die Frage, die der Herr Ministerpräsident gestellt hat, genau die richtige. Viele Menschen glauben: Die da oben, und damit meinen sie alle Parteien, machen doch das Gleiche. Das tun sie nicht. Die heutige Debatte in diesem Haus zeigt ganz deutlich, wo der Unterschied zwischen Ihnen auf den Oppositionsbänken und uns liegt. Wir wollen eine Politik, die das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein konkret verbessert. Der Ministerpräsident hat in seiner hervorragenden Regierungserklärung dargelegt, in welche Richtung das geht. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den Kollegen und Freunden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem SSW in dieser Koalition. Das Land ist bei uns in guten Händen. Das ist eine gute Politik für unser schönes Schleswig-Holstein. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir eine weitere Gruppe von Schülerinnen und Schülern des Marion-Dönnhoff-Gymnasiums aus Mölln. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, Frau Abgeordnete Eka von Kalben, das Wort.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit fast drei Jahren arbeitet diese Landesregierung mit und für die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein. Das sind drei Jahre, die uns Applaus und auch Kritik eingebracht haben, drei Jahre, in denen diese Koalition ihre politischen Schwerpunkte umgesetzt und das Land sozialer, offener, gerechter und grüner gemacht hat. Das waren drei Jahre, in denen viel erreicht wurde und in denen die Herausforderungen nicht kleiner geworden sind. Ich danke dem Ministerpräsidenten für seine Ausführungen und für seinen Ausblick auf die zweite Hälfte der Legislaturperiode.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Noch einmal drei Jahre?)

- Die Legislatur hat eine bestimmte Dauer. Wir werden weiter regieren, und wir werden sehen, was wir dann darüber hinaus umsetzen.

Lieber Herr Günther, wenn das, was hier vorgestellt wurde, Märchen sind, und wenn wir nicht mehr versprechen, als wir halten, gleichzeitig aber zu viel ausgeben, dann passt das irgendwie nicht zusammen. Sie werfen uns immer vor, dass wir zu viel Geld ausgeben, dass wir auf der einen Seite zu viel Geld für die Polizei, für die Kitas und die Schulen ausgeben. Auf der anderen Seite fordern Sie, dass wir an anderen Stellen mehr machen sollen. Das passt nicht zusammen. Lieber Herr Günther, Sie sind derjenige, der hier ohne Ende Märchen verkündet. Wir klauen weder Räder, noch ist in diesem und im nächsten Jahr ein Polizist weniger auf der Straße.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**(Eka von Kalben)**

Lieber Herr Günther, wir haben auch keine Baustellen geschaffen. Weder haben wir Straßen geschottert, noch haben wir Hochschulen zerstört. In den Krankenhäusern haben wir auch nicht dafür gesorgt, dass die OP-Säle saniert werden müssen.

Meine Damen und Herren, wir haben von der Bevölkerung den Auftrag bekommen, dieses Land bis 2017 zu gestalten, und wir werden das auch tun. Politische Weitsicht heißt aber auch, darüber hinaus zu denken. Es heißt auch, Zukunft zu gestalten. Ich bin nicht umsonst in eine Partei eingetreten, die sich der **Nachhaltigkeit** verschrieben hat, die sich in ihrer Zukunftswerkstatt über das Jahr 2050 Gedanken macht. Unsere Gesellschaft steht vor Herausforderungen, die über eine, zwei oder drei Legislaturperioden hinausgehen: Das Klima, der demografische Wandel, die digitale Welt. Wir brauchen weitreichende Lösungen, keine Flickschusterei.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Dennoch: Unser Handeln in den nächsten beiden Jahren stellt dafür wichtige Weichen. Es gilt nämlich beides: Wir müssen heute Lebensverhältnisse schaffen, die die Menschen glücklich leben lassen - mit guter Arbeit, guter Bildung und gesunder Umgebung, mit Bedingungen, die Lust machen, sich zu beteiligen und sich in die Demokratie einzubringen. Gute Lebensverhältnisse für Kinder und Alte, für Familien und für Alleinstehende; all dies ist heute unser Auftrag, dem wir gerecht werden müssen. Das aber darf nicht zulasten zukünftiger Generationen gehen, die genau diesen Anspruch ebenfalls haben. Deshalb funktioniert Wirtschaft nur im Einklang mit Natur und Klimaschutz, und Politikgestaltung funktioniert nur im Einklang mit kluger Haushaltskonsolidierung. Die heutige Politik muss die Zukunft im Blick haben.

Deshalb geht es nicht nur um die kurzfristigen Effekte, sondern - und dafür ist die Umweltpolitik ein gutes Beispiel - es geht darum: Wenn wir heute falsche Weichenstellungen schaffen, dann kann das fatale Wirkungen haben. Lassen Sie mich dafür ein Beispiel nennen. Vor zweieinhalb Wochen hat das Kabinett eine Strategie zur Rettung des **Wattenmeeres** beschlossen. Das Watt droht abzusaufen, weggespült zu werden und zu verschwinden. Das wäre der Verlust eines einzigartigen Naturraums. Einen vergleichbaren Raum gibt es nirgendwo auf der Welt. Das wäre der Verlust eines wichtigen Wirtschaftsraums. Betroffen wären die Muschelfischer, vor allem aber der Tourismus. Ein Verlust des Wattenmeeres wäre auch das Ende eines effzi-

enten Küstenschutzes. Ohne Watt müssten die Deiche viel höher sein. Ein Verlust des Wattenmeeres wäre auch ein Bruch mit der kulturellen Identität des ganzen Landes. Das hat nichts mit dem Denken in Legislaturperioden zu tun. Das ist nachhaltig, und das sind Zukunftsinvestitionen. Das ist es, was diese Regierung leistet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, weil diese Regierung über diese Legislaturperioden hinaus denkt, liegt ihr auch die Unterstützung der schleswig-holsteinischen **Familien** am Herzen. Wir werden ab 2017 jede Familie um 100 € im Monat entlasten, die einen Krippenplatz bezahlen muss. Wir unterstützen damit Eltern, die wieder in den Beruf einsteigen wollen. Das ist das Gegenteil vom dem, was Sie, liebe CDU, mit Ihrem Betreuungsgeld machen. Wir wollen Kind und Karriere ermöglichen, Sie Kind und Küche. Das ist der Unterschied.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist wirtschaftspolitisch auch angesichts des Fachkräftemangels völliger Irrsinn. Für eine Politik, die wir sachlich für richtig halten, die zukunftsweisend ist, nehmen wir auch gern Geld in die Hand; denn ohne Geld geht es nicht. Wir entlasten richtig, sodass es ankommt. Zur Investition in die Zukunft gehört auch - ich sage auch: vor allem -, dass wir die **Qualität der Kitas** gemeinsam mit den Kommunen verbessern werden.

Meine Damen und Herren, mit mehr als 20 Millionen € verbessern wir den Fachkräfteschlüssel in den Kitas. Hinzu kommt die Erhöhung der Sprachmittel auf mittlerweile 8 Millionen €; das sind 2 Millionen € mehr in diesem Haushalt. Das entlastet die Erziehenden und führt zu einer besseren Förderung der Kleinkinder. In der Kita entscheidet sich, wer die Chance auf einen guten Bildungsabschluss erhält, unabhängig vom Elternhaus. Das, meine Damen und Herren, ist meiner Meinung nach eine Frage der Gerechtigkeit, das ist eine entscheidende Frage der Gerechtigkeit. Denn dieses Land muss jedem Kind alle erdenklichen Chancen geben. Dass das bei uns leider nicht gegeben ist, dass dies immer noch abhängig ist vom Bildungsstand, vom Geldbeutel der Eltern, das ist eine Schande für dieses Land und für Deutschland.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**(Eka von Kalben)**

7 % Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher in 2012 in Schleswig-Holstein; das nehmen wir nicht hin. Das ist Vergeudung von Talenten, es ist ungerrecht und unsinnig. **Fachkräfte** zu gewinnen, ist schon jetzt eine schwierige Aufgabe, es ist Wettbewerb. Wir müssen uns deshalb Vorteile erarbeiten. Das geht in erster Linie über Bildung. Genau deshalb haben wir die **Jugendberufsagenturen** und ihre Weiterentwicklung so entschieden vorangetrieben. Deshalb verwendeten wir die Bafög-Mittel für mehr als insgesamt 700 **Lehrerinnen und Lehrer**, was Sie nicht wollten, liebe Opposition. Deshalb haben wir 300 Lehrerinnen und Lehrer mehr für die Flüchtlingsbetreuung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deshalb finanzieren wir 300 Schulasistentinnen und Schulasistenten und Schulbegleitung in Höhe von 18 Millionen €.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deshalb finanzieren wir mit 17 Millionen € die Schulsozialarbeit an den Schulen. Wir investieren in die Köpfe des Landes, auch wenn sich das nicht in Investitionsquoten abbildet. Wir machen das, weil es nötig ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, Krippe, Kita, Schule, Jugendberufsagenturen, in jedem Bereich setzen wir Pflöcke.

Fehlen noch die **Hochschulen**. In den letzten Jahren haben wir uns auf die Infrastruktur der Hochschulen konzentriert, haben große Sondervermögen angelegt zur Sanierung und zum Bau. Das war gut und ist gut angelegtes Geld.

Doch wir wollen unsere Hochschulen auch als Talentschmiede ausbauen. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen, gute Betreuung, Raum für Ideen und Eigensinn. Wir wollen Wissenschaftskultur. Deshalb geben wir uns mit Baumaßnahmen nicht zufrieden. Wir bessern die Grundhaushalte der Hochschulen richtig auf, im kommenden Jahr 10 Millionen €, aufwachsend auf 25 Millionen €. Das machen wir zusätzlich zu den 30 Millionen € aus dem Hochschulpakt III, die wir verstetigen. Wir sorgen für die Hochschulen jetzt und für die Studierenden in der Zukunft. Das sind Investitionen, die sich lohnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, die Hochschulen können der Motor dafür sein, Schleswig-Holstein moderner zu machen. Die Welt verändert sich rasant. Noch sind wir nicht ausreichend auf die **Digitalisierung** aller Lebensbereiche vorbereitet,

(Beifall PIRATEN)

weder technisch noch mental. Es ist gut, dass die Regierung dieses Thema zu einem Schwerpunkt der nächsten zwei Jahre machen wird. Denn trotz Hackerangriffen und Cyberwars bietet die digitale Arbeitswelt riesige Chancen für die gesamte Gesellschaft. Die Digitalisierung erleichtert die Kommunikation, die Produktion der Industrie eröffnet Bildungschancen. Letztlich kann sie auch die Demokratie verbessern. Deshalb gehen wir den Breitbandausbau an, und wir schaffen die Infrastruktur von morgen für das Lernen, für das Wirtschaften fürs Leben. Auch das sind nachhaltige Investitionen.

Da wir wissen, dass die schöne neue digitale Welt auch etliche Risiken in sich birgt, ist es auch an dieser Stelle gut und richtig, nicht nur die Kabel zu verlegen und die Bagger rollen zu lassen, sondern in Medien, Erziehung und Know-how zu investieren. Wir müssen dafür sorgen, dass niemand abgehängt wird, weder technisch noch intellektuell. Ich bin in dem Zusammenhang auch sehr froh darüber, dass wir die erfolgreiche Arbeit des Datenschutzes in Schleswig-Holstein haben und heute vermutlich auch eine gute Nachfolgerin für unseren hervorragenden Datenschützer Thilo Weichert wählen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, je schneller die Welt modern wird, je mehr sie abzuheben scheint, desto wichtiger ist es auch, die Wurzeln nicht zu verlieren. Ich spreche von **kulturellen Wurzeln** und von kulturellen Identitäten. Gerade in den schwersten Zeiten in Irland, als sich die Arbeitswelt vom Kopf auf die Füße gedreht hat und sich die Gesellschaft sehr schnell umstellen musste, schnellten die Anmeldungen für die Gälisch-Kurse in die Höhe. Niemand von uns würde auf die Idee kommen, die Zweisprachigkeit der irischen Ortsschilder infrage zu stellen. Auch und gerade eine Gesellschaft, die moderner wird, braucht Identität und kulturelle Wurzeln.

**(Eka von Kalben)**

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Für Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, ist das Klientelpolitik, sind das Wahlgeschenke. Dieser Vorwurf: Zwei Jahre vor der Wahl - Sie wissen selbst, wie lange das noch hin ist - sind doch für eine Wahlentscheidung eine halbe Ewigkeit. Bitte schön, geschenkt. Aber das ist eine interessante Auffassung von Politik. Lieber Herr Günther, von Ihnen lasse ich mir gern Klientelpolitik vorwerfen. Familien, Kinder, Studierende, Schülerinnen und Schüler sind natürlich unsere Klientel, genauso wie Polizistinnen und Polizisten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbstständige und Erwerbslose. Unser Klientel sind die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, im Norden mit seinen Minderheiten und im Hamburger Rand mit den zuziehenden Familien. Ihre Klientel ist das nicht? - Gern.

Ehrlich gesagt, aus nichts anderem kann ich eine größere Bestätigung ziehen als aus diesen Vorwürfen, meine Damen und Herren von der Opposition. Dies zeigt nur eines: Wir machen das Leben in diesem Land besser. Das passt Ihnen nicht; so einfach ist das.

Wenn Sie dann den Vorwurf erheben, wir hätten 1,3 Milliarden € mehr **Steuereinnahmen**, dann sage ich: Ja, das stimmt. Es gibt mehr Geld. Davon gehen etwa 500 Millionen € in mehr Personalkosten, Tarifsteigerungen und Pensionslasten. Wenn Sie das nicht wollen, dann wundere ich mich über die Redebeiträge und die Pressemitteilungen, die wir im letzten Jahr lesen konnten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Davon gehen 400 Millionen € in den kommunalen Finanzausgleich. Wenn Sie das nicht wollen, dann sagen Sie das bitte Ihren Vertreterinnen und Vertretern vor Ort.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Rest des Geldes geht an unsere Klientel, die Bürgerinnen und Bürger von Schleswig-Holstein, für Bildung, für Polizei, für bessere Infrastruktur.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich bleibe dabei: Identität und gute Bildung sind gerade in Zeiten, in denen wir für Offenheit und Toleranz werben, unverzichtbar. Die Menschen in Schleswig-Holstein sind stolz auf ihre **Offenheit gegenüber Flüchtlingen**. Daran kann auch Lübeck nichts ändern. Wir schaffen es, schnell und flexibel vielen Menschen ein Dach über dem Kopf zu geben, und wir werden es gemeinsam mit den Kommunen und allen Menschen im Land schaffen, diese Menschen hier auch gut zu integrieren.

Lieber Herr Günther, hier musste schnell gehandelt werden. Auf der einen Seite wird uns vorgeworfen, die Regierung würde alles zu langsam machen und keine Konzepte darlegen. Wenn sich die Regierung aber darum kümmert, dass Menschen heute Nacht mit einem Dach über dem Kopf übernachten können, dann heißt es, es seien nicht vorher die flüchtlingspolitischen Sprecher dieses Hauses zusammengerufen worden, um mit ihnen die Einzelheiten zu besprechen. In der Zeit lassen wir dann die Flüchtlinge draußen im Regen stehen und sagen: „Leider sind noch nicht alle politisch Beteiligten mit im Boot. Wir sind noch dabei, zu diskutieren.“ Das kann es nicht sein. Wir müssen jetzt eine Situation schaffen für die Menschen, die heute hier ankommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren! Wir springen in die Bresche, wo der Bund davonläuft. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst. Das zeigt auch der Haushalt, den wir vorgelegt haben. Das zeigt auch die Vorsorge, die Herr Albig dadurch getroffen hat, dass er von vornherein gesagt hat, wir vertrauen nicht auf die Bundesprognose, sondern gehen von 20.000 Menschen aus. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr, diese Regierung nimmt sie wahr. Sie findet lebenspraktische Lösungen. Dafür sind wir ihr sehr dankbar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein braucht Zuzug. Wir wollen Zuzug. Nur so können wir unsere langfristigen Ziele erreichen. Deshalb sind die geflohenen Menschen für unser Land in allererster Linie auch eine wichtige Chance. Flüchtlinge gut zu integrieren ist die beste Investition in die Zukunft aller.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine Damen und Herren! Sie, Herr Ministerpräsident, haben mit Ihrem Team von Ministerinnen und

**(Eka von Kalben)**

Ministern dieses Land nach vorn gebracht. Sie sind Dinge angegangen, die die Opposition nicht angegangen ist: in der Schulpolitik die Lehrerbildung reformiert - eine Reform, die auch Sie hätten machen müssen, sich aber nicht getraut haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ungerechte, intransparente Finanzausgleichsgesetz reformiert - auch etwas, was Sie nicht angehen wollten, was Sie sich anzugehen nicht getraut haben. Stromtrassen gebaut, was andernorts von Konservativen versemmt wird, während es hier im Dialogprozess gelöst wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Kommunen beim Kita-Ausbau unterstützt - wo Sie sich lieber verklagen lassen wollten, haben wir den Kommunen 80 Millionen € zu Verfügung gestellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Den Umweltschutz und den ökologischen Landbau gefördert - wo Sie lieber unseren natürlichen Ressourcen die Rote Karte zeigen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir haben die Hochschulen unterstützt - wo Sie uns nur undichte Dächer, einstürzende Altbauten und viel Misstrauen hinterlassen haben.

(Lachen CDU - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich könnte unendlich Vieles aufzählen. Für all dieses stehen diese Regierung, diese Koalition und der Ministerpräsident Torsten Albig. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Wolfgang Kubicki, das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Als ich gestern Abend den Entwurf der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten erhalten habe, der sich ja durchaus von dem unterscheidet, was Sie heute Morgen vorgetragen und der Presse

verteilt haben, habe ich zunächst gedacht: Mein Gott, hier hat sich dieser Mann wieder ungeniert im Zettelkasten der politischen Phrasenkunde bedient. Aber als ich die Rede heute Morgen gehört habe, habe ich mich erschrocken umgedreht und geschaut, ob Fernsehkameras im Raum sind. Denn das, was Sie abgeliefert haben, war ein Beitrag für die Heute-Show.

(Beifall FDP und CDU)

Es war ohne Übertreibung die schlechteste Regierungserklärung - ich habe schon schlechte erlebt -, die ich in diesem Haus jemals gehört habe. Ich habe auch schon schlechte von anderen Ministerpräsidenten gehört.

Vielleicht, Herr Kollege Stegner, sollte man am Anfang einmal die Frage klären, wie der Faktencheck aussieht. Nach dem, was ich heute gehört habe, ist dieses Land ein blühendes Land mit einem tollen Ministerpräsidenten und einer tollen Koalition, die Menschen in diesem Land sind zufrieden.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Ich empfehle Ihnen - der Faktencheck bei „hart aber fair“ - zu lesen, was heute - nicht früher - über die Frage veröffentlicht worden ist, wie zufrieden man mit dem Ministerpräsidenten dieses Landes ist. Dabei kommt der Kollege Ministerpräsident Torsten Albig extrem gut weg: Nach der Bewertung der Menschen dieses Landes ist er der unbeliebteste und damit auch der am wenigsten zuverlässigste Ministerpräsident unter allen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Er steht auf der gleichen Stufe wie Horst Seehofer. - Herzlichen Glückwunsch Herr Ministerpräsident!

Die Menschen müssten doch zufrieden sein. Das Gegenteil drücken Sie aus: Sie sind unzufrieden mit Ihrer Politik und auch mit Ihnen als Person, was ich nach diesem Redebeitrag wirklich verstehen kann.

(Beifall FDP und CDU)

Ich habe mich immer wieder gefragt, was der arme kleine Dennis macht, der mit seinem Vater, der Polizeibeamter ist, in den Hansapark will. Der Vater kann mit ihm aber nicht in den Hansapark gehen, weil er ihm mitteilen muss: Ich bin leider bei einem Einsatz, der kurzfristig befohlen worden ist, weil wir zu wenig Personal haben. - Das haben Sie nicht angesprochen, obwohl auch da unter Umständen Kinderherzen bluten können.

Zu etwas anderem. Ich möchte wirklich darum bitten, dass Sie von der Meinung herunterkommen,

(Wolfgang Kubicki)

nur Sie, Frau von Kalben oder Herr Stegner oder die Küstenkoalition seien gute Menschen und die anderen seien böse. Das wird sonst psychologisch irgendwann in einem Dilemma enden. Nur Sie machen gute Politik, die anderen machen böse Politik. Nur Sie machen Politik für die Menschen, und die anderen machen Politik gegen die Menschen. - Das hilft Ihnen im Zweifel nicht weiter. Es hilft uns auch in der Diskussion nicht weiter.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sprechen Sie Herrn Günther an, oder wen sprechen Sie an?)

- Sie habe ich angesprochen, Herr Kollege Dr. Stegner, weil Sie der Protagonist - der Sympathieträger ohne Ende für die Sozialdemokratie - dafür sind, dass außer Ihnen alle anderen intellektuell unterbelichtet sind und vor allen Dingen schlechte Menschen sein müssen. Denn nur ein gestandener Sozialdemokrat wie Sie ist jemand, der Politik für die Menschen, für die Familien, für die Kinder macht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie halten eine schlechte Rede!)

- Herr Dr. Stegner, ich weiß, dass ich Ihren Ansprüchen nicht genügen kann. Wer kann das schon? Aber ich bin sicher, dass, wenn wir uns vor Menschen messen würden - nicht hier in diesem Hohen Haus vor denen, die Ihnen applaudieren -, wir feststellen würden, wo der Applaus und die Sympathie eher liegen würden, bei Ihnen oder bei mir. Diesen Wettstreit würde ich gern aufnehmen. Wir werden ihn ja aufnehmen, nämlich bei der Landtagswahl 2017. Ich bin sicher, dass die Sozialdemokraten Mühe haben werden, ihr Ergebnis vom letzten Mal zu toppen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Warten wir es mal ab!)

- Ja, wir warten das in aller Ruhe ab. Frau Midyatli, zu Ihnen komme ich gleich noch.

Um große Worte ist diese Landesregierung selten verlegen, wenn es darum geht, ihre eigene Bedeutung im **historischen Kontext** darzustellen. Hatte der Ministerpräsident in seiner ersten Regierungserklärung im Jahre 2012 noch davon gesprochen, ganz Europa schaue auf Schleswig-Holstein, auf diese Koalition und sicherlich auch auf ihn selbst, so konnten wir heute nicht zum ersten Mal erleben, dass „historisch“ für Rot-Grün-Blau offenbar gar kein Ausdruck mehr ist. Denn so vieles, was diese Koalition zu tun scheint, ist historisch, sei es das bedeutende Infrastrukturprogramm, das gegen Ende der überüberrächsten Legislaturperiode sein histo-

risches Ziel erreicht haben soll, aber auch erst in der nächsten Legislaturperiode begonnen werden soll, oder sei es das historische Streben dieser Landesregierung nach völliger **Kita-Beitragsfreiheit**, die irgendwann kommen soll, was den Ministerpräsidenten aber sicherlich nicht davon abhält, schon heute von der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit die Meriten einzufordern für das unentwegte und unermüdliche Ringen seiner Regierung um dieses historische Ziel.

Herr Kollege Dr. Stegner, was haben eigentlich die Eltern, die ihre Kinder bei Tagesmüttern untergebracht haben, von den 100 €, die sie nur für öffentliche - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die bekommen sie auch! Schauen Sie einmal hinein, Herr Kollege!)

- Gut. Ich frage ja. Sie haben bisher und heute nur erklärt: in öffentlich geförderten Einrichtungen. Es steht auch so in Ihrem Papier. Aber darauf können wir vielleicht noch einmal zurückkommen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lesen werden Sie doch wenigstens können!)

- Das kann ich, und das habe ich. Da steht definitiv: in öffentlich geförderten Einrichtungen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die Tagespflege steht da drin, Herr Kollege!)

Wer den Blick auf die wirklich historisch im Sinne von einmalig zu nennenden Errungenschaften dieser Regierung richtet, wird zu unserem Bedauern leider sehr schnell fündig. Denn tatsächlich historisch ist, dass sich die Verkehrsinfrastruktur des Landes noch nie in einem so schlechten Zustand befunden hat wie heute. Historisch sind die niedrigsten Investitionsquoten seit Bestehen des Landes Schleswig-Holstein die, die diese Regierung zu verantworten hat. Historisch ist die erschreckend niedrige Aufklärungsquote bei Einbruchsdelikten von zum Teil unter 5 % bei einer historisch zu nennenden Zahl von Überstunden, die die Landespolizei zu leisten hat. Das ist die aktuelle Situation des Landes. Fast alles davon ist das Verdienst Ihrer Koalition, Herr Ministerpräsident.

(Beifall FDP und SPD)

Herr Kollege Dr. Stegner, wenn Sie der Vorgängerregierung, die nur zwei Jahre im Amt Zeit hatte, den Schuldenberg zu begrenzen, den Sie aufgehäuft haben, vorwerfen, dass sie in zwei Jahren nicht das angefasst habe, was notwendig gewesen sei, dann frage ich: Was haben Sie in den letzten drei Jahren

(Wolfgang Kubicki)

gemacht? Sie regieren schon ein Jahr länger als die alte Koalition.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Sie mussten Finanzen konsolidieren? Herzlichen Glückwunsch!

(Lachen FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Der Finanzminister ab 2005 hieß Wiegard, Herr Kollege!)

- Aber Sie waren nicht in der Regierung, Herr Dr. Stegner? Sie waren nicht für die Bildungspolitik seit 1988 verantwortlich, Frau Erdsieck-Rave zum Schluss? Sie waren nicht für die Sozialpolitik im Land über Ihre Sozialministerinnen und Sozialminister verantwortlich? Sie waren nicht über die Wirtschaftsminister bis 2005 für die Verkehrsinfrastruktur verantwortlich? Sie haben mit all dem nichts zu tun? - Die Vergangenheit blenden Sie aus. Sie wollen den Leuten erklären, die Zukunft wird unter Ihnen goldener werden. Das nimmt Ihnen kein Mensch ab.

(Beifall FDP und CDU)

Die **Ausgabensteigerungen**, die in der Verantwortung von SPD, Grünen und SSW seit 2012 beschlossen wurden, suchen ebenfalls Ihresgleichen. Der Landesrechnungshof hat in seinen Bemerkungen 2015 aufgezeigt, dass diese Koalition bis zum Jahre 2018 Ausgabenzuwächse vorgesehen hat, die zum Teil deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von 2,2 % liegen. Herr Dr. Stegner, das betrifft den Referenzzeitraum von 1990 bis 2013. Laut Rechnungshof steigerten Rot-Grün-Blau die Nettoausgaben im Jahr 2013 um 3,8 %, im Jahre 2014 um 2,4 % und im Jahre 2015 - das war sogar noch vor dem Nachtragshaushalt - um sage und schreibe 4,6 %.

Wir leiden heute erheblich unter den **finanzpolitischen Entscheidungen der Vergangenheit**. Wir tragen einen Schuldenberg vor uns her, der viele Generationen nach uns noch beschäftigen wird. Aber Sozialdemokraten, Grüne und SSW haben trotz dieser Schulden beschlossen, noch mehr auszugeben als diejenigen Landesregierungen in der Vergangenheit, die uns erst zum Haushaltsnotlageland gemacht haben.

Wir sind Haushaltsnotlageland wegen falscher Entscheidungen in der Vergangenheit, und Sie betreiben den Prozess weiter. Das kann doch nicht richtig sein!

Das heißt, wer generationenungerechte Politik machen will, sollte genauso handeln, wie diese Koali-

tion handelt; denn anders als Sie es hier verkaufen möchten, Herr Ministerpräsident, nehmen Sie den jungen Menschen von heute politische Handlungsfähigkeit von morgen. Das ist nicht verantwortungsvoll, sondern rücksichtslos.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Berg an Schulden - -

(Zuruf SPD)

- Ja, man muss es richtig tun. Ich verstehe die Sympathie von Herrn Stegner für Herrn Tsipras, weil er genau die Politik betreibt, die das Land ins Chaos getrieben hat. Wer die sozialen Leistungen auf Dauer finanzieren will, Herr Dr. Stegner, der muss die Ertragsfähigkeit des eigenen Landes steigern, der muss dafür Sorge tragen, dass bei uns die **Wirtschaft** floriert; denn sonst ist das nicht finanzierbar.

(Beifall FDP und CDU)

Sie werden nicht auf Dauer Geld von anderen erhalten für **Sozialleistungen**, die Sie hier versprechen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich weiß nicht, was Sie gegen Herrn Schäuble haben.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie sitzen gemeinsam mit ihm in der Regierung. Ich finde es schon ziemlich unverantwortlich, dass sich Teile der Regierung, die Sozialdemokratie heißen, aus der Verantwortung verpieseln wollen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bundesregierung, die verhandelt hat, ohne die Zustimmung der Sozialdemokraten gehandelt hat.

Der Schuldenberg wächst derzeit ungehindert. Selbst dann, wenn Frau Finanzministerin Heinold entgegen ihrer aktuellen Planung bereits für den kommenden Haushalt eine schwarze Null präsentieren würde, selbst dann, wenn wir rein fiskalisch betrachtet **Schulden** abbauen würden, verfällt unsere **Infrastruktur**, verfallen unsere Straßen und Brücken, unsere Hochschulen und Krankenhäuser tagtäglich. Das können die Menschen in diesem Land besichtigen.

Das Problem ist der Landesregierung längst bekannt; denn der Ministerpräsident sagte am 12. November 2014 hier im Landtag - ich zitiere -:

„Wir wissen: Investitionen in unser Land sind von zentraler Bedeutung für den Erfolg dieses Landes. Wir wissen, dass wir Geld-

(Wolfgang Kubicki)

schulden nicht länger durch Betonschulden ersetzen dürfen, etwa indem wir Straßen oder Brücken nicht mehr reparieren.“

Und was tun Sie? Sie planen für das kommende Jahr einen neuen Investitionsminusrekord von 6,2 %. Ich erinnere immer wieder gerne an eine Aussage von Peer Steinbrück, dessen Sprecher Sie waren, als er Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein war. Als die **Investitionsquote** unter 10 % gefallen ist, hat er gesagt, dass er das sehr bedaure. Er hat gesagt: Weniger als 10 % Investitionsquote im Land ist ein Verbrechen an der jungen Generation der kommenden Jahre. - Ich kann das nur unterstreichen.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn also Investitionen von zentraler Bedeutung für den Erfolg eines Landes sein sollen, dann tun Sie nach Ihren eigenen Maßstäben fast alles für den Misserfolg dieses Landes. Welch eine historische Tat, Herr Ministerpräsident Albig!

Der Straßenzustandsbericht hat es uns im vergangenen Jahr nur allzu deutlich aufgezeigt. Hätte das Land zwischen 1990 und 2014 280 Millionen € mehr in die **Landesstraßen** investiert, hätten wir 900 Millionen € an Sanierungskosten gespart. Das ist keine Aussage von uns, sondern eine Aussage der Landesregierung.

Jeder Euro, den wir heute nicht in die Verkehrsinfrastruktur investieren, kostet uns später ungefähr 3,20 €. Wenn das Konsolidierungspolitik sein soll, dann verstehe ich die Welt nicht mehr.

Um Ihnen politisch Luft zu verschaffen, haben Sie - gewissermaßen als selbst erschaffenen Deus ex Machina - dieses tönend angekündigte Investitionsprogramm aus dem Boden gestampft, das sinnigerweise erst im überüberrächsten Jahr beginnen soll.

Das muss man einmal vor seinem geistigen Auge Revue passieren lassen: Diese Landesregierung will sich sechs Jahre Zeit nehmen, um eines der drängendsten Probleme des Landes anzugehen. Das ist eine Schwerpunktsetzung, die mit Vernunft höchstens theoretisch etwas zu tun hat. Das hat Schleswig-Holstein mit Sicherheit nicht verdient.

(Beifall FDP und CDU)

Abgesehen davon sind noch viele Fragen offen, wie zum Beispiel: Woher soll plötzlich das viele Geld - fast 2,3 Milliarden € - kommen? Was passiert eigentlich mit diesem Investitionsprogramm, wenn unsere Konjunktur wieder etwas schlechter laufen sollte als heute? Hierauf haben wir bis heute keine

Antwort erhalten, was darauf hindeutet, dass die Finanzierungsfrage für Sie überhaupt keine Rolle spielt. Wahrscheinlich gehen Sie davon aus, dass Sie ohnehin nicht mehr Entscheidungsträger sein werden, wenn es darauf ankommt.

Herr Ministerpräsident, die Menschen fragen sich doch zu Recht: Warum hat diese Regierung in den vergangenen drei Jahren nicht die Sanierung von Straßen und Brücken vorangetrieben? Warum kümmert sie sich darum nicht wenigstens heute?

(Beifall FDP)

Sie kündigen dauernd blühende Landschaften an und tun in der Gegenwart nichts dafür. In Ihrer Regierungserklärung sagten Sie, Sie machten eine Politik, die schon jetzt für das Übermorgen plane. Ich sage Ihnen: Es wäre besser, Sie machten eine Politik, die für das Morgen handelt.

Vernünftige Weichenstellungen für Schleswig-Holstein könnten auch so aussehen, dass Sie die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum schaffen. Wir wissen, dass Schleswig-Holstein noch immer das geringste Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt aller westdeutschen Bundesländer hat. Diese Koalition hat mit dem wirtschaftsfeindlichen Gesetzestrio aus Tarifreuegesetz, Korruptionsregister und Mindestlohn mit Nachdruck dafür gesorgt, die Stimmung im hiesigen Mittelstand auf einen neuen Tiefpunkt zu bringen.

Ich muss Ihnen wirklich sagen, ich habe derart schlechte Zustimmungswerte bei UV-Nord-Umfragen für einen Ministerpräsidenten - 17 % - nicht in Erinnerung.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Frau Midyatli, auch die Bevölkerung hat offensichtlich kein Vertrauen in diesen Ministerpräsidenten. Sonst wären die Umfragewerte von Forsa nicht so schlecht.

(Beifall FDP und CDU)

Vor dem Hintergrund der bisherigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen sowie angesichts der Tatsache, dass Sie für Wirtschaftspolitik in der Regierungserklärung kaum ein Wort übrig hatten, haben Sie sich diese zweifelhafte Ehre aber gewiss verdient.

Erfreulich war im vergangenen Jahr zugegebenermaßen, dass die BIP-Steigerung in Schleswig-Holstein leicht über dem bundesdeutschen Durchschnitt lag. Das war schon sensationell. Darauf haben Sie heute auch hingewiesen. Das lag aber nicht daran, dass die Landesregierung die Voraussetzungen für



(Wolfgang Kubicki)

**Wirtschaftswachstum** geschaffen hat, sondern ausschließlich daran, dass in Schleswig-Holstein Kriegswaffen für befreundete und nicht befreundete Staaten produziert und ausgeliefert wurden.

(Beifall FDP)

Herr Kollege Dr. Stegner, habe ich es richtig verstanden, dass die SPD in Schleswig-Holstein dafür eintreten wird, dass die Werft dort drüben noch mehr U-Boote, noch mehr Fregatten und noch mehr Korvetten baut, die geliefert werden können, damit Sie sich mit dem Erfolg einer BIP-Steigerung feiern lassen können? Es wäre interessant zu hören, wie Sie dazu stehen. Ob Sie sich damit rühmen wollen, bleibt Ihnen überlassen.

Bevor wir zu den rot-grün-blauen Weichenstellungen für Schleswig-Holsteins Zukunft zurückkommen, müssen wir feststellen, dass diese Landesregierung in der Vergangenheit für viele Entwicklungen nicht nur die Weichen falsch gestellt hat, sie hat auch lange absehbare Entwicklungen gefährlich verschleppt. An dieser Stelle ist das Stichwort **Flüchtlingspolitik** zu nennen. Ich kann Ihnen das nicht ersparen, weil uns dieses Thema ebenso wie Ihnen am Herzen liegt.

Bereits im Bericht der Landesregierung mit dem Titel „Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen“, Drucksache 18/155, vom 18. September 2012 wies die Landesregierung selbst auf kontinuierlich steigende Zugangszahlen der Asylbegehrenden hin.

Ein Jahr später, am 25. September 2013, forderte der Landtag die Landesregierung in einem einstimmig gefassten Beschluss auf, angesichts der immer drängender werdenden Herausforderungen ein gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein auf den Weg zu bringen. Geschehen ist dann fast ein Jahr lang gar nichts. Wir sehen jetzt, welche fatalen Auswirkungen diese Untätigkeit hat.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das stimmt nicht!)

- Doch. Bei den Erstaufnahmeeinrichtungen, für die genuin das Land zuständig ist, sind Sie viel zu spät in Tritt gekommen. Faktisch hangeln wir uns größtenteils immer noch von Notunterkunft zu Notunterkunft.

(Beifall FDP)

Ich weiß, dass Ihnen das wehtut. Ich weiß, dass Sie das schmerzt, aber die eigene Untätigkeit jetzt dazu zu missbrauchen, zu sagen, man müsse aus der Not heraus sofort handeln, ohne die entsprechenden Be-

teiligungsformen einhalten zu können, ist ein Ausweis Ihrer missratenen Politik.

Um nicht missverstanden zu werden: Wir danken ausdrücklich Herrn Oberbürgermeister Dr. Tauras und den Beteiligten vor Ort in Neumünster, in Seeth sowie an den anderen Notunterkünften im Land für ihre unbürokratische und vor allem schnelle Hilfe.

(Beifall FDP und CDU)

Für diese Landesregierung sind solche Nacht- und Nebelaktionen zur Errichtung von Notunterkünften, wie wir sie noch in der vergangenen Woche in Neumünster erleben mussten, aber ein flüchtlingspolitisches Armutszeugnis, insbesondere angesichts dessen, dass es schon lange entsprechende Beschlüsse des Landtags hierzu gibt. Frau Midyatli, das gilt beispielsweise für die Frage, welche Einrichtungen überhaupt infrage kommen können, wie sie hergerichtet werden müssen, und zwar unabhängig von der Frage, ob 3.000, 10.000 oder 20.000 Menschen dort unterkommen. Diese Frage hätte man schon längst klären können. Man hätte dabei auch die Beteiligten vor Ort in die Entscheidungsprozesse einbinden können. Das ist aber nicht geschehen.

An hehren Ratschlägen mangelt es SPD, Grünen und SSW nie, wenn es darum geht, dass andere ihrer Verantwortung gerecht werden sollen. Noch im Mai-Plenum hatten die Koalitionäre die europäische Gemeinschaft aufgefordert, ihre humanitäre Verantwortung für die steigenden Flüchtlingsströme wahrzunehmen. Ministerpräsident Albig wurde nicht müde, von Berlin mehr Geld für die Länder zu fordern. Zugleich aber kommt diese Landesregierung ihrer eigenen Verpflichtung in der Flüchtlingspolitik offensichtlich nicht ausreichend nach.

Eine Konsequenz der flüchtlingspolitischen Verschleppung durch diese Regierung war die Entscheidung der Lübecker Bürgerschaft gegen den Verkauf des Bornkamp-Geländes. Die Landesregierung muss sich nicht wundern, wenn die von ihr hastig angeschobenen Projekte von den Entscheidungsträgern vor Ort nicht immer nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam befolgt werden.

(Beifall FDP und CDU - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ein Unsinn!)

Beteiligung wurde ausdrücklich ausgeschlossen. Dafür sei die Zeit zu knapp, hat Frau Staatssekretärin erklärt.

(Unruhe SPD)

- Dazu komme ich jetzt, Herr Dr. Stegner.

(Wolfgang Kubicki)

Wenn dann auch noch seitens der SPD-Landtagsfraktion Beschimpfungen und Drohungen in Bezug auf die souveräne demokratische Entscheidung der Lübecker Bürgerschaft ausgestoßen werden, dann sind erhebliche Zweifel

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- alles in Ordnung - am demokratischen Verständnis einiger schleswig-holsteinischer Sozialdemokraten angebracht.

(Beifall FDP und CDU)

Dass die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli, in den „Lübecker Nachrichten“ vom 26. Juni 2015 erklärte, die Lübecker Abgeordneten würden - Zitat - „zur Rechenschaft gezogen“, falls es bei der Flüchtlingsunterbringung zu Engpässen käme, war schon schlimm genug.

(Zuruf SPD: Unglaublich!)

Der SPD-Landesvorsitzende Dr. Stegner setzte aber noch einen drauf und stellte die Bürgerinitiative, die lediglich für eine kleinere Einrichtung warb, kaum verklausuliert mit dem jüngsten ausländerefeindlichen Brandanschlag in Kücknitz in Verbindung. Die Menschen, Herr Kollege Dr. Stegner, erwarten von Ihnen zu Recht eine Entschuldigung für diese unsägliche Entgleisung.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN - Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu, Herr Dr. Stegner. Sie können sich gern noch zu Wort melden.

Der Ministerpräsident sagte im „LN“-Interview vom 5. Juli 2015, er habe eine solche Entscheidung aus der Stadt von Willy Brandt nicht erwartet.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss zugeben, Herr Dr. Stegner: Ich habe ein solches Gebaren von den politischen Erben Willy Brandts nicht erwartet.

(Beifall FDP und CDU)

Willy Brandt wollte mehr Demokratie wagen. Sie hingegen werfen denjenigen, die nicht Ihrer Auffassung sind, unmoralisches und verwerfliches Verhalten vor. Damit zerschlagen Sie viel mehr demokratisches Porzellan, als Sie sich vorstellen können.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Aber die Meinungsfreiheit gilt nicht nur für Sie, Herr Dr. Stegner. Ich sage noch einmal: Wenn wir die Menschen in unserem Land nicht entsprechend mitnehmen, sondern sie vor vollendete Tatsachen stellen, werden sie sich dagegen wehren, und zwar gegen das Prinzip Ihrer Politik, nicht gegen Flüchtlinge; darum geht es gar nicht.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist eine „Schande“, wenn ich Ihre Begrifflichkeit aufnehme, dass Sie doch mehr Demokratie wagen wollten, dass die Menschen doch beteiligt werden sollten, dass Sie eine Dialogkultur wollten, und mir anschau, was Sie momentan machen; denn das ist das genaue Gegenteil. Wir hätten die Dialogkultur haben können, wenn diese Regierung vor mehr als zwei Jahren ihre Aufgaben wahrgenommen hätte. Dann hätten wir eine Dialogkultur gehabt und nicht das Prinzip: Friss, Vogel, oder stirb.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Es hat mich enttäuscht, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, die Lage der **Polizei** im Land kaum gestreift haben. Auch Sie wissen es: Die Polizeibeamten im Land haben einen harten Job, und sie riskieren ihr Leben für unsere Sicherheit. Sie schieben vor allem in diesem Jahr durch viele außerordentliche Ereignisse einen Berg von Überstunden vor sich her, etwa durch den G-7-Gipfel oder durch den Besuch des israelischen Staatspräsidenten. Dass die Personaldecke grundsätzlich viel zu kurz ist und langfristig auf Kosten der Motivation und Leistungsfähigkeit der Beamtinnen und Beamten geht, ist offensichtlich. Ich hätte heute erwartet, dass zu den Weichenstellungen für Schleswig-Holsteins Zukunft ebenfalls gehört, den Stellenabbau bei der Landespolizei mindestens zu stoppen, um unsere innere Sicherheit auch künftig zu gewährleisten, und die Aufgaben werden zu nehmen.

(Beifall FDP und CDU)

Leider haben Sie sich hier ein Beispiel an Ihrem Innenminister genommen, der öffentlichkeitswirksam einen Neuanfang mit der Landespolizei versprochen hat, aber tatsächlich genau dort weitermachte, wo er aufgehört hat.

Im Sinne der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sei dieser Einschub in Richtung des Innenministers hier gestattet: Wer sich bei der Vorstellung gravierender Polizeistrukturmaßnahmen, vor allem bei der Wasserschutzpolizei, auf einer Pressekonferenz

(Wolfgang Kubicki)

von seinen Ministerialbeamten vertreten lässt, der hat die eigene Verantwortung für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nicht verstanden.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Da helfen Ihnen auch noch so publicity-trächtige Demutsgesten nicht weiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zurück zu dem Motto: rot-grün-blaue Weichenstellungen für Schleswig-Holsteins Zukunft. Ich muss gestehen, ich war ziemlich überrascht, als ich diese Überschrift Ihrer Regierungserklärung gelesen habe, Herr Ministerpräsident. Ich stelle mir vor, Peter Harry Carstensen hätte in der vergangenen Legislaturperiode eine Regierungserklärung angemeldet, deren Titel gelautet hätte: schwarz-gelbe Weichenstellungen für Schleswig-Holsteins Zukunft. Sie hätten doch hier auf dem Tisch gestanden, Herr Dr. Stegner, und dem Regierungschef zu Recht vorgeworfen, es sei unerhört, dass das Verfassungsorgan Ministerpräsident im Landtag ganz offen und unverhohlen Parteipolitik verkauft und im Prinzip noch einmal das vorliest, was Sie als Parteien beim Koalitionsgipfel vereinbart haben.

(Beifall FDP und CDU)

Aber wie immer ist so etwas bei Sozialdemokraten, Grünen und SSW vollkommen legitim; denn wir haben ja in den vergangenen drei Jahren gelernt, dass Sie der festen Überzeugung sind, Sie seien die wahren und einzigen Vertreter Schleswig-Holsteins. Dass bei Beschlüssen des Koalitionsausschusses nur noch parteipolitische Vorteile generiert werden und es maximal in zweiter Linie um das Land geht, hat der sozialdemokratische Landesvorsitzende Dr. Stegner in der Landespressekonferenz vergangene Woche eindrucksvoll bestätigt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das sagen gerade Sie!)

Im „sh:z“ vom 8. Juli 2015 durften wir Folgendes lesen:

„Jetzt ist vom ‚Krippengeld‘ die Rede ... 100 Euro pro Kleinkind bis drei Jahre soll es geben - unabhängig vom Einkommen der Eltern oder eines Alleinerziehenden. Weitere Entlastungen folgen später. ‚Eine klare Basis für die Wahl‘ 2017 seien solche Vorhaben, so Stegner ohne Umschweife.“

Um in dieser Frage auch bloß keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, twitterte Stegner am 7. Juli 2015 in die digitale Welt - es ist sehr schön, dass wir das auch einmal mitlesen können -:

„Opposition gegen verbesserte Familienförderung in Schleswig-Holstein: Da wächst doch die Vorfreude auf den Landtagswahlkampf“.

Und der Ministerpräsident verkündet heute pflichtschuldig ebendiese Beschlüsse, die für die Landtagswahl für SPD, Grüne und SSW Positionsgewinne bringen sollen. Damit werden die Wahlkampfschlager regierungsamtlich präsentiert. Das ist eines schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, der seinem Bundesland und nicht seiner Partei verpflichtet ist, absolut unwürdig;

(Beifall FDP und CDU)

denn Sie haben sich mit dieser Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, vom Pressesprecher Peer Steinbrück zum Pressesprecher Ralf Stegners gewandelt. Ob das jetzt ein Karriereschritt ist, wage ich zu bezweifeln.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Das empört mich in besonderer Weise, weil ich diesem Landtag schon lange angehöre und die Vergangenheit Schleswig-Holsteins ziemlich gut kenne.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das haben wir die letzten fünf Jahre mitgekriegt!)

Doch damit nicht genug. In der Pressemitteilung, die durch die Pressestelle des SPD-Landesverbandes am vergangenen Dienstag im Namen von SPD, Grünen und SSW versandt wurde und in der die Ergebnisse des Koalitionsausschusses verkündet wurden, finden wir in den Dokumenteigenschaften einen interessanten und wahrscheinlich schwerwiegenden Hinweis. Dieser Hinweis - das stelle ich vorweg - lässt tief blicken in das Verhältnis zwischen den regierungstragenden Parteien und der Exekutive. Als Verfasserin dieser pdf-Datei, Herr Kollege Dr. Stegner - ich habe einen Screenshot hier - wird nämlich in den „Eigenschaften“ die Stabsleiterin des Sozialministeriums genannt, ausdrücklich nicht als Privatperson oder als Parteimitglied, sondern als Mitarbeiterin des Sozialministeriums. Das heißt konkret, Ministerialbeamte machen offenbar aktiv Parteiarbeit für die Landesverbände von SPD, Grünen und SSW, etwas, was wir aus der Vergangenheit heraus unterbinden wollten. Dem werden wir noch weiter nachgehen.

(Beifall FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich habe es hier. Gerade vor dem Hintergrund der Friesenhof-Diskussion wäre es wahrscheinlich sinnvoller gewesen, die junge oder ältere Dame hätte sich darum gekümmert, dort ihre Aufsicht besser

**(Wolfgang Kubicki)**

wahrzunehmen, statt sich mit parteipolitischen Überlegungen zu beschäftigen. Das wäre für die Kinder und Jugendlichen im Friesenhof wahrscheinlich deutlich besser gewesen.

(Beifall FDP, CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Ich erwarte von der Landesregierung hier schnellstens Aufklärung darüber, welchen Beitrag Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien und der Staatskanzlei für die Landesparteien SPD, Grünen und SSW geleistet haben. Im Interesse der Landesregierung und der beteiligten Parteien muss der Verdacht rechtswidriger Aktivitäten dringend ausgeräumt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen im Land merken genau, dass diese Landesregierung ihnen deutlich mehr verspricht, als sie zu halten imstande ist. So ist es überhaupt nicht überraschend, dass der Ministerpräsident innerhalb kurzer Zeit vom beliebtesten Politiker Schleswig-Holsteins - das war er einmal - zum mit Abstand unbeliebtesten Ministerpräsidenten in ganz Deutschland geworden ist. Das kann ja eigentlich nur heißen, dass das, was die Menschen im Land wollen, nicht dem entspricht, was Sie ihnen bieten. Ein wenig mehr Selbstkritik, Herr Dr. Stegner, wäre deshalb vielleicht angebracht. Wir werden mit Freude in den Landtagswahlkampf 2017 ziehen, weil ich sicher bin, dass die Menschen die Märchenstunden, die Herr Albig hier uns und Ihnen immer wieder präsentiert, nicht mehr ertragen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Torge Schmidt das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Albig, wenn ich Ihre Regierungserklärung zusammenfassen darf, dann muss ich sagen: PIRATEN wirken.

(Beifall PIRATEN)

Dass Digitales zur Chefsache in der Regierung erklärt wird, begrüßen wir ausdrücklich. Erstens kann der Ministerpräsident tatsächlich einmal politische Weichen stellen, und zweitens gibt es da noch viel zu tun. Ich bin sehr gespannt auf Ihre E-Govern-

ment-Strategie. Schleswig-Holstein war seinerzeit mit seinem E-Government-Gesetz einer der Vorreiter. Das war ein guter Anfang. Sich allerdings darauf auszuruhen, wäre fatal.

Das Internet und der **digitale Wandel** schreiten rasant voran. Wir Politiker sind in unseren Entscheidungen leider immer diejenigen, die dem Trend hinterherrennen. Ich finde es klasse, dass Sie unseren strategischen Vorschlag zum **Breitbandausbau** aufgegriffen haben. Wenn wir es wirklich schaffen, flächendeckend alle Schulen mit Glasfaser zu versorgen, wäre das nicht nur für die Regierung, sondern vor allem für die Schülerinnen und Schüler der nachfolgenden Generation in diesem Land ein großer Erfolg.

(Beifall PIRATEN)

Es wäre nicht zuletzt eine sehr gute Basis dafür, den Breitbandausbau flächendeckend in ganz Schleswig-Holstein voranzubringen. Das Beste daran: Unsere Kinder müssen sich dann nicht mehr einen ISDN-Anschluss in der Schule teilen, um für ihr Referat zu recherchieren.

Wer die Medienkompetenz junger Menschen fördern möchte, muss ihnen einen vernünftigen Zugang zum Internet bereitstellen. 200.000 € wollen Sie für digitales Lernen ausgeben. Ich finde, das ist eine tolle und super Sache. Auch hier haben wir PIRATEN die Entwicklung in Schleswig-Holstein ganz stark vorangetrieben. Hier zeigt sich: Gute Oppositionsarbeit zahlt sich doch irgendwann einmal aus.

(Beifall PIRATEN)

Die Chance für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung ist da. Herr Albig, Sie haben hier eine sehr große Aufgabe vor sich. Die PIRATEN werden Sie dabei konstruktiv unterstützen. An Ihrer Stelle würde ich diese Chance nutzen und neue Wege gehen, zum Beispiel bei der **Landesplanung**. Wir haben wirklich sehr gute Beispiele direkt vor der Haustür, wenn wir zum Beispiel nach Kiel schauen. Schauen Sie sich einmal den Online-Stadtplan der Stadt Kiel an. Da können Sie sämtliche Bebauungspläne einsehen. Sie sehen sogar alle Bäume, die in Zukunft gefällt werden sollen, und zwar mit Begründung, warum ein Baum gefällt werden muss, und zusätzlich einem Link zu Wikipedia, damit Sie auch gleich sehen können, was das für ein Baum ist, inklusive des lateinischen Namens des Baumes. Viele Dinge werden in der Landesplanung in Zukunft geregelt werden, und es sind extrem viele Informationen vorhanden. Folgen Sie der Stadt Kiel, sorgen

(Torge Schmidt)

Sie für Transparenz, und zeigen Sie doch einmal, wo sich das Land Schleswig-Holstein verändert!

(Beifall)

Was ich ein bisschen vermisse, wenn Sie von digitaler Entwicklung sprechen - gerade die sozialdemokratische Partei sollte da Vorreiter sein -, ist die Feststellung, dass die Digitalisierung und der technische Fortschritt unsere ganze Gesellschaft stark verändern werden. Es wird wieder dazu kommen, dass extrem viele Berufe aussterben werden. Wie sieht zum Beispiel die Zukunft von Taxifahrern aus, wie sieht die Zukunft von Lkw-Fahrern aus, und wie sieht es mit der Zukunft des Baus aus? Zukünftig werden 3-D-Drucker Häuser bauen, und es wird dort weniger Menschen geben. Ganze Berufe werden sich ändern. Das wird schneller gehen, als uns lieb ist. Wenn wir von 2030 reden, wird da schon ein Riesenwandel sein. Hier müssen wir politische Antworten finden, gerade in einem Land, in dem sehr viele Handwerker unterwegs sind, und gerade in Städten wie Kiel und so weiter.

Ich könnte Ihnen an dieser Stelle weitere Ideen von uns PIRATEN zu dem Thema mit auf den Weg geben, es wird allerdings noch genug Gelegenheiten geben, hierüber zu sprechen. Jetzt möchte ich zu den anderen Weichenstellungen kommen. Ohne Umschweife kann ich die guten Absichten hinter den von der Regierung geplanten Maßnahmen und Weichenstellungen anerkennen. Hinter fast allen Zielen, sei es die bessere Grundversorgung der Hochschulen, die Qualitätssteigerung der Kitas oder die finanzielle Unterstützung der Kommunen, können wir PIRATEN einen dicken Haken machen. Bei dem vorgelegten Projektpaket von rot-grün-blauer Weichenstellung zu sprechen, ist aus unserer Perspektive allerdings ein wenig vermessen. Die selbst proklamierten Weichen für die Zukunft muten eher wie ein versuchter politischer Befreiungsschlag an für eine angeschlagene Sozial- und Hochschulministerin, die von Krise zu Krise eine noch schlechtere Figur macht, und einen Innenminister, der kein Vertrauen bei seinen Leuten genießt.

Die Koalition versucht, mit vorgezogenen Wahlgeschenken und zahlreichen Nebelkerzen verlorenen Boden wettzumachen und verloren gegangenes Vertrauen wiederzuerlangen. Ob ihr das angesichts der Tatsache gelingt, dass es Herr Albig bis heute nicht geschafft hat, die eigenen Leute und Wähler von seinen Führungsfähigkeiten zu überzeugen, ist mehr als fraglich.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Nicht alles, was die Regierung auf den Weg gebracht hat und

vorsieht, ist schlecht. Positiv zu bewerten ist die anvisierte Qualitätssteigerung der **Kindertagesstätten**. Wir PIRATEN begrüßen die geplante Erhöhung der Pro-Platz-Förderung im U-3-Bereich und die damit einhergehende finanzielle Entlastung. Auch mehr Mittel für die **Sprachförderung** in Kitas halten wir für eine grundlegend gute Sache. Begrüßenswert und zwingend notwendig wäre jedoch, dass die Regierung auch einmal darstellen würde, wie das umgesetzt werden soll. Wer macht die Sprachförderung, und wie ist der inklusive Gedanke in das Konzept integriert? Es gibt zig Fragen, die an dieser Stelle noch offen sind. Applaudieren können wir leider erst, wenn die Regierung endlich ein tragfähiges Konzept vorlegt.

(Beifall PIRATEN)

Ähnlich sieht es bei der Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels aus. Auch dieses Ziel unterstützen wir dem Grunde nach. Was wir dringend brauchen, sind vor allem mehr Erzieherinnen und Erzieher und kleinere Gruppen. Allein stellt sich die Frage, woher das Personal kommen soll. Das ist derzeit mitnichten in ausreichendem Maße vorhanden. Vor diesem Hintergrund fällt es uns schwer, diese Ihre Ankündigung nicht als reine Luftnummer zu bezeichnen.

Kommen wir zu dem wohl bemerkenswertesten Vorhaben des Ausgabenpakets, dem Kitageld, für das sich vornehmlich die SPD starkgemacht hat. Ab Januar 2017 will die Regierung für Familien mit Kindern in einer Krippe beziehungsweise Tagespflege pro Kind monatlich ein **Kita-Geld** in Höhe von 100 € finanzieren. 23 Millionen € werden dafür eingeplant - die größte Entlastung für Familien seit Jahrzehnten, schenkt man Herrn Stegner Glauben. Eine etwas kurzsichtige Sichtweise. Denkt man diese Idee der SPD eine Ecke weiter, wird man schnell darauf kommen, dass die Entlastung durch eine schlichte Gebührenerhöhung wieder aufgefressen werden kann. Dass eine Gebührenerhöhung alles andere als unwahrscheinlich ist, konnte man erst kürzlich aus Richtung der AWO vernehmen. Gemäß Herrn Selck, gegenwärtig AWO-Geschäftsführer, sind Erhöhungen nach den Tarifabschlüssen bereits absehbar. Wie gewonnen, so zerronnen.

Viel spannender bei der Kita-Geldnummer ist jedoch, dass das Geld einkommensunabhängig gezahlt werden soll. Dass ausgerechnet Herr Stegner Millionäre und Geringverdiener in gleicher Weise entlasten will, ist sehr bemerkenswert.

(Beifall PIRATEN und Heike Franzen [CDU] - Unruhe)

(Torge Schmidt)

Genau das haben Sie bei der Kindergelderhöhung kritisiert, und jetzt machen Sie es in viel größerem Maße selbst. Sozial gerecht sieht nach meiner Vorstellung anders aus.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Nicht nur dass das verfügbare Einkommen bei dieser Gießkannenummer außer Acht gelassen wird, nein, auch die Tatsache, dass die Gebühren im Land wie im ganzen Bundesgebiet nicht unerheblich schwanken, bleibt unerheblich. Erklären Sie einmal der Familie Hansen, die 400 € für Kitagebühren im Monat zahlt und zu den Geringverdienern gehört, dass es sozial gerecht ist, wenn die wohlhabende Familie Fielmann, die 200 € Kitagebühren im Monat zahlt, genau die gleiche Entlastung bekommt! Investieren Sie diese Mittel lieber in die Versorgung der Kinder in den Kindertagesstätten, in mehr Erzieherinnen und Erzieher, in Qualitätssteigerung! Die größte Entlastung für Eltern ist es doch immer noch, wenn sie ihr Kind gut und sicher aufgehoben wissen.

Halten wir in Sachen Entlastung für Familien fest - mal wieder gut gemeint, aber schlecht gemacht und vor allem ein tolles Wahlgeschenk der SPD.

(Beifall PIRATEN - Serpil Midyatli [SPD]:  
Keine Ahnung! Null!)

Vielleicht sollten Sie das nächste Mal noch auf den Rechnungen der Kita ein Grußwort abdrucken.

Kommen wir zu der nächsten finanziellen Wohltat für die angeschlagene Wissenschaftsministerin, den zusätzlichen Mitteln für die **Hochschulen**. Selbstverständlich begrüßen wir die geplante Aufstockung der Grundfinanzierung der Hochschulen. Ich beglückwünsche Frau Ministerin Alheit ganz ehrlich. Frau Alheit hat es geschafft, mehr Mittel für die Hochschulen des Landes herauszuschlagen, als es der Ministerin vor ihr gelungen ist. Dass die Ministerin nach dem Friesenhof-Skandal dringend positive Botschaften brauchte und das Geld insofern vielleicht ein bisschen lockerer saß als vor dem Stolperstein Friesenhof, sei an dieser Stelle dahingestellt, jedenfalls hat sie hier einen Krisenherd weniger.

(Serpil Midyatli [SPD]: Was für eine großartige politische Rede!)

Auch das muss man zweifelsohne anerkennen: Die Ministerin hat es geschafft, einen Konsens mit den Hochschulen zum Schnäppchenpreis zu ergattern. Zusätzlich 10 Millionen €, in den nächsten Jahren insgesamt 25 Millionen € bis einschließlich 2019. Der Konsens war deutlich preisgünstiger zu haben,

als es zunächst den Eindruck machte. Herr Kipp hat uns im Rahmen der letzten Anhörung zu dem Thema vorgerechnet, dass allein für die Christian-Albrechts-Universität 14,5 Millionen € benötigt würden, wenn man den Stand zu Beginn dieses Jahrtausends halten wolle.

(Uli König [PIRATEN]: Das hat er wohl vergessen!)

25 Millionen € zusätzlich pro Jahr war seinerzeit noch das Minimum; darüber war man sich unter den Hochschulen einig. Diese Förderung wurde nicht nur einmal lautstark artikuliert.

Dass plötzlich alle mit der präsentierten Lösung zufrieden sind und sie mitunter geradezu frenetisch feiern, finde ich sehr irritierend.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

So sehr mich diese kostengünstige Lösung als Finanzpolitiker im ersten Augenblick freut, so sehr habe ich meine Zweifel, dass sie trägt. Wenn ich mir anschau, was von den Extramillionen alles finanziert werden soll - bessere Betreuungsrelation, Masterstudienplätze, Verbesserung der Serviceleistung für Studierende und einiges mehr -, drängt sich mir die Frage auf, wie das Geld für all die geplanten Maßnahmen ausreichen soll.

Abgesehen davon, dass es ganz toll wäre, wenn die Landesregierung statt warmer Worte auch einmal konkrete Konzepte vorlegen würde. Verbesserung der Qualität von Forschung und Lehre - was soll das genau bedeuten? Können das die Hochschulen letztendlich nicht nur selbst, sofern die Rahmenbedingungen stimmen? Wie wollen Sie das mit der ausreichenden Zahl von Masterstudienplätzen machen? Was heißt überhaupt „ausreichend viele Plätze“? In welchen Disziplinen? Bei den Lehrern tut sich die Landesregierung ja schwer, das fächer-scharf zu prognostizieren. Wir sind sehr gespannt darauf, welche Zahlen Sie uns vorlegen werden, und vor allem darauf, wann.

Prosaische Ankündigungen reichen nicht, werte Landesregierung. Damit gewinnt die Ministerin kein Vertrauen bei den Menschen in diesem Land zurück. Sie müssen auch einmal liefern und Ihren warmen Worten Taten folgen lassen.

Das gilt genauso für den stark gebeutelten Innenminister. Nur den Geldhahn aufzudrehen und das Geld munter fließen zu lassen, wird ihm nicht helfen. So sehr ich mich für die **Polizeibeamten** und angehenden Justizvollzugsbeamten freue und ihnen 100 € mehr im Monat gönne, stellt sich mir als Finanzpolitiker die Frage, ob derartige Entscheidun-

(Torge Schmidt)

gen - genauso wie das Outsourcing von Aufgaben - die Zielsetzung des Stellenabbaupfads und die damit einhergehende Kostensenkung nicht eher konkurrenzieren.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Bleiben wir beim Geld und kommen damit zu dem für mich als Finanzpolitiker mitunter relevantesten Aspekt bei der Frage: Können wir uns all das leisten? So schön all Ihre Vorhaben sein mögen und zum Teil auch ohne Zweifel sind: All das kostet Geld, von dem wir zum aktuellen Zeitpunkt nicht ansatzweise sagen können, ob es überhaupt da ist. Denken wir an die vergangene Plenartagung zurück. Ich höre Frau Heinold noch von ihrer grundsoliden Haushaltspolitik sprechen, höre ihre Kritik gegenüber der Opposition, die mit ihren Änderungsanträgen zum Nachtragshaushalt weitere millionenschwere Ausgabenpakete schnüre, während sich Grün-Rot-Blau diszipliniert und schnörkellos auf das Wesentliche konzentrierte.

Wenn man sich den Haushaltsentwurf anschaut und Ihre Regierungserklärung, Herr Albig, anhört, entsteht langsam, aber sicher völlige Verwirrung ob dieser offensichtlichen Diskrepanz.

(Beate Raudies [SPD]: Die Verwirrung entsteht jetzt gerade!)

Zur Erinnerung: Das Wesentliche war vor einem Monat die humanitäre Hilfe, die Versorgung, Betreuung und Integration von **Flüchtlingen**. Mehrfach wurde vonseiten der Finanzministerin betont, dass man nicht wisse, ob die veranschlagten Mittel - knapp 300 Millionen € - ausreichen würden, dass vielleicht noch mehr finanzielle Aufwendungen nötig werden könnten. Das war vor einem Monat das, was sich das Land explizit leisten konnte. Mehr Mittel für Hochschulen wurden explizit abgelehnt.

Plötzlich, ein Monat später, sind neben Geldern für Hochschulen auch millionenschwere Wahlgeschenke für Familien, Kitas, Hochschulen und Polizei & Co. drin, also genau das, was man einen Monat zuvor noch für unmöglich gehalten hat.

Völlig außer Acht gelassen bei den Plänen der Landesregierung wird das Risiko **HSH Nordbank**. Kein Wort findet man dazu in der Regierungserklärung. Auch gestern in der Pressekonferenz äußert sich Finanzministerin Heinold nur auf Nachfrage zum größten Haushaltsrisiko des Landes, ich zitiere sinngemäß: Ob und wann welche Belastung auf das Land zukommt, dazu konnte und wollte Frau Heinold allerdings nichts sagen. - Ich sage an dieser Stelle: Wenn die EU die Garantie abschließend als

unzulässige Beihilfe einstuft, wird uns der Haushalt der Regierung schneller um die Ohren fliegen als uns allen lieb sein kann. So viel ist sicher.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Und was ist mit dem **UKSH**? - In diesem Haus glaubt doch wirklich keiner mehr daran, dass die Effizienzrendite so wie prognostiziert eintreten wird. Wir wissen doch alle hier im Hause, dass wir dem UKSH spätestens in ein paar Jahren unter die Arme greifen müssen, weil das so tolle Rechenmodell dann urplötzlich nicht aufgeht.

Und was ist mit der **Schuldenbremse**? Anfang Juni war zu lesen, dass die Finanzministerin bereit sei für eine Abkehr vom strikten Sparkurs der Landesregierung. Die Finanzministerin nahm seinerzeit Abstand von der Schuldenbremse, um nur einen Tag später, nachdem unser Antrag vorlag, der sich gegen die Aufweichung der Schuldenbremse wendet, zu betonen, dass die Schuldenbremse nicht aufgeweicht werde. Spätestens 2020 werde das Land einen ausgeglichenen Haushalt haben, wie es die Verfassung vorschreibt.

Diese Aussage wiederum wurde gestern wieder kassiert, als die Finanzministerin verlautbarte, dass man sich für den Fall, dass der Bund seine Mittelzusage im Hinblick auf die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge nicht einhalte, eine erneute Änderung des Ausführungsgesetzes zur Schuldenbremse offenhalte.

Im Zweifel würde man Teile - da komme ich zum Ehrenamt - für die Ausgaben im Flüchtlingsbereich verwenden, und dass spätestens 2020 ein ausgeglichener Haushalt vorliege, revidierte die Finanzministerin gleich mit. Die schwarze Null sei abhängig von Steuerschätzungen, sie könne früher, aber auch später kommen. Ich vermute, unter Grün-Rot-Blau kommt sie nie.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie ein Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Habersaat?

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Gern.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

**Martin Habersaat [SPD]:** Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass es bei der Schuldenbremse zum einen eine Regelung gibt, die bei uns Verfassungsrang hat - das ist die Schuldenbremse an sich -, und dass das Ausführungsgesetz darunter geregelt ist und das nichts mit der eigentlichen Schuldenbremse, sondern nur mit dem Weg zur Schuldenbremse hin zu tun hat?

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Herr Kollege Habersaat, ich habe das in der letzten Plenartagung ausgeführt. Ich halte es für fatal, wenn wir eine Schuldenbremse mit Verfassungsrang haben, dass wir, je nachdem, wo der Schuh drückt und wie die Ausgabenlage ausgelegt wird, das Ausführungsgesetz jederzeit ändern können. Das konterkariert doch die Schuldenbremse.

(Beifall PIRATEN - Beate Raudies [SPD]:  
So ein Quatsch!)

Wir sollten lieber klare Spielregeln im Ausführungsgesetz haben, die nicht nach politischer und finanzieller Lage geändert werden.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN - Zuruf  
Dr. Ralf Stegner [SPD] - Lars Winter [SPD]:  
Mann, oh Mann! - Beate Raudies [SPD]:  
Mann, Mann, Mann!)

Jedenfalls ist dieser finanzpolitische Schlingerkurs Gift für die Zukunft von Schleswig-Holstein. Der Haushalt ist alles, aber nicht solide. Es gibt kein Netz, keinen doppelten Boden, auch wenn die Finanzministerin diese Bilder immer wieder gern bemüht.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

Das, was die finanzpolitische Irrfahrt dieser Landesregierung vornehmlich stützt und schützt, sind immer noch die günstigen Rahmenbedingungen. Die **Zinsen** sind so gering wie lange nicht mehr, die **Konjunktur** läuft wie am Schnürchen, daraus macht noch nicht einmal Frau Heinold ein Geheimnis. Ob es um die Neuverschuldung, den Abbau des strukturellen Defizits oder die Einhaltung der Schuldenbremse geht: Fortwährend betont die Finanzministerin, dass all die Prognosen davon abhängen, dass alles in geordneten Bahnen verläuft.

Ich frage mich, was passiert, wenn die Konjunktur einbricht, wenn die Zinsen weiter steigen, wenn Gelder für die HSH Nordbank und das Universitätsklinikum benötigt werden, wenn - wie von der Finanzministerin oft erwähnt - die bisher eingeplanten Mittel für die Flüchtlinge nicht ausreichen,

(Martin Habersaat [SPD]: Was ist denn Ihr Vorschlag?)

wenn das Prinzip Hoffnung nicht mehr greift. Spätestens dann wird die Landesregierung eingestehen müssen, dass sie genau das nicht kann, was sie stets und ständig verlautbart: regieren.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

- Herr Kollege, was mein Vorschlag ist? - Ich finde ja Ihre Maßnahmen wirklich gut. Die Frage ist, ob wir uns die zum jetzigen Zeitpunkt wirklich alle leisten sollten.

(Beifall PIRATEN - Martin Habersaat [SPD]: Also ist Ihr Vorschlag, das nicht zu tun?)

- Ich würde mich tatsächlich auf die Hochschulen konzentrieren.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD] - Serpil Midyatli [SPD]: Wahlgeschenke!)

Herr Ministerpräsident, immerhin ist Ihre Regierung so ehrlich und gibt zu, dass sie alles auf eine Karte setzt. Wendet sich das Blatt, haben Sie ein verdammt großes Problem.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Politisch spielen Sie gerade Poker und gehen All-in, um Ihre Regierung und den angeschlagenen Minister zu retten. Und um im Regierungskasino zu bleiben, bleibt mir noch zu sagen: Rien ne va plus.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Stell das doch einmal richtig, Lars!)

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich geht da noch etwas, um den letzten Ausspruch des Kollegen Schmidt aufzugreifen. In der Tat: Die rot-grün-blaue Regierungsarbeit der letzten drei Jahre kann sich recht gut sehen lassen. Aber damit ist noch lange nicht Schluss. Wir wollen das Land weiterentwickeln und noch vieles für die Menschen und das Land tun. Einen Großteil unseres Koalitionsvertrags haben wir schon abgearbeitet. Das unterscheidet uns durchaus von anderen Koalitionen. Wir setzen uns jetzt schon neue Ziele und setzen diese Schritt für Schritt um.



(Lars Harms)

(Beifall SSW und SPD)

Dabei geht es für uns darum, dass wir die Infrastruktur nachhaltig verbessern, dass wir soziale Gerechtigkeit umsetzen, wo wir nur können, dass wir ein lebenswertes Schleswig-Holstein schaffen und dass wir denjenigen helfen, die die eigentlichen Leistungsträger unserer Gesellschaft sind, nämlich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und deren Familien.

Deshalb haben wir schon ganz am Anfang unserer Arbeit insbesondere den Schwerpunkt **Bildung** gesetzt. Nur wenn die Bildungsinfrastruktur in Ordnung ist, haben alle die Chancen, die sie auch benötigen. Darum haben wir das Bildungssystem wieder auf die Füße gestellt: Mit Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und den Angeboten der beruflichen **Schulen** haben wir ein breit gefächertes, aber maximal durchlässiges Angebot geschaffen, das es endlich allen ermöglicht, ihre eigenen Chancen ergreifen zu können.

Wir stecken richtig viel Geld in die Bildung: Fast 40 Millionen € aus den BAföG-Erstattungen stecken wir in die Unterrichtsversorgung. Insgesamt werden wir bis 2017 728 Lehrerstellen schaffen. Darüber hinaus werden wir weitere 240 Lehrer einstellen, die insbesondere Schülerinnen und Schülern aus Flüchtlingsfamilien helfen sollen. Wir werden mehr als 300 Schulassistenten an die Schulen bringen, die die Lehrerinnen und Lehrer in vielfältiger Art entlasten können. Das sind insgesamt nahezu 1.300 zusätzliche Stellen an unseren Schulen - das ist eine Klasse Leistung!

(Beifall SSW, SPD und Anke Erdmann  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist insbesondere auch ein gewaltiger Kraftakt, auf den wir als Küstenkoalition wirklich richtig stolz sein können. Vor unserer Regierungsübernahme sprach man nur vom Stellenabbau im Bildungsbereich, nun nähern wir uns nach einer ehrlichen Analyse Schritt für Schritt einer 100-prozentigen Lehrerversorgung an unseren Schulen.

(Beifall SSW und SPD)

Dabei haben wir im Übrigen auch nicht die freien Schulträger vergessen, wie es vielleicht manche vor uns getan haben. Auch die Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft und für die Schulen der dänischen Minderheit sind erhöht und auf eine sichere und verlässliche Basis gestellt worden. Wir haben auch die Kommunen nicht vergessen. Wir beteiligen uns an den Kosten der Schulbegleitung für die benachteiligten Schüler, obwohl wir dies

formal nicht müssten. Wir gehen mit dieser Maßnahme einem Rechtsstreit aus dem Wege, der diese Leistungen für die jungen Menschen infrage gestellt hätte. 5,2 Millionen € kostet uns das. Für uns ist das gut investiertes Geld. Es hilft den Kindern und den Jugendlichen, und es schafft Planungssicherheit für Land und Kommunen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bildung beginnt aber nicht erst in der Schule, Bildung beginnt schon im **Kindergarten**. Deshalb ist es richtig und wichtig, hier ebenfalls einen Schwerpunkt zu setzen. Die wichtigste Maßnahme war es, die Sozialstaffel auszuweiten, sodass diejenigen, die es sich bisher nicht leisten konnten, ihr Kind in eine Kita zu schicken, es sich jetzt erlauben können.

(Beifall Flemming Meyer [SSW], Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gerade auch Kinder aus Einwandererfamilien sollen so eine bessere Chance hier bei uns bekommen. Dass Kinder aus Kitas und damit von Bildung ferngehalten werden, ist eine gesellschaftliche Katastrophe. Hier müssen und werden wir weiter gegensteuern. Diejenigen, die kaum Bildungschancen haben, sollen diese in Schleswig-Holstein bekommen. Dafür steht die Küstenkoalition, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb werden wir einen Gegenpol zum Elterngeld der Bundesregierung setzen, indem wir die **U-3-Betreuung** mit 100 € monatlich fördern. Wir wollen, dass alle Eltern die Chance bekommen, ihr Kind betreuen lassen zu können. So haben die Eltern wieder bessere Möglichkeiten, einer beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können. Unser großes Ziel ist es in der Tat, dass der Besuch einer Kindertagesstätte gänzlich kostenlos wird. Unsere Zuschussung für die U-3-Betreuung ist auf dem Weg dahin ein erster Schritt.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird immer wieder davon gesprochen, dass diese Förderung dazu führen könnte, dass die Träger ihre Beiträge erhöhen. Dazu gibt es keinen Anlass. Im Gegenteil, das Land fördert auch die Träger wesentlich stärker als bisher. Innerhalb der nächsten drei Jahre wird die Pro-Platz-Förderung für die Trä-

(Lars Harms)

ger durch das Land von 10.000 € auf rund 13.000 € ab 2018 erhöht. Das ist eine Steigerung um 30 % in drei Jahren. Es gibt kaum einen Bereich, der so stark zusätzlich gefördert wird. Dabei machen wir auch nicht halt.

(Beifall SPD, vereinzelt SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

20 Millionen € mehr geben wir für die Verbesserung der Fachkräftequote aus, sodass sich dann mehr Erzieher um die Kinder kümmern können.

Auch bei der **Sprachförderung** für Migrantenkinder legen wir noch einmal 2 Millionen € drauf. Auch das sind 25 % mehr, weil wir davon überzeugt sind, dass wir Entscheidendes für die Integration der Kinder tun können. Kommunen und Träger haben somit wesentlich mehr Geld und Möglichkeiten, um die Betreuung der Kindergartenkinder zu verbessern.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich unser Paket für Kindergärten und Schulen ansieht, sieht man, dass das eine echte Förderung von Familien ist. Eine Familie mit einem Einkommen von 25.000 € und einem von zwei Kindern im Kindergarten erhält in Zukunft durch den Abbau der kalten Progression rund 10 € monatlich mehr. Natürlich kommen noch die zweimal 6 € Kindergeld mehr dazu, also insgesamt 22 € ab 2017.

Das ist nun nicht gerade der familienpolitische Hammer, den die Große Koalition in Berlin für uns herausgeholt hat. Neben der Kindergelderhöhung zahlen wir jeden Monat 100 € mehr für die **Kinderbetreuung**. Das ist eine wirklich spürbare Entlastung der betroffenen Familien. Genau bei dieser Entlastung von Familien wollen wir auch in Zukunft weitermachen.

(Vereinzelter Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden dabei auch stetig die Qualität verbessern. Wenn diese Kinder und Jugendlichen dem Schulalter entwachsen sind und vielleicht studieren wollen, werden sie in Schleswig-Holstein ein modernes Angebot an **Hochschulen** vorfinden. Wir haben jetzt Hochschulen, die mittlerweile besser als je zuvor miteinander kooperieren. Wir sichern die Grundhaushalte mit entsprechenden Fördermitteln ab. Nachdem wir ein Sondervermögen Hochschulbau aufgelegt haben, das wesentlich dazu beitragen wird, den Sanierungstau abzubauen, machen wir uns nun daran, die Grundhaushalte der Hoch-

schulen entsprechend auszustatten. Nächstes Jahr wird der Ansatz hierfür 10 Millionen € höher ausfallen als bisher, dann jährlich jeweils um 5 Millionen € steigen, bis wir bei 25 Millionen € angelangt sind. Das ist ein riesiger Schritt, der auch von den Hochschulen vollumfänglich begrüßt wurde. In der Tat, in diesem Jahrhundert ist das die größte Förderung, die die Hochschulen bisher gesehen haben.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch hierbei ist nicht Schluss. Ich möchte daran erinnern: Wir werden auch die 30 Millionen € aus dem Hochschulpakt III ab dem Jahr 2022 weiterführen. Damit ist nicht nur klar, dass die Hochschulen hier die Planungssicherheit bekommen, die sie bis jetzt unter unseren Vorgängern immer vermisst hatten, es wird auch klar, dass Hochschulpolitik bei der Küstenkoalition in den allerbesten Händen ist.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen Volker Dornquast [CDU])

Meine Damen und Herren, auch bei der **Infrastruktur** kann sich die Politik dieser Koalition sehen lassen. Wir haben ähnlich viel in Straßen investiert wie unsere Vorgänger. Das ist mit Sicherheit immer noch zu wenig, aber auch hier wollen wir Schritt für Schritt weiterkommen. Wir haben jetzt bei der Infrastruktur genauso wie bei den vielen anderen Investitionen - beispielsweise der Bausubstanz von Gebäuden - erstmals eine ehrliche Bestandsaufnahme gemacht. Dabei ist herausgekommen, dass von den 4,8 Milliarden € Sanierungsbedarf schon heute 2,7 Milliarden € finanziert sind. Es ist also mitnichten so, wie der Kollege Kubicki behauptet, dass wir nicht schon mit dem Abbau des Sanierungsstaus angefangen hätten. Wir haben schon angefangen. Natürlich sind wir noch nicht am Ende angekommen, aber auch die Dinge, die jetzt noch kommen, werden wir schaffen können. Derzeit können wir feststellen, weit über 50 % des Sanierungsstaus ist schon konkret angegangen worden. Es fehlen in der Tat noch die Finanzierungen für die weiteren 2,1 Milliarden €, die wir brauchen.

Unsere Koalition wird diesen **Sanierungsstau** bis 2030 komplett auflösen. Das heißt, in den nächsten 15 Jahren wollen wir auch alle anderen Maßnahmen abgearbeitet haben und setzen dafür jetzt schon, von 2018 bis 2020, zusätzlich 450 Millionen € ein. Damit werden wir den Sanierungsstau spürbar abbauen können.

(Lars Harms)

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen natürlich, dass all diese Maßnahmen von Ihnen als Opposition schlechtgeredet werden. Damit haben Sie ja schon begonnen. Trotzdem bleibt es richtig, dass wir in einer Situation, wo wir es können, alles dafür tun müssen, dass zukünftige Generationen eine vernünftige Infrastruktur vorfinden. Das ist allemal billiger, als auf Krampf zu sparen. Lieber jetzt investieren, als später teure Reparaturen zu zahlen. Schulden hat man nämlich nicht nur auf der Bank, sondern sie drücken sich auch in maroder Infrastruktur aus. Die Fehler der letzten Jahrzehnte wollen wir nicht machen. Deshalb packen wir es jetzt an, und deshalb werden wir es auch über die nächsten Jahre noch anpacken, meine Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, kommen wir nun von der Infrastruktur zur **Minderheitenpolitik**. Möglich macht diesen Übergang die FDP, die allen Ernstes die zweisprachige Beschilderung gegen die intakten Straßen stellt. Sie von der FDP schaffen es nicht einmal, Minderheitenpolitik als etwas Eigenständiges anzusehen. Für sie ist Minderheitenpolitik „nice not to have“.

Einmalig 300.000 € für die zweisprachige Beschilderung sollen aber auch laut PIRATEN die Grundhaushalte der Hochschulen sanieren. Wie formulierte es doch der Kollege Schmidt in seiner Pressemitteilung: Uns ist eine dauerhaft solide Grundfinanzierung der Hochschulen im ganzen Land eben bei Weitem wichtiger als bunte, mehrsprachige Schilder in Nordfriesland.

Für Sie ist also eine dauerhaft solide Finanzierung der Hochschulen die gönnerhafte Gewährung von einmalig 300.000 €. Wir sind da schon weitaus freigiebiger und geben hierfür jährlich zweistellige Millionenbeträge aus. Bei uns sind die Hochschulen wirklich in besseren Händen als bei den PIRATEN.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die Beschilderung angeht, wissen wir nun aber auch, dass, wenn Minderheitenpolitik Geld kostet, sich auch die PIRATEN schnell vom Acker machen. Nette Worte spricht man vonseiten der PIRATEN gern, richtige Taten folgen von ihnen aber nicht.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, damit reihen Sie sich in die Reihe derer ein, die Minderheitenpolitik nicht als Menschenrechtspolitik ansehen. Dänen, Friesen, Sinti und Roma scheinen bei Ihnen keine Partner mehr zu haben. Das ist das Eigentliche, was an dieser Debatte schade ist, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Widerspruch PIRATEN)

Glücklicherweise haben die Minderheiten aber in unserer Küstenkoalition einen verlässlichen Partner. Wir haben eine **Sprachenpolitik** auf den Weg gebracht, die die bei uns in Schleswig-Holstein behimateten Sprachen wirklich schützen und fördern soll. Wir haben die Schulen der dänischen Minderheit besser gefördert. Wir haben den Unterricht in Niederdeutsch massiv ausgeweitet, ähnliches haben wir auch mit dem Friesisch-Unterricht in Nordfriesland und auf Helgoland vor. Und wir unterstützen die Sinti und Roma in ihrer Arbeit wesentlich stärker als je zuvor.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Birte Pauls [SPD])

All das ist erst der Anfang. Genauso wie wir wollen, dass alle von unserem Minderheitenmodell lernen sollen, wollen auch wir von anderen Minderheiten lernen.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

Eine zweisprachige Beschilderung ist einer der wichtigsten Standards in der Minderheitenpolitik in Europa, und auf diesem Feld haben wir noch etwas aufzuholen. Mit der zweisprachigen wegweisenden Beschilderung in Nordfriesland machen wir hier einen ersten Schritt.

Meine Damen und Herren, um einmal zu verdeutlichen, wie ernsthaft eine solche Maßnahme ist: Das **Nordfriesische** ist im Atlas der bedrohten Sprachen der UNESCO als ernsthaft gefährdet klassifiziert. Auch die Gesellschaft für bedrohte Völker stuft das Nordfriesische in seinem Menschenrechtsreport vom März 2010 als stark gefährdet ein.

Ähnlich wie bei aussterbenden Arten in Fauna und Flora muss auch bei aussterbenden Sprachen und Kulturen gegengesteuert werden. Vor diesem Hintergrund ist es staatliche Aufgabe, dieses kulturelle und sprachliche Erbe nicht nur zu erhalten, sondern auch den Gebrauch dieser Sprachen zu schützen und zu fördern. So kommt auch der zweisprachigen Beschilderung eine wichtige sprachfördernde Funktion zu. Dadurch dass man bei einer durchgehenden zweisprachigen Beschilderung immer wieder auf die friesischsprachigen Ortsnamen trifft, ist es

(Lars Harms)

leichter, diese Ortsnamen in der Sprechergruppe weiterzugeben.

Weiter führen diese friesischsprachigen Beschilderungen auch dazu, dass mehr Menschen angeregt werden, sich überhaupt mit der Sprachenvielfalt zu beschäftigen und sich mit ihr zu identifizieren. Das ist eine der Grundlagen dafür, dass diese Sprache von ursprünglich nicht friesischsprachigen Menschen erlernt wird. In diesem Sinne hat also auch eine zweisprachige Beschilderung einen sprachfördernden Effekt. Und - auch das ist nicht zu unterschätzen - durch diese Maßnahme machen wir Nordfriesland, machen wir Schleswig-Holstein, ein bisschen unverwechselbar. Auch touristisch wäre eine sichtbare Zweisprachigkeit ein Gewinn. Deshalb ist unsere Initiative ein wichtiger Teil unserer Sprachenpolitik und ein Gewinn für die Region und das Land.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Ein Gewinn für das Land ist auch, dass Kulturpolitik im Land endlich wieder eine Rolle spielt. Das spiegelt sich auch in den Maßnahmen wider, die wir beschlossen haben. Das Wikingermuseum in **Haithabu** ist eines der herausragenden Elemente der deutsch-skandinavischen Geschichte. Haithabu hat auch und gerade eine besondere Bedeutung in der gemeinsamen Geschichte mit Dänemark und dem skandinavischen Raum. Deshalb soll das Museum bis 2018 instandgesetzt werden.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Ergänzend zur Instandhaltung des Museums Haithabu wird das Freilichtmuseum in **Molfsee** weiterentwickelt. Eine neue Ausstellungshalle auf dem Gelände des Freilichtmuseums Molfsee ist zentraler Bestandteil dieser Maßnahme und soll dort insbesondere die schleswig-holsteinische Zeitgeschichte aufzeigen. Die Erweiterung der Museumsinfrastruktur in Molfsee mit einem neuen Ausstellungs- und Eingangsgebäude ist ein wichtiger Schritt, damit Molfsee zu einem ganzjährig nutzbaren Museumskomplex weiterentwickelt werden kann. Auch das hat eine touristische Relevanz. Auch das bringt Geld ins Land.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus ist vorgesehen, den Zuschuss zum laufenden Betrieb der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss **Gottorf** schrittweise zu erhöhen. Dann wird es auch dort möglich sein, dass das Marketing intensiviert und Sonderausstellungen angeboten werden können. Auch hierdurch

wird die Attraktivität des Angebots der Landesmuseen verbessert.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Eine weitere Säule der kulturellen Zielsetzungen ist die Stärkung des **Bibliothekswesens** in Schleswig-Holstein. Grundlage hierfür ist die Schaffung eines Bibliothekengesetzes, das im Übrigen wieder einmal in einer beispiellosen, wirklich tollen Art und Weise im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen erarbeitet worden ist.

Ein besonderer Fokus wird auf die möglichst vollständige Archivierung aller digitalen Veröffentlichungen und auf die Zugänglichmachung dieser Veröffentlichungen für die Allgemeinheit gelegt, also ein echter skandinavischer Ansatz.

Weiter wird auch die Dänische Zentralbibliothek mit dem deutschen Bibliothekswesen gleichgestellt werden. Die Aufgaben und deren Finanzierung werden in einer Ziel- und Leistungsvereinbarung mit der Dänischen Zentralbibliothek beschrieben. Neben der allgemeinen Bibliotheksarbeit sollen insbesondere das Archiv der Bibliothek und dessen Digitalisierung abgesichert werden.

Für all diese Maßnahmen im kulturellen und minderheitenpolitischen Bereich werden wir in den nächsten drei Jahren 13,8 Millionen € aufwenden. Im Bereich der Kultur ist das eine imposante Summe, von der man ehemals, vor drei Jahren, noch nicht einmal zu träumen wagte, als wir noch einen Kulturminister der FDP hatten. Auch im Bereich der Kultur setzt die Küstenkoalition Maßstäbe.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe am Anfang deutlich gemacht, dass wir auch und gerade diejenigen unterstützen wollen, die die eigentlichen Leistungsträger unserer Gesellschaft sind: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Schon ganz am Anfang unserer Regierungszeit haben wir deshalb ein Mindestlohngesetz, ein Korruptionsregistergesetz und ein Tariftreuegesetz beschlossen, die fairen Wettbewerb und vernünftige Bezahlung für diese Menschen absichern. Wir werden in dieser Landtagstagung noch über ein Gesetzespaket sprechen, weil die CDU diese Gesetze ja wieder abschaffen will. Aber eines hierzu ganz deutlich: Ohne das Tariftreuegesetz würden Busfahrer in Dithmarschen jetzt nur noch lausig bezahlt werden. Ohne das **Tariftreuegesetz** würde auch Bahnpersonal an der Westküste jetzt weniger als bisher verdienen. Ohne dieses Gesetz wären Menschen akut von Arbeitslo-

(Lars Harms)

sigkeit bedroht. § 5 Tariftreuegesetz garantiert die Personalübernahme bei einem Betreiberwechsel.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Menschen und deren Familien - Herr Kollege Kubicki, hören Sie sich das genau an! - können froh und glücklich sein, dass wir regieren. Die Opposition findet miese Tarife und eine Hire-and-Fire-Politik gut. Wir aber nicht. Die Menschen und deren Familien können sich weiter auf uns verlassen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil sind wir auch der Auffassung, dass viele Tätigkeiten im öffentlichen Bereich nicht gut genug bezahlt werden. Wir wissen alle, dass die Polizistinnen und **Polizisten** einen sehr verantwortungsbewussten und körperlich oft harten und gefährlichen Beruf ausüben. Deshalb muss dieser Beruf gut bezahlt werden, damit er attraktiv bleibt, aber eben auch, damit diese besonderen Erschwernisse angemessen berücksichtigt werden. Wir haben es gerade eben gehört: Herr Günther geißelt das als unnützen Konsum. Für uns aber ist das soziale Gerechtigkeit.

(Beifall SSW und SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Da gibt es sicherlich viel zu tun. Der wichtigste Schritt ist hier, dass die Eingangsbesoldung von A 7 auf A 8 erhöht wird. Gleiches tun wir auch beim Eingangssamt A 6 im Bereich der Justiz und der Steuerverwaltung. Auch hier wird um eine Stufe auf A 7 erhöht. Wir meinen, dass hierdurch die Wertschätzung des Landes für seine Bediensteten zum Ausdruck kommt. Wir schätzen unsere Mitarbeiter, und das drückt sich bei uns auch in der Bezahlung aus.

Am Anfang habe ich gesagt, dass wir für diejenigen etwas tun wollen, die wir als eigentliche Leistungsträger der Gesellschaft ansehen. Wir wollen diesen Menschen finanzielle Sicherheit, gute Bildungs- und Ausbildungschancen und gute kulturelle Rahmenbedingungen geben. Das kennzeichnet unsere rot-grün-blaue Koalition. Die Opposition kennzeichnet die Tatsache, dass sie gegen gute Bildung, gegen Nachhaltigkeit, gegen Kultur und gegen faire Löhne ist.

(Volker Dornquast [CDU]: Das ist Quatsch!)

Wir sind für Bildung, für Nachhaltigkeit, für Kultur, für soziale Gerechtigkeit und für faire Löhne. Das ist in der Tat der Unterschied zwischen Ihnen

und uns. Gut, dass Schleswig-Holstein bei uns in guten Händen ist.

(Anhaltender Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben jetzt noch eine Restredezeit von 42 Minuten plus der Restredezeit des SSW von 11 Minuten. Wir liegen bei deutlich über 50 Minuten.

Mir liegen noch zwei Wortmeldungen vor. Meine Frage ist, ob wir die Debatte nach der Mittagspause fortsetzen

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein!)

oder ob wir sie jetzt zu Ende führen. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Es gibt weitere Wortmeldungen; also ist der Bedarf da. Alle Fraktionen haben einmal das Wort erhalten. Die Frage ist, ob wir die Debatte jetzt unterbrechen oder fortsetzen, solange sie dauert.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ja, unterbrechen! - Zuruf SPD: Das entscheidet der Präsident!)

- Klar ist, dass das meine Entscheidung ist. Wenn es aber Widerspruch gibt, nehme ich darauf Rücksicht. - Offensichtlich wird es akzeptiert.

Ich unterbreche die Sitzung für eine Mittagspause bis 15 Uhr. Dann werden die Restredezeiten abgearbeitet und danach der gesetzte Tagesordnungspunkt beraten.

(Unterbrechung: 12:58 bis 15:07 Uhr)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne den Präsidenten unsere Partnerregion Pays de la Loire, Herrn Jacques Auxiette, und eine Delegation sowie den französischen Generalkonsul Monsieur Serge Lavroff. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Es ist für uns eine große Ehre, dass Sie uns hier im Landtag besuchen. Wir freuen uns jedes Mal, wenn Sie da sind. Kommen Sie gern immer wieder.

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne auch Mitglieder der Europa-Union, Ortsverein Norderstedt und Wirtschafts- und Politikreferendare des IQSH Schleswig-Hol-

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

stein. - Seien auch Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Außerdem begrüße ich Mitglieder der Frauen Union und den Vorstand und Mitglieder des Landespflegerats Schleswig-Holstein. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, dass die beiden gesetzten Tagesordnungspunkte nacheinander abgearbeitet werden. Das bedeutet abweichend von den vorangegangenen Überlegungen, dass zunächst der gesetzte Tagesordnungspunkt Regierungserklärung abgeschlossen wird. In der Reihenfolge der Beratung hat jetzt der nächste Redner, der sich zu Wort gemeldet hat, das Wort. Das ist Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda von der Piratenfraktion. - Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedaure es sehr, dass der Herr Ministerpräsident nicht da ist, denn ich möchte seine anrührende **Geschichte** von der Familie von Matthias, Katrin, Lisa und Hendrik fortsetzen, die nämlich nicht immer nur schön und glücklich ist. Sie kann auch manchmal schräger und mit ein bisschen mehr Pech verlaufen. So geschieht es hier auch:

In Elmshorn kommt morgens die Post mit der **Kündigung wegen Eigenbedarf**. Da hilft der **Familie Hansen** auch die Mietpreisbremse nicht. Man guckt in die Zeitung und stellt fest: Wir können uns die Wohnungen, die angeboten werden, als vierköpfige Familie überhaupt nicht leisten.

Der Name Hansen verrät uns, dass diese Familie vielleicht aus Nordfriesland stammen könnte, und so ist es auch. Man überlegt, zu den Großeltern zu ziehen. Dort gibt es ein großes Haus, ein großes Anwesen mit viel Platz. Dort wird man auch begeistert empfangen, weil **Opa Hansen** nämlich vor einem Jahr einen **Schlaganfall** hatte. Dieser hat zu einer Behinderung geführt, und zwar deshalb, weil er dort nicht in einer Stroke Unit versorgt werden konnte, wie es zum Beispiel in Lübeck in einem Radius von 800 m zweimal möglich gewesen wäre. Nun gut, Opa Hansen hat heute Morgen im Offenen Kanal die Sitzung des Landtags verfolgt.

(Zurufe)

- ParlaTV geht nicht, weil das Breitband dies in dem Dorf nicht hergibt.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Er war ziemlich erschüttert darüber, dass in der **Erklärung des Ministerpräsidenten** zum Regieren die **Menschen mit Behinderung** nicht an einer Stelle mit einer Silbe erwähnt worden sind. Das finde ich unmöglich.

(Beifall PIRATEN, CDU und Dr. Heiner Garg [FDP])

Das mag aber auch daran liegen, dass die dafür zuständige Ministerin derzeit anderweitig ausgelastet ist. Wie wir vom Kollegen Kubicki erfahren haben, ist die Stabschefin durch das Fertigen von Pressemitteilungen ja auch in irgendeiner Weise abgelenkt.

Die Lösung, nach Nordfriesland zu ziehen, ist für **Katrin Hansen** auch nicht so glücklich und lässt den Familiensegen etwas schräg hängen. Sie ist nämlich schwanger, und ihr Gynäkologe hat ihr gesagt: Mädchen, du hast eine **Risikoschwangerschaft**. Da sagt Katrin: Das will ich hier gar nicht, ich habe hier keine Geburtshilfestation. Hebammen sind auch nicht mehr da. Ich müsste nach Flensburg gehen und dort ein Boarding-In machen, weit weg von Zuhause.

Das ist nicht ganz kompatibel mit der **Lebenssituation von Sohn Hendrik**, denn der hat einen Schulweg von einer Stunde, den der Vater auch noch überbrücken müsste. Das wiederum passt gar nicht zusammen mit der **Tochter Lisa**, die ein durch Autismus behinderter Mensch ist und keine Schulbegleitung hat. Diese ist nämlich unregelmäßig. Man weiß gar nicht, wer zuständig ist. Planungssicherheit gibt es an dieser Stelle auch nicht.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Vater Matthias** ist ziemlich bedrückt. Alle seine Planungen gehen nicht auf. Er ist richtig bedrückt. Der ländliche Raum, in den er sich begeben hat, ist infrastrukturell komplett abgekoppelt. Das schulische Angebot für seine beiden verschiedenen Kinder ist nicht so, dass er beiden Kindern gerecht werden kann und dass altersgerecht etwas angeboten werden kann. Die Tatsache, dass seine schwangere Frau nun zwangsverkamert wird, tröstet ihn auch nicht.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Ich hatte vergessen zu erwähnen, dass sie eine Pflegefachkraft ist.

(Wolfgang Dudda)

(Zuruf SPD: Sie ist Versicherungsangestellte!)

Das **zweisprachige Ortsschild** nimmt er eher so wahr, dass es ein Zeichen dafür ist, dass der normale infrastrukturelle Bereich von Schleswig-Holstein an dieser Stelle aufhört.

(Beifall PIRATEN, CDU und vereinzelt FDP)

Die **Einkaufsmöglichkeiten** sind so schlecht, dass er sich anders informieren wollte. Er wollte über das Internet ein Fahrrad kaufen. Dieses wäre verrostet, denn bis sich das Bild von dem Fahrrad aufgebaut hätte, wäre es schlecht geworden. Er überlegt sich: Das kaufe ich im Bauhaus. Dort will er, um von all diesen Kümernissen abzulenken, für seinen Sohn ein Fahrrad kaufen, denn das ist vorgestern gestohlen worden. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat jetzt die Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Namen meiner Fraktion, der PIRATEN im Schleswig-Holsteinischen Landtag, und damit auch im Namen der Piratenpartei Schleswig-Holstein verwahre ich mich gegen die verleumderische Behauptung des Kollegen Lars Harms vom SSW gegen seine heutige Aussage - ich zitiere -:

„Minderheitenpolitik ist für die **PIRATEN** keine **Menschenrechtspolitik**.“

Es ist mir völlig unbegreiflich, wie im Rahmen einer Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein eine solche beabsichtigte Entgleisung geschehen kann.

Werte Kolleginnen und Kollegen, mir stellen sich zwei Fragen:

Erstens. Was verleitet den Vorsitzenden der SSW-Fraktion, eine solche wissentlich falsche Behauptung in den Raum zu stellen? Herr Kollege Harms, ich fordere Sie auf, das hier vor diesem Haus zu erklären oder sich für die Behauptung zu entschuldigen.

Zweitens. Wenn wir den Horizont der heutigen Debatte, der bis ins Jahr 2030 reicht, gekoppelt mit der Diffamierung einer Fraktion dieses Landtages, nämlich der PIRATEN, für sie sei Minderheitenpo-

litik keine Menschenrechtspolitik, betrachten, wem nützt dann eine solche Aussage?

Die Antwort auf die zweite Frage, Herr Kollege Harms, gebe ich Ihnen gern persönlich: Es ist das erste Anzeichen für den kommenden Wahlkampf. Ihre Aufkündigung des Konsens zur Minderheitenpolitik dient weder der Demokratie in unserem Land noch den Minderheiten.

(Beifall PIRATEN, Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Kollege Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu drei Aspekten der Debatte von heute Vormittag etwas sagen:

Erstens. Die **Pressemitteilung** vom 7. Juli 2015 zu den **Ergebnissen des Koalitionsausschusses** ist in der Pressestelle des SPD-Landesverbandes erarbeitet und nach Abstimmung mit den Koalitionspartnern veröffentlicht worden. Darin enthalten waren aus dem Sozialministerium zugeliferte Zahlen, die den Beratungen zugrunde lagen. Daran ist nichts zu beanstanden. Das machen Koalitionen so. Jeder Abgeordnete, auch der Kollege Kubicki, kann im Ministerium Zahlen anfragen, um diese als Grundlage für seine Entscheidung zu nutzen.

Der Fehler dieser Pressemitteilung liegt darin, dass mit den Zahlen auch ein Dokument weiterverwendet wurde, um den Gesamttext mit all den anderen Einzelheiten zu erstellen. Das ist ein formeller und technischer Fehler der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesgeschäftsstelle. Dafür übernehme ich die Verantwortung. Zu einem Skandal taugt das nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens. Was **Lübeck** angeht, will ich deutlich sagen: **Autonomie der Beschlussfassung in der Bürgerschaft** hin und her, man wird in der Sache klar seine Meinung äußern dürfen. Ich halte diese Entscheidung für falsch. Sie schadete dem Ruf der Stadt, und Ihnen ist das ja auch peinlich, weil Ihre Parteifreunde dort mitgestimmt haben. Ich glaube tatsächlich - dazu bekenne ich mich -: Auch aus der Bürgerinitiative sind rassistische Äußerungen getätigt worden wie diese: Frauen könnten nicht mehr

(Dr. Ralf Stegner)

einkaufen gehen, Kinder könnten nicht mehr zur Schule gehen. - So etwas weise ich zurück.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich glaube, dass den realen Brandsätzen häufig **rhetorische Brandsätze** vorausgehen. Wir haben nämlich eine Verdopplung der Anschläge auf Asylbewerberheime in Deutschland. Das ist das Problem und nicht eine Debatte darüber, wenn rassistische Äußerungen fallen. Das will ich hier in aller Klarheit sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Drittens. Wenn gerade der Herr Kollege Kubicki inhaltlich vollständig retro und mit Beben in der Stimme Empörung geißelt, dann hat das weniger etwas mit dem hier Gesagten zu tun, sondern dann ist der Punkt einfach dieser: Meinungsfreiheit heißt, zu ertragen, dass herauskommt, dass es große Unterschiede in der Sache gibt. Diese sind Ihnen nämlich unangenehm. Diese Koalition macht Politik für Familien. Sie machen eine Politik gegen Familien. Sie überhöhen Ihre Kürzungspolitik als alternativlos. Dabei war die zutiefst unsozial und ungerecht. Diese Meinung muss man hier vertreten. Wenn das herauskommt, dann ist das gut für die Demokratie. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns. Das ist **freie Meinungsäußerung**. Das können Sie nicht ertragen, weil Sie nämlich merken, dass die Unterschiede zwischen Ihnen und uns dabei deutlich werden.

Wenn Bürgerinnen und Bürger eine Wahl zwischen einer unsozialen Politik und einer sozialen und fortschrittlichen Politik haben, dann ist das gut. Das hat die Debatte gebracht, wenn auch bei Ihnen nicht auf besonders hohem Niveau, was Ihre Rede angeht. Aber das kennen wir ja seit vielen Jahren in diesem Hause.

Ihnen geht es gar nicht darum, ob man hier das Moralische überhöht oder nicht, sondern Sie wollen keine entschiedene Meinungsäußerung haben. Ich finde, eine unsoziale Politik darf man auch unsozial nennen. Ich finde auch, Politik gegen Minderheiten darf man als solche bezeichnen, Frau Kollegin Beer, um das auch einmal klar zu sagen. Mehr Meinungsstreit tut diesem Parlament eher gut. Dass Sie den nicht wünschen, weil dabei nämlich herauskommt, dass Sie Fiskalisten sind und meinen, dass die schwarze Null verehrt und angebetet werden müsste, das mag ja sein. Wir aber sind für eine Politik der Zukunft, für Nachhaltigkeit, für Gerechtigkeit, für gute Bildung, für Aufstiegschancen. Das ist die Politik der Küstenkoalition, und dafür stehen wir. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wirklich bemerkenswert, wie berechnend Sie sind und wie sehr man Sie berechnen kann, Herr Dr. Stegner, weil Sie schlicht und ergreifend immer mit den gleichen Euphemismen arbeiten. Deshalb möchte ich Ihnen einiges entgegenhalten.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Andresen, es ist mir völlig wurscht, was Sie gerade sagen. Jetzt unterhalte ich mich hier mit dem Kollegen Dr. Stegner. Werden Sie erst einmal erwachsen, dann können wir uns weiter miteinander unterhalten.

(Zurufe SPD: Oh!)

Herr Kollege Dr. Stegner, mir zu unterstellen, ich hätte etwas gegen **Meinungsfreiheit** und ich wollte mich von Ihnen nicht unterscheiden, ist so hanebüchen, dass ich darüber nur lachen kann.

Aber ich möchte Ihnen etwas in Erinnerung rufen. Da waren Sie noch nicht in diesem Lande und wahrscheinlich auch nicht in diesem Parlament. Wir hatten einmal einen **Untersuchungsausschuss**, der sich mit der Barschel-Affäre beschäftigt hat und der den Parlamentariern entsprechende **Konsequenzen** nahegelegt hat. Daraus möchte ich Ihnen einige Sätze zitieren:

„Der Neuanfang im politischen Umgang miteinander sollte sich dadurch auszeichnen, dem politisch Andersdenkenden nicht von vornherein den guten Willen abzusprechen, ihn nicht persönlich zu verdammen oder gar mit Unterstellungen ins politisch-moralische Abseits zu stellen.“

Wenn Sie sich daran halten würden, Herr Dr. Stegner, dann wäre in diesem Parlament schon einiges besser, als es gegenwärtig der Fall ist.

(Beifall FDP, CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Denn Sie unterstellen immer dem Andersdenkenden und dem, der anderer Meinung als Sie ist, moralische Unvollkommenheit, Verwerflichkeit, je-



**(Wolfgang Kubicki)**

denfalls keinen guten Willen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir als Konsequenz aus der Barschel-Affäre lernen wollten.

(Zuruf SPD)

- Ja, ich habe da wirklich gut reden.

Ich halte Ihnen einen weiteren Text vor, und zwar eine gemeinsame Beschlussfassung des Landtages als Konsequenz aus der Barschel-Affäre: Die vom Ausschuss festgestellten Verstöße gegen das verfassungsrechtliche Verbot, als Regierung den Wahlkampf der Regierungspartei zu unterstützen oder eine Oppositionspartei zu bekämpfen, begründen die Forderung nach zukünftig strikter Trennung von Verwaltungs- und Parteitätigkeit.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

- Frau Kollegin von Kalben, ich kann nicht im **Sozialministerium** anrufen und eine **Mitarbeiterin** dort veranlassen, mir Zahlen zu übermitteln. Ich kann das nicht, nicht einmal als Parlamentarier und schon gar nicht als Parteivertreter. Ich kann eine Kleine Anfrage stellen. Aber hier erledigt eine Mitarbeiterin des Sozialministeriums **unmittelbar Parteiarbeit**. Sie übermittelt Ihnen nämlich Zahlen, die sie an sich nicht übermitteln dürfte, weil sie uns diese Zahlen nicht in entsprechender Weise übermittelt. Das ist eine Verletzung des strikten Trennungsgebots.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Herdejürgen?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Nein, das gestatte ich nicht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Weil Sie die Unwahrheit sagen, deshalb gestatten Sie es nicht!)

- Ich sage nicht die Unwahrheit. Denn ich kann als Parteivertreter nicht im Sozialministerium anrufen und sagen: Bitte, Frau Soundso, schicken sie mir mal ein paar Zahlen, die ich gerade brauche.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Wissen Sie, was in § 40 der Geschäftsordnung steht?)

- Was steht in § 40 der Geschäftsordnung? Da steht, dass die Parteien beim Ministerium unmittelbar anfragen können und Auskünfte erhalten.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Ja! Auch Abgeordnete!)

- Jeder Abgeordnete, aber nicht die SPD als Partei!

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Sensationell! - Jetzt komme ich zur Frage der **Meinungsfreiheit**, Herr Kollege Dr. Stegner. Sie sind gerade dabei, den Konsens in der Frage der Flüchtlings- und Asylpolitik zu zerstören, und zwar deshalb, weil Sie gerade daran mitarbeiten, die **Willkommenskultur** bei Bürgerinnen und Bürgern definitiv zu unterlaufen. Fahren Sie einmal zu den Menschen, die im Bornkamp wohnen. Fahren Sie einmal hin! Dort wohnen überwiegend Sozialdemokraten. Sie haben uns erklärt, was sie von Ihnen halten.

(Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Woher wissen Sie das denn?)

- Weil wir da waren! Wir haben auch mit den Menschen geredet. Wenn Sie alle Bürgerinnen und Bürger diskreditieren, die nicht Ihre Auffassung teilen, dann werden Sie sehr schnell feststellen, wie Sie dazu beitragen, dass dieser Konsens im Lande kaputtgeht.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Wer erklärt, das Zurückweichen der Bürgerschaft vor Protesten gegen die große Erstaufnahme würde Bürger an anderen Standorten ermuntern, sich ebenfalls gegen solche Einrichtungen zu wehren, und diese Debatte habe auch zu einem Klima beigetragen, in dem Menschen Angst vor Flüchtlingen gemacht werde, dieses Klima ermuntere Wirkköpfe zu Brandanschlägen, wie in Kücknitz geschehen - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

- Herr Dr. Stegner, dann tun Sie mir wirklich leid. Wenn Sie ernsthafte **Sorgen von Menschen** nicht mehr aufnehmen wollen, sondern ihnen erklären, sie seien moralisch verwerflich, weil sie Ihre Auffassung nicht teilten, dann haben Sie den demokratischen Diskurs noch nicht verstanden. Sie werden erleben, dass der Widerstand zunehmen statt abnehmen wird.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Menschen zu überzeugen heißt, Menschen mitzunehmen, sich zunächst einmal ihre Sorgen anzuhören und darauf angemessen zu reagieren und sie

(Wolfgang Kubicki)

nicht moralisch ins Abseits zu stellen. Sie werden ansonsten erleben, dass die Menschen Ihnen nicht mehr zuhören, weil sie Sie nicht mehr für einen kompetenten Ansprechpartner halten. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die nächste Wortmeldung ist von der CDU-Fraktion. Der Fraktionsvorsitzende Daniel Günther hat jetzt das Wort.

**Daniel Günther [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Erklärung des Kollegen Dr. Stegner eben zu der Presseerklärung, die wir zu Ihrer **Presseerklärung** abgegeben haben, die Sie als **Landesverband** herausgegeben haben, hat relativ wenig mit dem zu tun, was wir hier als Erklärung erwartet hatten. Denn, Herr Dr. Stegner, der Fehler ist nicht gewesen, dass die Mitarbeiterin im Landesverband vergessen hat, den Pfad zu löschen, damit wir nicht erkennen konnten, dass es im Ministerium gemacht wurde. Die Erklärung hilft uns im Parlament überhaupt nicht weiter. Uns interessiert doch nicht, was der Landesvorsitzende der SPD dazu sagt, sondern wir wollen wissen, was die Regierung den regierungstragenden Parteien zur Verfügung gestellt oder geschrieben hat, um diese Presseerklärung zu veröffentlichen. Da nützt uns doch der Empfänger nichts. Wir wollen wissen, was der Sender gemacht hat. Was wurde **im Ministerium gemacht**? Das muss der Ministerpräsident erklären. Herr Dr. Stegner, das sind Sie nicht. Das sollten Sie eigentlich wissen. Sie sind nicht Ministerpräsident.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN - Dr. Ekehard Klug [FDP]: Aber er muss bei jeder Gelegenheit daran erinnert werden!)

Herr Dr. Stegner, ich will an dieser Stelle auch noch etwas zu dem zweiten Punkt, den Sie angesprochen haben, sagen, der **Flüchtlingspolitik**.

Ich bin stolz auf die **Willkommenskultur**, die wir in Schleswig-Holstein haben. Ich finde es auch angesichts unserer historischen Verantwortung und dessen, was wir in Schleswig-Holstein in der Vergangenheit gehabt haben, eine großartige Leistung, wie viele Menschen in Schleswig-Holstein ehrenamtlich oder hauptamtlich in den Kommunen wirklich tolle Arbeit leisten, um diese Menschen in unserem Land zu integrieren. Aber wenn man einmal einen Deut von Ihrer Regierungspolitik abweicht,

wenn man in der Umsetzung eine anderslautende Meinung hat, wenn man der Auffassung ist, dass Erstaufnahmeeinrichtungen vielleicht nicht 600 Menschen beinhalten sollen, sondern 200, dann muss es doch auch in einem Land wie Schleswig-Holstein möglich sein, dass man das artikuliert, ohne dass einem hier im Parlament unterstellt wird, dass man Flüchtlingen gegenüber feindlich eingestellt ist. Das will ich in Schleswig-Holstein nicht. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort hat die Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich möchte gern zwei Punkte zu der Frage der **Erstaufnahme in Lübeck** sagen.

Erstens. Es hat **Gespräche mit den Anwohnerinnen und Anwohnern** gegeben. Ich selber war auf zwei Veranstaltungen anwesend, an denen Vertreter der Bürgerinitiative und auch Menschen aus dem Bornkamp, die sich für eine Erstaufnahme ausgesprochen haben, teilgenommen haben. Insofern gab es Gespräche. Das Innenministerium und die Staatskanzlei waren mit den Anwohnerinnen und Anwohnern anwesend.

Zweitens. Wir haben im Moment die Situation, dass wir nicht wissen, wo wir die Menschen, die zu uns kommen, morgen unterbringen sollen. Das steht nicht irgendwann an, sodass man überlegen könnte, ob man noch einen Volksentscheid durchführt. Vielmehr haben wir morgen eine Situation, die wir lösen müssen.

Wenn sie den Blick über den Tellerrand wagen und sich zum Beispiel in den Nachrichten anschauen würden, was im Moment auf den griechischen Inseln los ist, wo den Menschen nach bester Möglichkeit geholfen wird, wo aber nicht mehr sichergestellt ist, dass die Menschen genügend zu essen und zu trinken haben, und wo sie mittlerweile anfangen, aus Not die griechische Bevölkerung zu überfallen, dann verstehen Sie, dass es keinen Sinn hat, über kleine Erstaufnahmeeinrichtungen zu reden. Denn was würden Sie dem Bürgermeister in Eggebek und dem Bürgermeister in Boostedt erzählen, warum wir dort **größere Erstaufnahmeeinrichtungen** machen, wenn wir das in Lübeck zuließen? Insofern ist es eine herausragende Entscheidung.

**(Eka von Kalben)**

Ich sage deutlich: Auch meine Parteifreunde in Lübeck haben sich nicht so entschieden, wie ich mir das wünschen würde. Gestern gab es eine Kreismitgliederversammlung, auf der es einen gegenteiligen Entschluss gab. Aber trotzdem ist auch jetzt die Mehrheit noch nicht gesichert, weil sich zwei meiner Kolleginnen und Kollegen dort dagegen ausgesprochen haben und einer Erstaufnahme nicht zustimmen werden.

Ich appelliere an die anwesenden Parteien, FDP, CDU, PIRATEN: Sprechen auch Sie mit Ihren Parteikollegen. Das hat nichts damit zu tun, dass ich ihnen Fremdenfeindlichkeit vorwerfe.

Das hat nichts damit zu tun, dass sie nicht ein Kollegium sind, das frei entscheiden kann. Natürlich kann sich die Lübecker Bürgerschaft gegen eine Erstaufnahmeeinrichtung entscheiden. Es geht aber doch darum, dass wir eine **Landesverantwortung** haben. Wir müssen doch für genügend **Erstaufnahmekapazitäten** im Land sorgen. Wenn das nicht gelingt, erzählen Sie das Ihren Kommunalos vor Ort, die mehr Erstaufnahmeeinrichtungen fordern, damit das ein bisschen geregelter abläuft. Dann erklären Sie denen, warum wir hier nicht dafür werben.

Ich bitte Sie nur darum, gemeinsam für Erstaufnahmeeinrichtungen zu werben, aber nicht dafür zu reden, dass wir uns hier wegducken. Vielmehr müssen wir als Landespolitik eine eindeutige Sprache sprechen. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Volker Dornquast [CDU])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Noch hat die FDP reguläre Redezeit, von der sie jetzt Gebrauch machen kann. Dann kommen wir zu den Dreiminutenbeiträgen. Der Abgeordnete Vogt hat jetzt das Wort. - Bitte schön, Herr Abgeordneter Vogt.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich versuche, es in anderthalb Minuten zu machen.

Frau von Kalben, Ihr Redebeitrag hat mich herausgefordert, mich auch noch einmal zum Thema zu Wort zu melden. Ich war auch in Lübeck und habe mit Vertretern der Bürgerinitiative im Bornkamp gesprochen.

Ich bin mit Ihnen vollkommen einer Meinung, dass es zu unserer **Verantwortung** gehört, **Erstaufnah-**

**meeinrichtungen** zu schaffen. Ich habe die Leute dort als sehr konstruktiv wahrgenommen. Ich habe auch wahrgenommen, dass sie gesagt haben: Wir sind bereit zu akzeptieren, dass hier bei uns im Wohngebiet eine Flüchtlingsunterkunft eingerichtet wird, aber nicht in diesem **Umfang**. Deshalb muss man noch einmal andere Standorte prüfen.

Etwas anderes haben die Menschen gar nicht gefordert. Sie haben lediglich eine vernünftige Prüfung auch anderer Standorte in Lübeck gefordert.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau von Kalben, ich glaube, das ist eine legitime Forderung.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Frau Kollegin - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Es reicht nicht, nur einen Presseartikel zu lesen!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort und sonst niemand.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Vielen Dank, Herr Präsident.

Frau Midyatli, komischerweise sehen es alle anderen Beteiligten nicht so, dass ernsthaft geprüft wurde. Das ist dann aber Ihr Kommunikationsproblem.

Frau von Kalben, Sie sagten, wir sollten einmal über den Tellerrand schauen. Ich glaube, die Opposition und die Mitglieder der Lübecker Bürgerschaft schauen über den Tellerrand. Sie sagen, dass noch **andere Standorte** vernünftig **geprüft** werden müssen. Das können die Mitglieder der Lübecker Bürgerschaft, die abgestimmt haben, und die Anwohner nicht nachvollziehen. Frau Midyatli, vielleicht sollten Sie mit den Leuten einmal vernünftig reden.

Ich glaube, der entscheidende Punkt ist die Äußerung von Herrn Stegner, der sagte: Jeder, der **Kritik** übt, erzeugt ein **Klima**, das **gefährlich** ist.

Frau Midyatli, außerdem ist es ein Problem, dass Sie gesagt haben, dass die Mitglieder der Lübecker Bürgerschaft zur Rechenschaft gezogen werden. Das Signal, das die Koalition damit sendet, ist aus meiner Sicht fatal.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Der nächste Dreiminutenbeitrag ist vom Abgeordneten Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Bemerkungen.

Erstens. Jeder **Abgeordnete** hat das Recht, **Fragen** an die **Regierung** zu richten. Davon habe ich Gebrauch gemacht. Das war ein technischer Fehler. Ausgerechnet der Sozialdemokratie irgendwelche Dinge aus der Barschel-Zeit vorzuhalten, ist komplett abwegig. Das sollten Sie sein lassen. Wenn Sie nicht mehr zu bieten haben, ist das ziemlich traurig.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Es war ein **technischer Fehler**, die **Zahlenabfrage** mit dem Dokument zu verwechseln. Das tut mir leid. Ich habe das nicht selbst gemacht. Ich übernehme aber dafür die Verantwortung. Bleiben Sie mir aber weg mit der Skandalisierung. Wenn Sie nicht mehr zu bieten haben, ist das ziemlich traurig. Technische Fehler sind kein Skandal.

Zweitens. Ich bin sehr wohl der Auffassung, dass es prima ist, dass sich Menschen **für Flüchtlinge engagieren**, Kollege Günther. Das hat überhaupt nichts mit dem zu tun, worüber ich gesprochen habe. Ich habe über das **Signal der Entscheidung der Lübecker Bürgerschaft** gesprochen. Darüber konnte man in der nationalen und internationalen Presse lesen.

Wir haben in anderen Bundesländern Aufnahmeeinrichtungen in vierstelliger Größenordnung. Das findet bei uns aber nicht statt.

Ich habe die Äußerung aus dem Bornkamp zitiert. Im Gegensatz zu Ihnen weiß ich gar nicht, wer dort wohnt. Im Übrigen unterliegt es dem Datenschutz, wer dort wohnt.

Ich stelle allerdings fest: Unser Problem in Deutschland ist, dass es Menschen gibt, die **Angriffe auf Flüchtlingsheime** unternehmen. Das war am Wochenende schon wieder der Fall. Das geschieht in einem Klima, in dem öffentlich gegen Flüchtlinge gehetzt wird. Das ist der Teil, der mich besorgt und über den ich hier geredet habe. Das finde ich schwierig. Darum müssen wir uns kümmern. Wir haben nämlich eine gemeinsame Verantwortung, dass das nicht geschieht.

Berechtigte Sorgen sind okay. Es demonstrieren aber Leute mit Parolen, als ob man in Deutschland

Angst vor Flüchtlingen haben müsste. In Deutschland muss man vor ganz vielem Angst haben, aber ganz bestimmt nicht vor Flüchtlingen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das will ich hier eindeutig feststellen.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man diejenigen, die Vorbehalte schüren, ermutigt, dann darf man sich nicht wundern, wenn das passiert. Auf diesen Zusammenhang habe ich hingewiesen.

Ich bin stolz auf meine sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion in Lübeck. Diese hat nämlich geschlossen dafür gestimmt, dass das hier stattfindet. Darauf bin ich stolz. Ich freue mich, dass die Grünen ihre Haltung geändert haben. Bewegen Sie Ihre Leute auch dazu, ihre Haltung zu ändern. Dann erfüllen Sie Ihre Pflicht. Das ist das, was Sie tun sollten.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat noch Redezeit. Nun hat Frau Fritzen das Recht, diese Redezeit wahrzunehmen. - Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zur Frage Bornkamp und zur **Entscheidung in Lübeck** zu Wort gemeldet.

Selbstverständlich akzeptiere ich **demokratische Entscheidungen**. Auch die Entscheidung, die in Lübeck getroffen wurde, hat man als Demokratinnen zu akzeptieren. Ich finde nur - jetzt kommt das, was ich sagen möchte -, dass wir als gewählte Vertreter auf kommunaler, Landes- oder EU-Ebene auch eine gewisse Verantwortung tragen für die Entscheidungen, die wir zu treffen haben.

Ich erzähle Ihnen jetzt kurz eine Geschichte aus Ostholstein, wo ich wohne. Da ging es um die Frage der **Aufnahme von Flüchtlingen** in einem Ort. Es ging auch um eine bestimmte Anzahl von Flüchtlingen. Das war keine Erstaufnahme, aber eine Situation, in der Anwohnerinnen und Anwohner eine Einwohnerversammlung durchgeführt haben und bei der der Bürgermeister erklärt hat, warum soundso viele Leute kommen sollen.

**(Marlies Fritzen)**

Es gab natürlich auch dort Gedanken, Sorgen und Fragen. Wer kommt da? Was wird passieren? Was wird sich hier im Ort verändern? Es zeigte sich also all das, was im Bornkamp oder wo auch immer passiert und was ich auch ganz normal finde. Wenn sich Veränderungen ergeben, wenn Veränderungen an einen herangetragen werden, fragt man sich diverse Dinge. Das alles ist überhaupt nicht schlimm.

Man hatte auch die Sorge, ob viel Kritik kommen würde, ob möglicherweise so etwas wie eine Antistimmung kommen würde. Es kam aber nichts. Die Menschen, die vielleicht mehr Sorgen hatten als andere, haben sich am Ende überzeugt beziehungsweise informiert gefühlt. Jedenfalls waren sie nicht dagegen und haben auch keine öffentliche Äußerung dagegen gemacht, dass in ihrem Ort 40 Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Das ist ein kleiner Ort in Ostholstein.

Nachdem die Entscheidung in Lübeck gefällt wurde - die Bornkämpfer haben sozusagen gewonnen, und es gibt, wenn überhaupt, eine kleine Erstaufnahme im Bornkamp -, kamen in dieser Gemeinde die ersten Anrufe, sie würden auch noch einmal infrage stellen wollen, warum es unbedingt 40 sein müssten, warum es nicht weniger sein könnten. Das, was die Bornkämpfer geschafft haben, würde man in ihrem Ort doch auch schaffen.

Das halte ich für schwierig, und das ist das **Signal von Lübeck**. Dafür müssen wir als Demokraten auf kommunaler, Landes- und sonstiger Ebene Verantwortung tragen. Dabei müssen wir sehr aufpassen, welchem Druck wir uns dabei beugen. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Sie erlauben eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kubicki. - Bitte schön.

**Wolfgang Kubicki** [FDP]: Frau Kollegin Fritzen, ich teile Ihre Ausführungen inhaltlich voll und ganz. Das Problem beim Bornkamp ist nur, dass man anders als bei Ihnen mit den Menschen nicht geredet,

(Serpil Midyatli [SPD]: Hat man!)

sondern sie vor vollendete Tatsachen gestellt hat. Bei der Anhörung hat man zudem erklärt, dass es gar nicht darauf ankomme, wie sie ihre Sorgen artikulierten, weil die Entscheidung längst gefallen sei.

(Zurufe SPD)

Meine Befürchtung ist, dass, wenn das Methode wird, die Bereitschaft der Bevölkerung, die Sie und ich für notwendig erachten,

(Unruhe)

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich würde gerne zuhören.

eher abnehmen als zunehmen wird, weil die Menschen nicht mehr das Gefühl haben, dass sie ernst genommen werden und sich im Zweifel auch einbringen können. Das ist meine Befürchtung.

- Ich kann Ihre Befürchtung nachvollziehen. Meine Ausführungen gehen ja in eine ähnliche Richtung. Meine Wahrnehmung im Bornkamp war eine andere. Das muss ich sagen. Soweit ich weiß, gab es zwei oder drei sehr große Veranstaltungen. Die Frage, wer wem am Ende glaubt, werden wir hier nicht beantworten können.

Ich sage nur, dass ich mir von demokratisch gewählten Vertretern, die Verantwortung tragen, andere Entscheidungen wünsche. Ich wünsche mir, dass man diesen Tendenzen deutlich entgegentritt. Man muss erkennen, was so etwas auslösen kann. Das ist das, was ich damit sagen wollte, und das halte ich für ausgesprochen problematisch.

Ich bin in großer Sorge, dass Bornkamp sozusagen ein Fanal ist. Das treibt mich wirklich um. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne unsere ehemaligen Abgeordnetenkollegen Susanne Herold und Manfred Ritzek. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Es geht nun weiter mit den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mich hat die Erklärung des Kollegen Stegner zu der **Eigenschaft der regierungsamtlichen Meldungen**

(Dr. Heiner Garg)

etwas irritiert. Nun unterstelle ich uns beiden, dass wir keine EDV-Experten sind. Deswegen würde ich Sie bitten, sich vielleicht noch einmal zu überlegen, ob es sich lediglich um einen technischen Fehler gehandelt haben kann, und bitte auch um Nachhilfe.

Meiner Information nach handelt es sich bei der Pressemitteilung der regierungstragenden Parteien von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW um eine PDF-Datei. Diese **PDF-Datei**, und zwar die gesamte PDF-Datei, hat die Eigenschaft, dass **Verfasserin die Stabsleiterin des Sozialministeriums** ist, und zwar genau in dieser Funktion. Wäre die Version mit dem technischen Fehler zutreffend, dann würde ja das Dokument, das dann in der Landesgeschäftsstelle zur PDF-Datei beziehungsweise zur Pressemitteilung verarbeitet wurde, automatisch die Eigenschaft des verarbeitenden Mitarbeiters oder der verarbeitenden Mitarbeiterin in der Landesgeschäftsstelle annehmen und hätte dann die Eigenschaft von XY, SPD-Landesgeschäftsstelle.

Möglicherweise sitzen dort sehr aufgeweckte Menschen, die anders arbeiten, mit sehr komplizierten Programmen arbeiten. Nach meiner Kenntnis ist es, wenn überhaupt, technisch ausgesprochen aufwendig, beispielsweise aus verschiedenen Word-Dokumenten eine PDF-Datei zu machen, ohne dass die Eigenschaften des Dokuments geändert werden. Da müssen Sie mich aufklären, Herr Dr. Stegner. Ich habe jedenfalls Zweifel an der Version, dass es sich hierbei lediglich um einen **technischen Fehler** handeln kann, und bitte darum, dass diese Frage geklärt wird.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Als Nächstes hat für einen Dreiminutenbeitrag der Herr Abgeordnete Wolfgang Baasch das Wort.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch einmal versuchen, ein paar erläuternde Bemerkungen zum Thema Bornkamp zu machen. Der Bornkamp liegt in meinem Wahlkreis. Die Menschen im Bornkamp wählen so, wie sie wählen. Das ist auch in Ordnung. Das darf ja auch jeder von uns. Dass die Menschen im **Bornkamp** die Entscheidung, dass die **Erstaufnahmeeinrichtung** in ihrem Stadtbezirk errichtet werden soll, ein wenig überrascht hat, ist richtig. Richtig ist aber auch, dass die Menschen dort sehr unterschiedlich und auch ganz differenziert reagiert haben. Es gab dort Menschen, die komplett jegliche Form von

Einrichtung abgelehnt und gesagt haben: Das wollen wir auf keinen Fall. Da ist uns ein Sportplatz versprochen worden, und wir wollen einen Sportplatz haben. - Da gab es Menschen, die gesagt haben: Na ja, dann müssen wir nach Alternativen suchen. Das muss sich vielleicht ein wenig anders gestalten. - Es gab drittens eine Initiative, die sich „Willkommen in Lübeck“ nannte, auch Menschen, die im Bornkamp leben. Es gab also mitnichten nur Ablehnung, sondern auch Menschen, die sich dafür eingesetzt haben.

Ich könnte Ihnen E-Mails zeigen, bei denen man eindeutig sagt: Wenn man so etwas schreibt, zeigt man, dass man Gedankengut hat, das wir als Demokraten eigentlich aktiv bekämpfen. Ich kann Ihnen aber auch Mails zeigen, in denen Menschen aus lauter Verzweiflung geschrieben haben, dass Freundschaften im Bornkamp kaputtgegangen sind, weil man unversöhnlich miteinander diskutiert hat, weil man andere Meinungen gar nicht mehr zugelassen hat. Wenn man sich jetzt hier hinstellt und so tut, als wenn diese Entscheidung, diese Form von Auseinandersetzung im Bornkamp einfach so spurlos an den Menschen vorübergeht, dann ist das nicht in Ordnung und auch nicht fair.

Gleichzeitig, glaube ich, ist es richtig, dass sich die Politik - das gilt auch für die **Kommunalpolitik** - von diesen **Diskussionen vor Ort** nicht so beeinflussen lassen darf, dass man nicht in der Lage ist, zu einer Entscheidung zu kommen und zu sagen: Das, was dort geschieht, ist trotz allem in Ordnung und kann auch umgesetzt werden;

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn machen wir uns doch nichts vor: Im Bornkamp kommen erst einmal Menschen an und keine Probleme. Menschen kommen dahin, und **Menschen brauchen Unterstützung und Hilfe**. Die sollen sie im Bornkamp erhalten.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wo anders wäre es geeigneter als an dieser Stelle, und zwar mit einem **Konzept**, wie wir es bei den **Erstaufnahmeeinrichtungen** haben? Das, was sich an Diskussionen und Ablehnung nachher in der Bürgerschaft manifestiert hat, ist auch etwas, was den Menschen im Bornkamp nicht gerecht wird.

Es sind viele zum Diskutieren da gewesen. Gut, ich bin recht oft dort gewesen und habe mit vielen gesprochen. Ich habe wenige Kolleginnen und Kollegen aus den Landtagsfraktionen dort getroffen. Ich glaube, es ist nach wie vor richtig zu sagen: Wir

(Wolfgang Baasch)

brauchen Erstaufnahmeeinrichtungen. Genau in diesem Stadtteil kann man es sehr gut umsetzen. In diesem Stadtteil kann man dafür sorgen, dass Menschen, die vor Unterdrückung und Misshandlung flüchten, zur Ruhe kommen und einen ersten Anker in Deutschland, in Schleswig-Holstein, werfen können. Das sollte man organisieren.

Was die Behauptung angeht, dass keine alternativen Standorte geprüft worden sind -

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Schluss!

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

- ja, Herr Präsident; letzter Gedanke -: Es sind über 20 Standorte in Lübeck geprüft worden. Das steht sogar in jeder Vorlage innerhalb der Bürgerschaft. Das hat die SPD-Fraktion genauso wie die FDP-Fraktion bei der Entscheidungsfindung gehabt. Die FDP-Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft hat sich gegen die Flüchtlingsaufnahme entschieden, die SPD-Fraktion dafür. Ich finde es schrecklich,

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Ende!

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

- dass man solche Entscheidungen nicht einfach einmal revidiert. Dafür ist jetzt noch Gelegenheit. Dann gibt es vielleicht die Möglichkeit, allgemein die Menschen im Bornkamp auch willkommen zu heißen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe den Tagesordnungspunkt „Regierungserklärung“ und rufe jetzt den gesetzten Tagesordnungspunkt 25 auf:

### **Europa ohne Grenzen**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 18/3172 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die FDP-Fraktion der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Europa steht vor einer wichtigen Weichenstellung. Es geht um die Frage: Kommt es in immer mehr Bereichen zu einer Renationalisierung, zum Abbau der europäischen Integration, zu immer mehr nationalen Alleingängen und zu dem Versuch einzelner Mitgliedstaaten, sich abzuschotten, oder wird es gelingen, die **europäische Idee** wieder mit Leben zu erfüllen? Einer von vielen Punkten, an denen sich dies entscheiden wird, ist die Frage: Bleiben wir bei **offenen Grenzen innerhalb Europas**, oder kommt es wieder zur Einführung von Grenzkontrollen?

Meine Damen und Herren, die **deutsch-dänische Grenzregion** galt einmal als Muster für gelungene, für gelingende europäische Integration. Jetzt droht nach dem Regierungswechsel in Kopenhagen das, was wir bereits vor vier Jahren einmal erleben mussten, nämlich die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, die Rückkehr der Zollhäuschen und Kontrollstellen - und das alles nach dem Willen der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei, die die neue Regierung auf Christiansborg durch ihre Stimmen parlamentarisch stützt. Eine Rückkehr zu Grenzkontrollen zwischen Dänemark und Deutschland wäre ein fatales Signal. Noch ist unklar, in welcher genauen Form die neue dänische Regierung das veränderte Grenzregime gestalten will. Eines aber ist klar: Die Grenze soll in den nächsten Jahren nicht mehr so offen bleiben, so durchlässig sein, wie sie es bisher gewesen ist.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein **Rückschlag** auch für die Bemühungen, die Grenzregion beiderseits der Grenze zu wirtschaftlich blühenden Landesteilen zu machen, Austausch und Zusammenarbeit dort zu fördern. Kaum vorstellbar ist etwa, dass die deutsch-dänischen Studiengänge der Uni Flensburg weiter prosperieren können, wenn die Studenten, die zweimal in der Woche nach Sønderborg fahren, Grenzkontrollen über sich ergehen lassen müssten. Noch weniger vorstellbar ist, dass die geplante Fehmarnbelt-Querung auf der dänischen Seite mit einer Kontrollstelle verbunden sein könnte, die unter Umständen in Zeiten des Hochbetriebs zu einem langen Rückstau im Tunnel unter dem Fehmarnbelt führen könnte. Selbst die Beschränkung auf rein „technische Kontrollmöglichkeiten“, wie das Scannen von Kfz-Nummernschildern, wäre jedenfalls für uns in Deutschland eine Form staatlicher Überwachung, wie wir sie kaum hinnehmen könnten.

**(Dr. Ekkehard Klug)**

(Beifall Torge Schmidt [PIRATEN])

Ob die Verbindungen zwischen den beiden Nachbarländern in Zukunft noch so genutzt werden können wie bisher, ist nach meiner Auffassung zu bezweifeln. Schon warnen dänische Bürgermeister aus Nordschleswig, dass sich die Pläne, die in Kopenhagen geschmiedet werden, möglicherweise wie bereits 2011 negativ auf Besucherzahlen auswirken könnten. So hat es jedenfalls der Venstre-Bürgermeister Herr Nielsen aus Varde kürzlich ausgeführt.

Fraglos wäre das ein Rückschlag für all die Bemühungen in der Vergangenheit, die deutsch-dänische Grenzregion zum **Vorteil der Menschen** auf beiden Seiten der Grenze voranzubringen. Deshalb, auch um ein Zeichen zu setzen gegen jene Kräfte, die in Europa an anderer Stelle auf Abschottung, auf neue Hürden und nationale Alleingänge setzen, fordern wir den Landtag auf, sich in einer Resolution klar zu einem Europa ohne Grenzen zu bekennen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Astrid Damerow das Wort.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ausgerechnet in diesen Tagen, in denen es in Europa wirklich sichtbar für jedermann um große Probleme geht, ausgerechnet jetzt müssen wir die Initiative der neuen **dänischen Regierung** zu **verstärkten Grenzkontrollen** zur Kenntnis nehmen. Die Europäische Union steht vor gewaltigen Herausforderungen, für deren Bewältigung es die Kräfte aller Europäer bedarf. Griechenland steht seit Wochen am Rande eines Staatsbankrottes - mit schweren Folgen für die dort lebenden Menschen. Diese Situation erfordert die Solidarität aller EU-Staaten. Und es geht dabei nicht allein um Geld. Es geht um fehlendes, um verloren gegangenes Vertrauen und den Umgang miteinander. Kollege Klug hat es eben schon gesagt, es geht um die **europäische Idee** selbst.

Auch die Flüchtlingsströme, die sich als Folge von Krieg, Terror und Unterdrückung, aber auch von Armut und mangelnden Entwicklungschancen vom afrikanischen Kontinent nach Europa bewegen, sind eine weitere gewaltige **Herausforderung** für Gesamteuropa. Dieses Problem wird kein Land der

Europäischen Union allein lösen können. Wir brauchen die Solidarität aller - und ich betone das ausdrücklich: aller! - Mitgliedstaaten. Gerade bei dieser Diskussion geht es auch um unsere Grenzen.

Wir haben das hier schon häufiger diskutiert, allerdings mit einem anderen Duktus. Hier diskutieren wir meistens über die Sicherung unserer EU-Außengrenzen. Eine funktionierende Außengrenzensicherung ist aber auch unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen eines schrankenlosen Grenzverkehrs innerhalb Europas. Passiert dies nicht, wird sich der Ruf in den einzelnen EU-Staaten nach nationalen Grenzkontrollen weiter verstärken. Wir können das an mehreren Stellen beobachten.

Durch den freien Grenzübertritt und das freie Übertreten innereuropäischer Grenzen können die Menschen in unseren Ländern das Zusammengehen Europas konkret erleben. Dies zu ändern und wieder in nationalstaatliches Klein-klein-Denken zu verfallen, ist für uns nur schwer vorstellbar.

(Beifall Peter Lehnert [CDU], Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, gerade bei uns im Grenzraum zwischen Deutschland und Dänemark arbeiten wir seit Jahrzehnten daran, die Grenzen faktisch, aber auch in den Köpfen unserer Bürger, verschwinden zu lassen. Wir planen eine feste Fehmarnbelt-Querung zwischen Dänemark und Deutschland, das größte gemeinsame Bauprojekt zwischen unseren Ländern, das es bisher gab. Die konkrete Umsetzung läuft. Schleswig-Holstein arbeitet in allen Bereichen des Lebens eng mit unseren dänischen Nachbarn zusammen. Wir streben permanent einen Ausbau und die Kooperation durch Vereinbarungen, Verträge und den ständigen Austausch an. Ob Wirtschaft oder Kultur, Wissenschaft, Gesundheitsmaßnahmen, Sport, Ausbildungsmaßnahmen, Forschung oder Arbeit - in allen Bereichen gibt es einen engen **Austausch**.

Grenzkontrollen passen nicht dazu, und sie passen nicht in ein Europa, das weiter zusammenwachsen soll.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Im Mai 2011 haben wir genau diese Debatte hier im Landtag schon einmal geführt. Ein interfraktioneller Antrag hat die Einigkeit der Ablehnung solcher Grenzkontrollen untermauert. In den Redebeiträgen wurde schon 2011 vorgetragen, was auch heute unverändert gelten muss: Die **freie Grenzüberschrei-**



(Astrid Damerow)

**tung im Schengen-Raum** ist ein unverzichtbarer Wert eines geeinten, freiheitlichen Europas. Im Übrigen können wir die notwendige grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung auch mit den heute vorhandenen Mitteln durchführen. Wir können, dürfen und werden uns auch nicht in die Innenpolitik Dänemarks einmischen, aber wir bitten unsere guten dänischen Nachbarn und auch Freunde, ihren Weg zu überdenken.

Wir haben auch durchaus erfreut zur Kenntnis genommen, dass einige Bürgermeister bürgerlicher Parteien aus Dänemark die Grenzkontrollen ebenfalls bereits kritisiert haben.

Uns allen muss klar sein, dass wir die Probleme Europas nur gemeinschaftlich lösen können. Europa steht im Moment vor schwierigen Herausforderungen. Die Ausschussreise, die wir nach Brüssel hatten, hat uns das deutlich vor Augen geführt. Die Befürchtungen unserer Kollegen in Brüssel sind sehr, sehr konkret, was ein weiteres Auseinanderdriften Europas anbelangt. Ich finde, dann sind schärfere Grenzkontrollen oder überhaupt die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an europäischen Grenzen ein falsches Zeichen. - Ich bitte hier um Unterstützung der Resolution. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

**Birte Pauls [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch bei diesem Thema scheint die FDP nicht auf der Höhe der Zeit zu sein. Ihre Verbindung nach Dänemark scheint sich auf veraltete Zeitungsartikel zu begrenzen. Ihre Kreativität leidet wohl auch unter dem, was Sie an anderer Stelle mit Recht ablehnen, nämlich permanente Grenzen. Anders kann ich es mir nicht erklären, dass Sie uns hier einen wortgleichen Antrag aus dem Jahr 2011 vorlegen, den wir eigentlich alle schon beschlossen haben.

Natürlich begrüßt die SPD trotzdem und selbstverständlich das Ansinnen der SPD - Entschuldigung, der FDP -,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie können auch das Ansinnen der SPD begrüßen! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist immer richtig!)

nämlich die **Bedeutung offener Grenzen in Europa** erneut zu betonen. Das kann man in der Tat und wahrscheinlich auch gerade in diesen Tagen nicht oft genug machen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Ich denke, wir alle waren erschrocken, dass es im Rahmen und als Folge der Folketingswahl in Dänemark im Juni erneut auf Druck der Dansk Folkeparti zu einer Diskussion um permanente Grenzkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze gekommen ist. Zwischenzeitlich jedoch hat sich die neue Venstre-Regierung unter der Führung von Staatsminister Lars Løkke Rasmussen zum Thema Grenzkontrollen allerdings positioniert. Der schriftlichen Regierungsgrundlage ist zu entnehmen: Man will eine markante Stärkung der Kontrollen im Grenzgebiet, und es wird eine neue Ausstattung und mehr Personal im Rahmen des Schengen-Abkommens und im Dialog mit den Nachbarländern geben.

Und damit erübrigt sich eigentlich Ihr Antrag.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Aber selbstverständlich beobachten auch wir die aktuellen Entwicklungen und schlagen deshalb vor, diesen Antrag an den Europaausschuss zu überweisen, um ihn dort dann ausführlich miteinander zu diskutieren. Ich denke, dass unser Ansinnen dasselbe ist.

Wir verurteilen die Ansätze der Rechtspopulisten der Dansk Folkeparti, die Situation der Flüchtlinge zu missbrauchen, um diffuse Ängste in der Bevölkerung zu schüren, auf Schärfste.

(Beifall SPD, Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Menschen verlassen nicht grundlos ihre Heimat. Sie sind auf der Flucht vor Krieg, Gewalt und Verfolgung. Diesen Menschen zu helfen, ihnen Schutz und Sicherheit zu bieten, das ist das humanitäre Gebot der Stunde - und nicht diese Situation schäbig zu nutzen, um gestriges nationalistisches Gedankengut zu verbreiten.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir wollen ein **offenes und tolerantes Europa**, ein Europa, in dem die Menschen sich frei bewegen können, ein Europa der Reisefreiheit, der Freizügigkeit und des Vertrauens. All das sind Errungenschaften, um die das Europa von heute lange kämpfen musste. All das sind keine Selbstverständlichkeiten, und es ist ein ewiges Ringen.

(Birte Pauls)

Wie leicht das alles zu erschüttern ist, zeigen uns dieser Tage die Meldungen um Griechenland. Deshalb wollen wir den nationalistischen und ewig gestrigen Parolen der Rechtspopulisten auch keinen Raum bieten. Die deutsch-dänische Grenzregion hat doch in sehr vielen Köpfen gar keine Grenze mehr. Viele von uns denken, fühlen, leben und arbeiten in unserer gemeinsamen Region, einer Region, die durch Offenheit und Toleranz geprägt ist, Zweisprachigkeit, Minderheiten und Mehrheiten, kulturelle und geschichtliche Vielfalt, durch tägliches Hin und Her zur Arbeit und zum Einkaufen.

Besonders die zuletzt genannte Gruppe samt der Grenzhändler würde sich wohl sehr bedanken, wenn sie zukünftig wieder vor - wenn auch nur gefühlten - „Grenzbalken“ haltmachen und Wartezeiten einplanen müsste.

Wir lehnen eine weitere Ausweitung der Grenzkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze und ganz besonders permanente Grenzkontrollen deutlich ab. Wir wollen ein Europa ohne Grenzen und eine weitere Stärkung und Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Es ist wirklich gut, dass sich unsere Landesregierung bereits mit der neuen dänischen Regierung austauscht. Ich empfehle Ihnen übrigens auch, sich einmal mit Ihrer Schwesterpartei kurzzuschließen, damit Sie überhaupt wissen, was da so gedacht wird. Es gibt Zusagen, dass die unter der sozialdemokratisch geführten Regierung gemeinsam getroffenen **Vereinbarungen** für die **Kooperation** weiterhin Bestand haben. Das begrüßen wir außerordentlich. Denn nur so können wir unsere gemeinsame Region gemeinsam fitmachen für eine gemeinsame Zukunft. - Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der **Nationalismus** gewinnt in **Europa** an Fahrt. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dem ohne Wenn und Aber zu widersprechen.

Die Politik von Dansk Folkeparti und vielen anderen rechtspopulistischen Parteien in vielen europäischen Staaten ist rassistisch und - die Kollegin

Pauls hat es angesprochen - spielt mit diffusen Ängsten. Die Debatte um die **Grenzkontrollen**, die in Dänemark jetzt wieder aufgekommen ist und auch im Wahlkampf eine Rolle gespielt hat, ist dafür Ausdruck. Der Wahlerfolg von Dansk Folkeparti hat aber auch andere Gründe, nämlich soziale Ursachen. Viele Dänen, gerade Dänen, die auf der anderen Seite der deutsch-dänischen Grenze leben, fühlen sich von der Entwicklung in ihrer Hauptstadt abgehängt und sind in den letzten Jahren Opfer von Sozialabbau geworden. Auch davon hat Dansk Folkeparti profitiert.

Doch unabhängig davon, wie man die dänische Wahl analysieren mag, müssen wir klar Stellung gegen die verschärften Grenzkontrollen beziehen, wie sie in Dänemark gerade diskutiert werden.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Wir Schleswig-Holsteiner profitieren sehr stark von offenen Grenzen zu Dänemark. Mehrere tausend Menschen wohnen in dem einen Land und arbeiten in dem anderen. Wir machen Ausflüge nach Dänemark, wir gehen auf der anderen Seite der Grenze einkaufen, oder wir feuern - die Kieler hören jetzt einmal weg - gemeinsam unsere SG Flensburg Handewitt an.

Durch die Pläne der neuen rechtskonservativen Parlamentsmehrheit im dänischen Folketing, die Grenzkontrollen zu verschärfen, wird das falsche Signal gesendet. Statt mehr Kooperation ist Abschottung die Antwort der neuen dänischen Mehrheit.

Es ist richtig, dass der neue dänische Außenminister, Kristian Jensen, angekündigt hat, Verschärfungen von **Grenzkontrollen** nur **im Rahmen der Schengen-Kooperation** zuzulassen. Permanente Grenzkontrollen, so scheint es, sind vorerst vom Tisch. Allerdings bleiben wir skeptisch. Wir erwarten von der dänischen Regierung - auch wenn dies nicht unser Anspruch daran ist, wie man mit offenen Grenzen umgeht -, dass sie dieses Versprechen in den nächsten Jahren einhalten wird. Die dänischen Rechtspopulisten fordern bereits jetzt, nachdem der dänische Außenminister das angekündigt hat, dass die Bevölkerung über weitere Verschärfungen abstimmen soll. Vorbild dafür ist Großbritannien, das mit der Union andere Zollabkommen hat als die restliche Europäische Union.

Das alles passt ganz gut in die Strategie der neuen rechtskonservativen dänischen Regierungsmehrheit, die sich in der Europapolitik grundsätzlich stärker an David Cameron orientieren will. - Bei mir ist der

**(Rasmus Andresen)**

Zeitmesser ausgegangen. Deswegen rede ich einfach so lange, wie ich reden will.

(Heiterkeit - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Wie diese Debatte über die künftige EU-Politik in Dänemark ausgeht, ist noch nicht entschieden. Es wäre sicherlich nicht das erste Mal, wenn eine nationalistische Politik der dänischen Rechtspopulisten, die zurzeit doch keine Mehrheit im Parlament hat, am Ende doch wieder mehrheitsfähig würde.

Selbst wenn die Ankündigungen des dänischen Außenministers eingehalten werden, reden wir über Verschärfungen, die zumindest wir Grüne nicht wollen. Wir wollen keine **Verschärfungen**, auch wenn sie innerhalb der Schengen-Kooperation möglich sind. Wir wollen keine verschärften Stichprobenkontrollen vom Zoll. Wir wollen auch keine Kennzeichenerfassung per Videoüberwachung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

Einmal wieder sollen **Freiheitseinschränkungen** die Antwort sein. Dazu sagen wir Nein.

Es ist ein Kniefall vor dänischen Rechtspopulisten und deren leider zu oft erfolgreichen antieuropäischen Stimmungsmache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, die Kollegin Pauls hat Sie schon darauf hingewiesen: Es sind leider Ihre dänischen Schwesterparteien, die mit Dansk Folkeparti eine Regierungsmehrheit haben. Ich finde es sehr gut, wie Sie, Frau Damerow, und auch Sie, Herr Klug, sich hier positioniert haben. Ich bitte Sie wirklich, die **Gespräche** mit Ihren **dänischen Kollegen** zu führen. Ein paar, die das in Ihrer Partei tun, haben Sie positiv hervorgehoben. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung. Ich glaube, dass die dänischen Liberalen und Konservativen sicherlich eher auf Sie hören werden als auf grüne Stimmen in dieser Debatte.

Aus unserer Sicht geht es nicht nur um die Frage der Grenzkontrollen, sondern um ganz viele **Kooperationen im deutsch-dänischen Grenzland**. Es geht darum, den gemeinsamen Arbeitsmarkt auszubauen. Es geht darum, unsere Tourismusregion zu stärken, für die das sehr negative Effekte haben wird, wenn das alles so kommt.

Es geht aber auch um die Hochschulkooperation. Der Kollege Klug hat sie angesprochen. In Ergänzung könnte man sagen, dass Dänemark vor einer Universitätsreform steht. Dort könnte eine Zentrali-

sierung im Hochschulsystem bevorstehen. Die alte dänische Regierung hat begonnen. Die neue hat viele Grundlagen übernommen. Es ist noch nicht klar, was das für die deutsch-dänische Zusammenarbeit im Hochschulsektor bedeutet. Auch da wollen wir mehr Europa, wir wollen mehr grenzüberschreitende Projekte und nicht weniger.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Es geht also nicht einfach nur um ein paar mehr Zollbeamte an irgendeinem Grenzhäuschen, sondern es geht darum, ob wir in den nächsten Jahren weiter Gemeinsamkeiten ausbauen wollen. Wir als Koalition, wir als Landtag wollen das ganz bestimmt. Wir hoffen, dass das auch weiterhin eine Mehrheit in Dänemark will.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich bin bei meinem letzten Satz. - Dazu müssen wir uns aber auch im Detail mit allen Aspekten auseinandersetzen. Deshalb der Antrag auf Überweisung an den Europaausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat die Frau Kollegin Angelika Beer das Wort.

Ich sehe gerade, dass offensichtlich die Zeitanzeige am Rednerpult nicht funktioniert. Möglicherweise kann das repariert werden. Wir im Präsidium können die Zeit lesen. Ich werde mich dann sehr deutlich bemerkbar machen. Sie selber haben aber keinen Anhaltspunkt. - Sie haben aber auf jeden Fall erst einmal das Wort.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Ich versuche erst einmal, den **Konsens** herauszuarbeiten. Alles, was Rasmus Andresen eben gesagt hat, was die Grünen nicht wollen, wollen wir auch nicht. Alles, was er gesagt hat, für die Verbesserung der Zusammenarbeit positiv ausgedrückt, wollen wir auch. Auch mit den Antragstellern - in der Zwischenzeit sind es FDP und CDU - gibt es eine Ge-

(Angelika Beer)

meinsamkeit - das ist wichtig -: Auch wir fordern ein **Europa ohne Grenzen**.

(Beifall PIRATEN, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Gerade weil es so ist und weil wir über unseren Nachbarn im Norden reden, muss ich mich mit dem Antrag und der Formulierung auseinandersetzen. Ich kann nur davor warnen, mit falschen Formulierungen, falschen Behauptungen und Polemik das Verhältnis zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark zu gefährden. 2015 ist eben nicht 2011. Die Situation ist unterschiedlich.

Deswegen habe ich mich Folgendes gefragt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Ihr Antrag trägt das Datum 2. Juli 2015. Warum haben Sie nicht längst Stellungnahmen auf „SPIEGEL-ONLINE“ oder von Lars Løkke Rasmussen gelesen, die deutlich vorher veröffentlicht wurden, in denen gesagt wurde, dass es eben nicht um die generelle Einführung von Grenzkontrollen geht, sondern man das Schengener Abkommen berücksichtigen werde?

Herr Kollege Dr. Klug, wir haben in Brüssel darüber gesprochen. Es ist hier gesagt worden. Auch die **Kommission** hat gesagt, dass sie sehr genau verfolge, was jetzt auf dänischer Seite passiert. Sie hat aber auch gesagt, dass es derzeit keine Hinweise darauf gebe, dass Schengen verletzt würde. Deswegen bin ich eher dafür, in einem Antrag korrekt zu formulieren. Es wird nicht besser dadurch, dass die CDU jetzt als Antragsteller mit darauf steht. Sie sagen unter Punkt zwei:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag baut die erneute Ankündigung der dänischen Regierung, permanente Grenzkontrollen ... einzurichten.“

Wir sollten differenzierter sein, um im Dialog mit unseren dänischen Nachbarn deutlich zu machen, warum bestimmte Maßnahmen aus unserer Sicht negativ in der Entwicklung sind, und trotzdem deutlich zu machen, dass wir verdammt froh sind, dass sich die Rechtspopulisten mit vielen ihrer europafeindlichen und ausländerfeindlichen Forderungen eben nicht durchsetzen konnten.

(Beifall PIRATEN)

Wir reden hier zwar über Schleswig-Holstein und Dänemark, aber ich finde, um dann aufrichtig zu sein, muss man sagen: Wir haben gerade den 30. Jahrestag des **Schengener Abkommens**, das **Jubiläum**, besonders gewürdigt, auch hier in Schleswig-Holstein, weil es eine der konsequente-

sten Umsetzungen und zugleich eine der wichtigsten Säulen des europäischen Gedankens ist.

Wir sind überzeugt, dass es gerade angesichts der Flüchtlingswanderungen die Humanität gebietet, den Europäischen Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts nicht nur zu bewahren, sondern zu verteidigen. Dies gilt nicht nur für unsere Nachbarn im Norden, sondern für ganz Europa. Deswegen habe ich mich über die Rede von Astrid Damerow hier heute gefreut. Es ist für mich dann trotzdem ein Widerspruch zur Positionierung der CDU- und CSU-Kollegen aus dem Bundestag, die das 30-jährigen Jubiläum des Abschlusses des Schengen-Abkommens zum Anlass genommen haben, eine generelle Verschärfung von Schengen zu fordern und anzuregen. Das steht diametral dem entgegen, was wir hier gerade von der CDU auf Landesebene gehört haben.

Wir machen uns Sorgen über die **Renationalisierung Europas**. Wir wissen, dass es jetzt wieder eine rechtsextreme Fraktion im Europaparlament gibt, die sich äußerst aggressiv gegen Minderheiten, gegen Kollegen, gegen jeden Gedanken der Gemeinschaftlichkeit in Europa positioniert. Deswegen möchte ich auch an dieser Stelle noch einmal an unsere dänischen Kollegen die Bitte richten: Überlegen Sie gut und nachhaltig, ob Sie nicht zum Beispiel mit der angekündigten Kürzung der Unterstützung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber das falsche Zeichen setzen. Denn das, was die Rechtsextremisten besonders gut verstehen und was sie auch schon versuchen, ist eine Verzahnung, eine Kooperation zwischen ausländerfeindlichen Bestrebungen in Dänemark und hier bei uns in Schleswig-Holstein. Das müssen wir versuchen zu verhindern. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! An dieser Stelle sind wir uns alle hier im Haus - glaube ich - einig. Eine permanente, technologisch hochgerüstete **Zollkontrolle an den Grenzübergängen** zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark ist keine gute Idee. Sie widerspricht nicht nur dem europäischen Grundgedanken der offenen Grenzen, sondern es würde

(Jette Waldinger-Thiering)

auch den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt, die Wirtschaft, den Tourismus sowie das kulturelle Zusammenleben der deutsch-dänischen Grenzregion in Mitleidenschaft ziehen.

Das größte Problem wäre dann jedoch nicht unbedingt vor unserer eigenen Haustür zu finden, sondern vielmehr wäre es eine Konstellation, durch die **andere Mitgliedstaaten** längst zum **Nachahmen** animiert wurden. Wir müssen uns vor Augen führen, dass es in dieser Frage nicht nur um unsere Lebensqualität geht, sondern um die in der gesamten Europäischen Union. Was wir als SSW klar ablehnen, ist eine allumfassende Vorratsdatenspeicherung, wie etwa durch das Scannen von Kraftfahrzeugkennzeichen,

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

beispielsweise bei der Fahrt über die Grenze. Dadurch könnten Bewegungsprofile erstellt und weitergegeben werden. Solche oder ähnliche Bestrebungen sorgen bei uns aber vor allem für eins: nämlich für Bauchschmerzen. Entscheidend für uns als SSW ist dabei nicht die Technik, sondern wie sie genutzt wird.

Im Allgemeinen lässt sich derzeit feststellen, dass das Bestreben, die Grenzen wieder hochziehen zu wollen, auch anderswo vorhanden ist, darunter auch bei uns in Deutschland, was diese Thematik nicht unbedingt einfacher macht. Eben einmal so mit dem Finger auf jemanden zu zeigen, ist daher vielleicht zu kurz gedacht. Was wir jedoch in diesem Fall auch zur Kenntnis nehmen müssen, ist, dass die **Regierung in Kopenhagen** klare **Aussagen** getroffen hat und sich allemal an das Schengener Abkommen halten wird.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Diese Zusage wurde von Venstre gegeben. Natürlich liegt es in der jeweiligen Souveränität eines Staates, über mögliche Details im Zusammenhang mit seinen Außengrenzen zu entscheiden. Wir können auch feststellen, dass sich die Polizeidienststelle in Padborg etabliert hat und tadellos agiert. Tagtäglich arbeiten dort deutsche und dänische Polizisten in gemischten Teams zusammen. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt, und an dieser wollen wir als SSW auch in Zukunft gern festhalten.

(Beifall SSW)

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass eine außerordentlich breite Mehrheit in Dänemark den Wunsch hat, die **Kriminalitätsbekämpfung an der Grenze** effektiver zu gestalten. Wir können nur

darauf hinweisen, dass die Ziele der dänischen Politik auch auf anderen Wegen zu erreichen sind, etwa durch eine Verstärkung der bestehenden Instrumente. Wie ich es bereits gesagt habe, wird der Grenzraum in der Tat durch mobile Kontrollen von Polizei- und Zollbehörden überwacht. Eine Verstärkung dieses Einsatzes könnte die Grenzkontrollen - zumindest rein sachlich betrachtet - obsolet machen. Man muss kein Insider sein, um zu erkennen, dass die Alternativen zu den Wiedereinführungen der Grenzkontrollen in Dänemark zu wenig, wenn nicht sogar gar nicht diskutiert wurden. An dieser Stelle können und sollten wir als Parlament mit der neuen Regierung in Kopenhagen ins Gespräch kommen. Dies sollten wir tun, ehe man in Dänemark über den kommenden Haushalt beraten wird, denn erst dann wird absehbar sein, welchen Weg Dänemarks Regierung für das kommende Jahr tatsächlich einschlagen wird.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Landesregierung erteile ich der ehemaligen Abgeordnetenkollegin und heutigen Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Frau Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, vielen Dank! - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zu Recht ist in Redebeiträgen darauf hingewiesen worden, dass Europa heute eine schwere Zeit durchmacht. Der Ukraine-Konflikt als ungelöster Dauerbrenner, Griechenland in einer existenziellen Krise, die deutlich über die Währungsfragen hinausreicht, und nicht enden wollende Flüchtlingsströme auf der Flucht vor Hunger, Armut und IS - alles dies gehört leider zum heutigen Europa dazu.

Auch vor diesem Hintergrund ist das Ergebnis der dänischen Parlamentswahlen am 18. Juni 2015 auch in den deutschen Medien ausführlich diskutiert worden. Die Schlagzeilen lauteten: „Rechtsruck in Dänemark“ und „Wiedereinführung von Grenzkontrollen“. Da wurden dann auch Erinnerungen an 2011 wieder wach. Mahnende Worte wurden laut. Ich denke, das ist auch gut so, denn es zeigt uns in Schleswig-Holstein: Es ist keineswegs egal, wie es unserem Nachbarn Dänemark geht, und schon gar nicht gleichgültig ist uns das Fortbestehen der en-

**(Ministerin Anke Spoorendonk)**

gen partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark.

Um es gleich vorwegzunehmen: Ich spreche hier nicht als Dänemark-Versteherin, sondern als Ministerin mit der Verantwortung auch für eine gute und **partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Dänemark**. Gerade deshalb sage ich: Es ist dem neuen dänischen Staatsminister Lars Løkke Rasmussen hoch anzurechnen, dass er trotz seiner schmalen Basis im neuen Folketing der Forderung nach schärferen und vor allem permanenten Grenzkontrollen widerstanden hat.

(Beifall SSW, PIRATEN, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beifall Simone Lange [SPD] und Birte Pauls [SPD])

Ein bisschen Wikipedia müsste ich dann doch noch hinzufügen: Die **dänische Regierung** ist - wie immer, hätte ich fast gesagt - eine **Minderheitsregierung**, eine sehr schmale Minderheitsregierung mit 34 Mandaten hinter sich. Lars Løkke Rasmussen muss, um Gesetzinitiativen und Initiativen insgesamt überhaupt umsetzen zu können, 90 Stimmen hinter sich vereinen. Er muss sich also immer 56 Stimmen aus dem Parlament holen. Es gibt nicht nur Blockpolitik nördlich der Grenze, die gab es in der Zeit der letzten bürgerlichen Regierung. Es gibt viel eher wechselnde Mehrheiten.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das füge ich hinzu, weil dadurch noch einmal deutlich wird, warum das, was Lars Løkke Rasmussen jetzt gesagt hat, nicht unbedingt wieder infrage zu stellen ist. Er hat gesagt, dass es keine permanenten Grenzkontrollen mit seiner Regierung geben wird. Stattdessen hat er den Kurs ausgegeben, dass sich die Maßnahmen für bessere Bekämpfung von grenzüberschreitendem Menschenmuggel, organisierter Diebstahlskriminalität und Drogenschmuggel im Rahmen der Regeln des geltenden **Schengen-Abkommens** bewegen sollen. Dazu sollen keine permanenten stationären Grenzkontrollen, sondern Stichprobenkontrollen vor allem des Zolls, Kennzeichenerfassung per Videokameras und eine verstärkte Polizeipräsenz im grenznahen Raum zählen. Das muss man nicht für gut halten,

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

aber das ist die Richtung. Das ist kein Grund für politisches Hyperventilieren, zumal diese Maßnahmen eng mit Brüssel und den Nachbarstaaten Dänemarks abgestimmt werden sollen. Ich könnte in Klammern hinzufügen, dass auch die Vorgängerregierung solche Maßnahmen im Blick hatte, dass

grundsätzlich schon im März 2015 beschlossen wurde, wie diese Kontrollen aussehen sollten.

Dass die Venstre-Regierung dies ernst meint, unterstreicht der Besuch des neuen dänischen Außenministers in Berlin bereits einen Tag nach Amtsantritt, um Bundesminister Steinmeier über diese Maßnahmen zu unterrichten, ebenso die Tatsache, dass der Staatsminister zeitgleich in Kopenhagen die dänische Presse unterrichtet hat.

Es ist gut, dass viele Stimmen aus Schleswig-Holstein deutlich gemacht haben, dass die Grenze nicht nur eine dänische, sondern auch eine deutsche Grenze in Europa ist, dass es Schleswig-Holstein nicht unberührt lassen könnte, wenn einseitig ein Wiederaufbau längst vergessen geglaubter sicht- und spürbarer **Grenzbarrieren** verfolgt würde, und dass Schlagbäume innerhalb Europas bei Weitem nicht die einzig mögliche Form sind, um grenzüberschreitende Kriminalität wirksam zu bekämpfen, wohl aber die Gefahr bergen, über Jahrzehnte mühsam errungene **Freizügigkeitsrechte innerhalb Europas** zu beschneiden oder gleich ganz zurückzudrehen. Das aber wäre wirklich das Letzte, was die deutsch-dänische Grenzregion, die Fehmarnbelt-Region oder die deutsch-dänische Zusammenarbeit insgesamt gebrauchen könnten. Ich freue mich über die einhellige Meinung dieses Parlaments.

Umso wichtiger ist der Appell an die dänischen Parteien, der Vernunft den Vorrang zu geben. Ebenso wichtig ist, dass wir selbst in dieser Frage der dänischen Minderheitsregierung den Rücken stärken, aber auch einfordern, dass der Kurs innerhalb der Regeln des geltenden Schengen-Abkommens tatsächlich eingelöst wird.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und PIRATEN)

In Fragen wie diesen sollten wir nicht schulmeisterlich auftreten, aber wir sollten als guter Nachbar sagen, welches Dänemark wir in Europa brauchen: das liberale und weltoffene Dänemark, das selbstbewusst seine - eben diese - Stärken einbringt. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Angelika Beer [PIRATEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/3172 (neu) dem Europaausschuss zu überwei-

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

sen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die PGF haben mir gerade mitgeteilt, dass über den heute Morgen bekannt gegebenen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/3219, noch abgestimmt werden muss. Mir ist gerade nicht klar, warum heute Morgen nicht über die Dringlichkeit abgestimmt wurde. Jetzt soll die Dringlichkeit begründet werden.

Ich rufe also noch einmal auf:

**Unabhängige Patientenberatung sicherstellen**

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/3219

Mit Ihrem Einverständnis wird jetzt die Kollegin Dr. Marret Bohn von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Dringlichkeit begründen. Wir schieben dies in die laufende Tagesordnung ein. - Ist das so abgesprochen und für alle in Ordnung?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Nicht abgesprochen, aber in Ordnung!)

- Das ist das Signal, das ich bekommen habe. - Ich sehe, dass Sie alle einverstanden sind, begrüße das und danke Ihnen für die Kooperation. - Jetzt hat Frau Dr. Bohn zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, dass wir das kurzfristig klären können, weil wir heute Morgen noch nicht über die Dringlichkeit abgestimmt haben. Es geht um die **unabhängige Patientenberatung**. Der Dringlichkeitsantrag liegt Ihnen vor. Wir sind ja auch schon auf die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer und die Fachsprecherinnen und -sprecher zugegangen.

Am 13. Juli 2015 ist in Medienberichten angekündigt worden, dass die Vergabe der unabhängigen Patientenberatung an ein Callcenter, einen Dienstleister erfolgen soll, der den Krankenkassen nahesteht. Wir sehen da einen erheblichen Interessenkonflikt.

Am 14. Juli 2015 ist eine Information der Verbraucherzentrale an die Fachsprecherinnen und -sprecher gegangen. Heute ist der 15. Juli 2015. Der Antrag liegt Ihnen vor. Es gibt eine Ergänzung. Vielen Dank. Der Kollege Breyer hat darauf hingewiesen, dass vor den Wörtern „Änderung des Sozialgesetzbuches“ der Buchstabe „V“ fehlt. Herr Kubicki guckt schon. Ich glaube, die Juristinnen und Juristen sagen immer Fünftes Buch Sozialgesetzbuch. Damit das ganz korrekt ist, ergänzen Sie bitte alle den Buchstaben „V“.

Wir möchten gern mit Ihnen darüber diskutieren, weil hier eine **Festlegung** für die **Patientenberatung** für die nächsten sieben Jahre erfolgen soll. Der Interessenkonflikt ist keine Kleinigkeit. Wir bitten um Zustimmung zur Dringlichkeit. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Gibt es eine Gegenrede zum Beitrag der Abgeordneten? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir jetzt darüber ab, ob der Dringlichkeitsantrag Drucksache 18/3219 in die Tagesordnung eingereiht werden soll. Ich weise darauf hin, dass wir dafür eine Zweidrittelmehrheit benötigen. Wer stimmt der Dringlichkeit zu? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Dringlichkeit einstimmig bejaht. Ich bitte die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, dem Präsidium rechtzeitig mitzuteilen, an welcher Stelle dieser Antrag aufgerufen werden soll.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Freitag!)

- Das ist ein Vorschlag, den Sie gern miteinander besprechen können.

Bevor wir zu Tagesordnungspunkt 4 kommen, möchte ich gern mit Ihnen gemeinsam Besucherinnen und Besucher der Seniorenunion aus Lübeck auf der Tribüne herzlich willkommen heißen. - Willkommen im Landeshaus in Kiel!

(Beifall)

Jetzt rufe ich Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung einer Kammer für die Heilberufe in der Pflege**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/2569

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
Drucksache 18/3181

Ich erteile dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Peter Eichstädt, das Wort.

**Peter Eichstädt [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Der Sozialausschuss hat den ihm durch Plenarbeschluss vom 21. Januar 2015 überwiesenen Gesetzentwurf in vier Sitzungen - darunter eine mündliche Anhörung -, zuletzt am 2. Juli 2015, beraten. Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN, den Gesetzentwurf in der Fassung der rechten Spalte der Gegenüberstellung in Drucksache 18/3181 anzunehmen. Änderungen gegenüber der Ursprungsvorlage sind durch Fettdruck kenntlich gemacht.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile der Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann von der CDU-Fraktion das Wort.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete und zum Teil liebe Gäste oben auf der Tribüne, die nichts sehnlicher erwarten als die Abstimmung heute! Ich muss ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Ich fange einfach einmal an.

Die letzte mündliche **Anhörung** zum Gesetz zur Errichtung einer Pflegekammer fand nach dem Motto: „Augen zu und durch“ statt, aber mit der Erkenntnis, dass selbst **Befürworter** der künftigen Kammer - hier sei beispielhaft der Landespflegerat genannt - den Gesetzentwurf in Teilen als problematisch ansahen. Er sieht beim Verhältnis der Fachkräfte zu den Hilfskräften durch die Pflegekammer Probleme. Fachkräfte müssen Mitglied sein, Hilfskräfte können Mitglied sein. Beide sind bei der Kammerwahl wahlberechtigt, die Wählbarkeit besitzen jedoch nur die Fachkräfte. Also gibt es **Mitglieder erster und zweiter Klasse** in dieser neuen Kammer.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Unerhört!)

Ein weiterer Kritikpunkt der Befürworter sind die unklare Kostenlage für die Gründung, ungewisse

teure Computersoftware und eine unkalkulierbare finanzielle Absicherung der Gründungs- und Werbungskosten. Die Pflegekammer wird mit einem großen Schuldenberg an den Start gehen, denn das Land will und sollte sich nicht an den entstehenden **Errichtungskosten** für diese Kammer beteiligen.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Die **Gesamtkosten** der Einrichtungsphase, die an die 30 Monate dauert, werden auf knapp 730.000 € geschätzt. Die Kosten sind mit Fremdkapital vorzufinanzieren und aus den späteren Beitragszahlungen der Mitglieder zu decken, sie gehen also auf Kosten der Pflegenden. Die **Kritiker der Kammer** wurden im Laufe des Verfahrens nicht weniger, wie man es meinen sollte. Nein, es wurden im Gegenteil immer mehr. Die Gewerkschaften ver.di und komba und auch der Deutsche Gewerkschaftsbund halten überhaupt nichts von dieser Zwangskammer. Das gilt auch für den SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg von Frau Pauls.

Ich erlaube mir, aus einer Stellungnahme von ver.di Nord zu zitieren:

„Die von der Landesregierung Schleswig-Holstein geplante Pflegeberufekammer verfehlt ihre Wirkung in jedweder Ausrichtung und hilft nicht den Beschäftigten in den Pflegeberufen.“

(Beifall CDU und FDP)

„Die geplante Kammer schafft keine besseren Rahmenbedingungen. Für die langfristige Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege stehen der Pflegekammer keine wirksamen Instrumente zur Verfügung.“

Das sagt ver.di Nord, meine Damen und Herren. Unbestritten ist auch die direkte und unmittelbare Konkurrenz der Zwangsmitgliedschaft zur freiwilligen Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Zudem sieht ver.di die geplante Regelung, die Solidarität und die Kooperation innerhalb der Pflegeberufe auch mit den anderen Gesundheitsfachberufen als gefährdet an.

Ein weiterer großer Kritiker ist die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände. Mitglieder sind die AWO, die Caritas, der Paritätische Wohlfahrtsverband, das DRK, die Diakonie und auch die jüdische Gemeinde. Die Vertreterin der LAG beklagte während der Anhörung im Ausschuss, dass auch **kirchliche Belange** keine Berücksichtigung fänden und dass die Qualitätsentwicklung und die berufliche Fortbildung ohne eine



(Katja Rathje-Hoffmann)

Einbeziehung der Arbeitgeber wenig sinnvoll seien. Besonders erwähnen möchte ich die fast 800 Schreiben, die seit 2013 beim Landtagspräsidenten eingegangen sind. Sie alle haben den Inhalt:

„Ich möchte mich ausdrücklich von der möglichen Einrichtung einer Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft distanzieren. Dies geschieht gegen meinen ausdrücklichen Willen und gegen meine beruflichen und persönlichen Interessen.“

Das sind fast 800 Schreiben, die von den regierungstragenden Fraktionen nicht beachtet werden; ebenso wenig wie die Einwände der übrigen Kritiker und Gegner, von den zahlreichen Demonstrationen vor dem Landeshaus vor knapp zwei Monaten einmal ganz abgesehen. Unbestritten ist, dass die **Qualität der Pflege** und der Ausbildung gesichert werden muss, dass die Anforderungen steigen und dass die körperlichen Arbeitsbelastungen nicht dazu führen dürfen, dass immer mehr Pflegekräfte vorzeitig aus ihrem Beruf aussteigen wollen. Fakt ist: Die Pflege braucht eine gute Anerkennung und vor allem eine hohe Wertschätzung und eine gute Bezahlung.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN  
- Birte Pauls [SPD]: Ganz genau!)

Aber hierauf hat die Pflegekammer keinen Einfluss. Eine wesentliche Aufgabe der Kammer wird die intensive Beschäftigung mit sich selbst

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das können die! -  
Beate Raudies [SPD]: Gilt das für alle Kammern?)

und mit dem intensiven Aufbau von zusätzlicher und unnötiger Bürokratie für alle Beteiligten sein. Zu Risiken und Nebenwirkungen befragen Sie am besten die Koalition. Wir bleiben deshalb dabei: Wir lehnen die Pflegekammer ab, weil sie sich als wirkungsloser Placebo entpuppen wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Birte Pauls das Wort.

**Birte Pauls [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute ist ein historischer Tag für die Pflege in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schon 1903 kam die erste Forderung nach einer Selbstverwaltung der Pflege.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ich glaube, Sie hatten genügend Zeit, sich um Pflege zu kümmern.

In den letzten 30 Jahren wurde die **Forderung der beruflichen Pflege** immer intensiver, und nach sechs Jahren politischer Diskussion hier im Landtag und nach zustimmender Umfrage im Landtag bringen wir heute nach Rheinland-Pfalz die zweite Pflegekammer in Deutschland auf den Weg. Aber ich prophezeie Ihnen: Es wird nicht die letzte sein. In Niedersachsen befindet sich der Gesetzentwurf in der Anhörung, in Bayern und in Berlin gab es ebenfalls zustimmende Umfragen, die laut CDU-Gesundheitssenator verpflichtend ist. In NRW und in Brandenburg beschäftigt man sich ebenfalls damit. Es gibt Fördervereine, Unterschriften werden gesammelt, und in den sozialen Netzwerken finden sich entsprechende Foren, wie zum Beispiel von ver.di-Mitgliedern pro Pflegekammer.

Nur eine Kammer, in der alle Berufsangehörigen vertreten sind, schafft die notwendige Verbindlichkeit und die demokratische Legitimation, für die Pflegeberufe zu sprechen. Das ergab unter anderem die sehr positive **schriftliche Anhörung**.

Wir brauchen eine Selbstverwaltung durch die Experten aus den eigenen Reihen; denn wer, wenn nicht die Pflegenden selbst, weiß am besten, was gute Pflege wirklich ist und vor allem wie sie organisiert wird - ganz auf Augenhöhe mit den anderen Heilberufen, bei denen es selbstverständlich ist, dass sie ihre Geschicke selbst regeln? Das hat niemand, auch nicht aus Ihren Reihen, jemals irgendwie infrage gestellt. Zukünftig werden also nicht länger alle nur über die Pflege reden, sondern endlich mit der Pflege sprechen müssen, und das ist gut so.

Mit diesem Gesetz haben wir ausschließlich die Qualitätssicherung und die **Wahrung der Interessen der beruflichen Pflege** im Fokus gehabt. Dass genau das aber einigen nicht passt, ist uns bewusst gewesen. Das ist uns klar, aber die Pflegenden mussten in der Vergangenheit schon viel zu lange und viel zu oft auf die Drittinteressen anderer Rücksicht nehmen. Der heutige Beschluss ist deshalb ein Meilenstein zur Stärkung der Pflegeberufe, und genau das wollen wir. Wir machen endlich Schluss mit der ewigen Fremdbestimmung der Pflege.

(Birte Pauls)

ge und organisieren die Selbstverwaltung. Dabei sind wir übrigens in bester Gesellschaft mit vielen anderen Nationalstaaten, die uns zeigen, dass es im Dreiklang mit starken Gewerkschaften, Berufsverbänden und der Selbstverwaltung eine bessere Stellung in der Gesellschaft geben kann und dass somit auch die Rahmenbedingungen verbessert werden können.

Ich hätte mir wirklich sehr gewünscht, dass die Oppositionsparteien an dieser Stelle einmal nicht reflexartig mit Nein stimmen, sondern dass wir uns wie in Rheinland-Pfalz gemeinsam um die Pflege geschart hätten. Das ist sehr schade. Nun machen wir das allein, aber wir machen es.

(Beifall SPD und SSW)

Bedanken möchte ich mich gern bei all denjenigen, die sich zum Teil sehr kritisch, aber immer konstruktiv an den Debatten beteiligt und in den letzten Monaten unter anderem auch in den vorbereitenden Arbeitskreis eingebracht haben. - Herzlichen Dank dafür.

Eines habe ich im Laufe der vielen Diskussionsrunden quer durchs Land festgestellt: Je besser der **Informationsstand** ist, desto höher ist auch die Zustimmung zur Kammer. Mit den mit purer Absicht und aus Eigennützigkeit durch Kammergegner gestreuten Vorurteilen und Falschinformationen oder aber auch durch zurückgehaltene Informationen hat man die Pflegenden verunsichert. Ich finde, das hat die Pflege nicht verdient. Aber damit ist jetzt Schluss, denn der jetzt zu gründende Errichtungsausschuss hat die Pflegenden zukünftig zu informieren. Ein Blick auf die Homepage der Pflegekammer Rheinland-Pfalz zeigt, wie hervorragend und respektvoll und auf Augenhöhe das gehen kann.

Dieses Pflegeberufekammergesetz wird die Pflege und ihre Qualität in Schleswig-Holstein nachhaltig sichern. Erstmals bekommen die Pflegenden nämlich einen eigenen Ansprechpartner, der nur ihre Interessen vertritt und nur sie berät und organisiert, auch in Sachen Fort- und Weiterbildung. Daten zur Entwicklung des Berufsstands werden gesammelt, und auf alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche, die die Pflege betreffen, kann eingewirkt werden. Das Ganze geschieht immer demokratisch legitimiert, weil alle in Schleswig-Holstein tätigen Berufsangehörigen durch die Kammer vertreten werden. Wir haben für die wichtige Gruppe der Assistenzberufe eine freiwillige Mitgliedschaft ermöglicht. Wir führen die berufliche Pflege, die größte Gruppe im Gesundheitssystem, zusammen und ver-

leihen ihr somit endlich eine gemeinsame starke Stimme. Nur die Mitglieder allein entscheiden, wie hoch der viel diskutierte steuerlich absetzbare **Kammerbeitrag** sein wird, der sich selbstverständlich nach dem Einkommen richtet und nicht nach Ihren komischen Pressemitteilungen.

Jetzt ist Schluss mit Sonntagsreden und Fremdbestimmung. Jetzt geht es endlich los, und ich freue mich sehr, dass ich daran mitwirken durfte. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir uns in zehn Jahren fragen werden, warum wir genau das nicht früher gemacht haben. Wenn ich mir mein Horoskop von heute ansehe, dann gibt mir das recht. Da steht nämlich: Die Ereignisse dieses Tages haben langfristig gesehen positive Folgen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herzlichen Dank. Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein guter Tag für Schleswig-Holstein, und es ist ein ganz besonders guter Tag für die Pflege.

(Beifall SPD und vereinzelt SSW - Widerspruch CDU)

Die Pflegekammer Schleswig-Holstein kommt, und wir alle werden gleich grünes Licht für die Pflegekammer geben. Volle Kraft voraus für mehr Selbstbestimmung und eine eigene Stimme für die Pflege.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Küstenkoalition ergreift diese Chance für die Pflege. Das ist wichtig in einer älter werdenden Gesellschaft. Die fehlenden Alternativvorschläge der Opposition möchte ich heute nicht mehr kommentieren, das haben wir in den letzten Monaten ausführlich getan. Das würde der guten Stimmung Abbruch tun.

(Zuruf FDP)

Ich freue mich sehr über die Pflegekammer. Der Weg dorthin war lang. Wir haben gründlich am Fundament gearbeitet und viele Fachgespräche und Diskussionen geführt.

Es gab eine **Pflegekammerkonferenz**, und jetzt kann der Aufbau der Pflegekammer endlich losge-

**(Dr. Marret Bohn)**

hen. Es ist ein besonderer Moment insbesondere für diejenigen, die sich schon seit Jahrzehnten ihre eigene Pflegekammer wünschen. Zukünftig wird nicht mehr über ihren Kopf hinweg entschieden.

Die Pflege wird sich selbst vertreten und ihre Angelegenheiten selbst regeln. Sie wird eine laute - das wünsche ich mir - und deutliche Stimme in politischen Prozessen haben. Sie wird bei wichtigen Entscheidungen und Gesetzen selbst gefragt werden müssen. Für uns Grüne steht fest: Das ist auch dringend erforderlich.

Sehen wir uns einmal die **aktuellen Zahlen** an, liebe Kolleginnen und Kollegen: 90.000 Pflegebedürftige sind es jetzt in Schleswig-Holstein. 100.000 Pflegebedürftige werden es in fünf Jahren sein. Überlegen Sie einmal, wie lange eine Ausbildung zur Pflegefachkraft dauert. Dann wissen Sie, wie dramatisch diese Zahlen sind. 116.000 Pflegebedürftige werden es in 15 Jahren sein. Parallel dazu gibt es immer weniger junge Menschen, die überhaupt für einen Pflegeberuf infrage kommen. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass zukünftig die Pflege auf Augenhöhe mit Ärztinnen und Ärzten und Therapeutinnen und Therapeuten in politische Entscheidungsprozesse eingebunden wird.

Wenn es um Fragen zur Berufsordnung, zur Weiterbildung und vor allem zur **Sicherung der Qualität in der Pflege** geht, wird die Pflege zukünftig selbst mitberaten und mitentscheiden. Das ist gut für die Pflege, und das ist auch gut für die Pflegebedürftigen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Schleswig-Holstein richtet als eines der ersten Bundesländer eine Pflegekammer ein. Heute geht Schleswig-Holstein voran. Ich muss allerdings sagen: Rheinland-Pfalz war noch ein ganz kleines bisschen schneller als wir; das ist schade. Aber ich bin ganz optimistisch, dass auch andere Bundesländer folgen werden.

Es wurde diskutiert und es wurde gestritten, auch hier im Landtag. Gerade gab es ja eben noch einmal einen zaghaften Versuch. Die Argumente sind ausgetauscht. Verbände, Gewerkschaften, Wissenschaft und Expertinnen und Experten haben ihre Stellungnahmen abgegeben. Wir haben das, was wir im Sozialausschuss diskutiert haben, in unseren Änderungsantrag aufgenommen. Ich wünsche mir sehr, dass Sie vielleicht doch noch zustimmen, weil ich denke, dass wir uns alle gemeinsam für die Pflege einsetzen wollen. Der heutige Vorschlag, der

Ihnen auf dem Tisch liegt, ist überfällig, er ist richtig, und er ist zukunftsweisend.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen ehrenamtlich engagierten Pflegekräften, insbesondere beim Landespflegerat, ganz herzlich für das jahrelange Engagement bedanken. Die Pflegekammer ist seit Jahren unser gemeinsames Ziel. Der heutige Erfolg ist auch Ihr Erfolg. Mein Dank gilt auch meiner Sprecherkollegin Birte Pauls, meinem Kollegen Flemming Meyer sowie unserer Sozialministerin Kristin Alheit.

Die Pflegekammer ist kein Allheilmittel - da gebe ich Ihnen recht, liebe Kollegin Katja Rathje-Hoffmann -, aber sie ist eine riesengroße Chance. Lassen Sie uns jetzt, hier und heute diese große Chance ergreifen! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Nun hat für die Fraktion der FDP die Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem Zitat aus der Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände beginnen. Diese Stellungnahme steht stellvertretend für viele andere. Dort heißt es:

„Unser gemeinsames Ziel ist es, in Schleswig-Holstein heute und in Zukunft eine Pflege auf qualitativ hohem Niveau für alle Pflegebedürftigen anbieten zu können. ...

Wir haben den Gesetzentwurf anhand dieser Überlegungen geprüft und sind zu dem Schluss gekommen, dass er

- der Gesetzentwurf -

ganz entgegen der Intention des Gesetzgebers - die Gefahr birgt, die Situation der Pflegenden - und damit der Pflege insgesamt - zu belasten. Das erfüllt uns mit Sorge.“

So viel zu dem Thema Zustimmung in der Fläche.

(Beifall FDP und CDU)

Ich glaube den Kolleginnen und Kollegen der Koalition sogar, dass sie eigentlich etwas Positives für

(Anita Klahn)

die Pflege tun wollen. Nur ist es wie so häufig: Gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht.

Wir Freien Demokraten haben in den letzten Monaten immer wieder darauf hingewiesen, dass das jetzt vorliegende Pflegekammergesetz in keiner Weise die **Erwartungen der in der Pflege Beschäftigten** erfüllt, dass keines der Probleme gelöst, sondern stattdessen weitere Probleme geschaffen werden. Gleiches hat die Regierungskoalition schwarz auf weiß in der umfangreichen schriftlichen Anhörung von mehr als 70 Fachverbänden und -personen dokumentiert bekommen. Selbst in der mündlichen Anhörung waren die Experten klar in ihrer ablehnenden Haltung.

795 bei der Landtagsverwaltung eingegangene Schreiben von Einzelpersonen aus der Pflege, umfangreiche Unterschriftenlisten aus Pflegeeinrichtungen und Kliniken, die sich alle ausdrücklich von einer Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft distanzieren, sprechen eine deutliche Sprache und lassen die angeführte **repräsentative Umfrage** zur Farce werden.

Zieht die Regierungskoalition nun Schlussfolgerungen aus den vielen negativen Rückmeldungen? Nein, ihr vielzitiertes Dialog ist wieder einmal nur Rhetorik. Offensichtlich interessiert es Sie überhaupt nicht, welche Sorgen die Pflegekräfte zu den für sie persönlichen Auswirkungen des Gesetzentwurfs haben, wie zum Beispiel die Zwangsmitgliedschaft und die Aberkennung des Pflegeexamens bei Nichtzahlung des Beitrags, dessen Höhe im Übrigen auch noch völlig unklar ist.

Die Pflegefachkräfte zweifeln zu Recht, dass sich durch die Pflegekammer irgendetwas an den Rahmenbedingungen ihrer täglichen Arbeitsbelastung positiv verändert. Es wird nicht mehr Fachkräfte allein durch die Errichtung einer Kammer geben, und für die Ausbildung ist die Pflegekammer auch nicht zuständig. Für die wichtigen Fragen der **Arbeitsbedingungen und Entlohnung** sind weiterhin die Tarifpartner, also die Gewerkschaften und Arbeitgeber zuständig. Und ich betone an dieser Stelle, dass wir die Tarifautonomie in keiner Weise eingeschränkt wissen wollen.

(Beifall FDP und CDU)

Auch Sie, Frau Ministerin Alheit, frage ich, ob Sie sich überhaupt ernsthaft für die Probleme der Menschen in der Pflege interessieren, wie Sie in Ihren Grußworten immer gern betonen.

Die Errichtung der Pflegekammer ist mit 730.000 € und jährliche **Folgekosten** sind mit bis zu 4 Millio-

nen € veranschlagt. In den Stellungnahmen sind sogar Beträge von bis zu 8 Millionen € kalkuliert. Das Ganze ist also auf Schulden aufgebaut, die durch die späteren Beitragszahler refinanziert werden sollen, also durch die Pflegekräfte.

Ich will aber auch nicht unterschlagen, dass es einige wenige kleinere Berufsverbände gibt, die sich für Kammer ausgesprochen haben, was allerdings paradox ist; denn erstens hätten diese Verbände eine **starke Lobby** für die Pflege werden können, und zweitens werden diese jetzt überflüssig, sobald es diese Kammer gibt. Warum also sind gerade diese Verbände die glühendsten Verfechter einer Kammer?

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Die Antwort ist ganz einfach, Herr Kollege Baasch. Rheinland-Pfalz macht es vor. Dort sind Funktionäre gerade dieser Verbände auf gut dotierte Positionen in der Pflegekammer gehoben worden. Von daher, Frau Pauls, glaube ich Ihrem Horoskop heute. Wir werden also sehr genau darauf achten, wie in Schleswig-Holstein die Führungspositionen bei der Pflegekammer besetzt werden.

(Unruhe SPD)

- Meine Damen und Herren, Ihre Empörung zeigt, dass wir treffen.

Damit die Pflegekräfte genau dokumentiert bekommen, wer die Verantwortung trägt, beantragt meine Fraktion für die Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf namentliche Abstimmung.

Die Kolleginnen und Kollegen des SSW erinnere ich gern noch einmal daran, dass sie sich immer gegen das Kammerwesen ausgesprochen haben, jetzt aber sogar eine Kammer für abhängig Beschäftigte einführen wollen.

Ich appelliere an dieser Stelle noch einmal an alle Abgeordneten: Stoppen Sie diesen unsäglichen Gesetzentwurf, und bleiben Sie bei den Worten der Kollegin Dr. Bohn: nichts über den Kopf der Pflegefachkräfte hinweg. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Nun hat für die Fraktion der PIRATEN der Kollege Wolfgang Dudda das Wort.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anders als die Frau Kollegin Bohn und die Frau

(Wolfgang Dudda)

Kollegin Pauls sehe ich die Dinge heute. Heute ist nämlich kein guter Tag, außer für die Familie Hansen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Sie sollten mitbekommen haben, dass in den sozialen Medien seit 14 Tagen das Thema Pflegestreik das beherrschende Thema ist - bei Facebook und bei Twitter. Geben Sie einmal den Hashtag ein. Dann finden Sie Tausende von Stellungnahmen, und Sie finden darunter nicht eine, die die Pflegekammer als Rettungsring für die eigenen Probleme sieht. Ganz im Gegenteil: Man sucht ganz andere Lösungsmöglichkeiten für die **Steigerung der Attraktivität**.

Bei Twitter habe ich diesen tollen Satz gefunden, der eigentlich den Punkt genau bezeichnet und der aussagt, wie es um die Pflege bestellt ist. Ich darf das zitieren:

„Deutschland ist, wenn in einem kleinen Supermarkt an der Fleischtheke mehr Personal steht als pro Schicht Pflegekräfte auf einer Intensivstation.“

Das ist die Situation, die wir haben. Das wissen wir alle.

Auch wir wollen der Pflege helfen und wissen, dass der Pflegeberuf attraktiver gemacht werden muss. Eine bessere **Bezahlung** muss her, die hohe **Arbeitsverdichtung** muss weg, und pflegefremde Aufgaben müssen genauso von der Pflege weg. Darüber gibt es unter uns auch keine Meinungsverschiedenheiten, darüber sind wir uns alle einig. Geht es den Pflegenden gut, dann geht es auch den Pflegebedürftigen besser.

Dass die Landesregierung an dieser Stelle versucht, die Pflegenden zu stärken, findet unseren und auch meinen ganz persönlichen Beifall. Nur, Frau Alheit, sind Sie und die Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalition auf der falschen Fährte unterwegs.

Von den vielen Problemen, die die Pflege in diesem Land hat, wird die Pflegekammer kein einziges lösen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Wir haben ein umfängliches Gesetzgebungsverfahren hinter uns. Wir alle haben viele zusätzliche Gespräche geführt. Wir haben - das wurde schon mehrfach genannt - die Petitionen von Pflegenden gegen eine Zwangsverkammerung gelesen. Allein, wir haben dies alles auch unterschiedlich wahrge-

nommen. Wir, das heißt meine Partei und ich, sind grundsätzlich gegen eine Zwangsverkammerung.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Trotzdem hätte ich mich möglicherweise überzeugen lassen, wenn es für die Pflegenden gut gewesen wäre. Selbst die wenigen Vertreter in der mündlichen Anhörung, die der Kammer grundsätzlich positiv gegenüberstehen - nach meiner Erinnerung waren es nur zwei -, hatten Probleme mit dem vorgelegten Gesetzentwurf.

Wenn etwas so schlecht und sinnlos ist wie das vorgelegte Pflegekammergesetz, wenn der Kern faul ist, dann kann man das nicht durch ein bisschen Kosmetik hier und da zuschminken und wegretschieren.

Schauen wir uns einmal den überarbeiteten Entwurf an und schauen wir genau auf das Angebot, das die Regierung den Betroffenen nach der vernichtenden Kritik in den schriftlichen und mündlichen Anhörungsbeiträgen macht: Toll, da gehören jetzt nicht nur der Name, das Geburtsdatum, die Anschrift und die Berufsbezeichnung zu den Meldepflichten, sondern jetzt auch noch das Geschlecht und der Arbeitgeber. Das bringt die Pflegenden natürlich enorm voran, wenn so etwas noch verbessert wird.

Aber bei dieser tollen Verbesserung bleibt es nicht. Ich verweise zum Beispiel auf § 33. Nach der neuen Fassung gehören nicht nur die Palliativpflege, sondern auch die Pflege in den Hospizen zu den Berufsfeldern, für die die Pflegekammer weiter Bildungsbezeichnungen bestimmen wird. Das ist großartig und wird diejenigen trösten, die sich im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen aufreiben.

Liebe Leute, ehrlich: Die Pflegekammer wird weder den Personalschlüssel erhöhen, noch den **Fachkräftemangel** beseitigen oder in schweren Runden anstehender **Tarifverhandlungen** für ihre Mitglieder streiken. Wenn ich das so sage, wird niemand der Befürworter hier im Saal bestreiten können, dass diese Pflegekammer auf die drängenden Fragen der Gegenwart und Zukunft keine Antwort haben wird, dass die Pflegekammer sprachlos bleiben wird, wenn deutliche Worte gefordert sind, weil diese Worte nicht in ihren Regelungsbereich fallen. Die Pflegekammer wird verwalten. Sie wird das vielleicht sogar anständig tun. Sie wird ein paar Pöstchen schaffen und viel Geld kosten. Wer also Verwaltung wünscht, wer noch ein paar Stühle besetzen und das Geld der Mitglieder ausgeben möchte, der kann das gern tun.

(Beifall PIRATEN und FDP)

(Wolfgang Dudda)

Er tut dies aber ausdrücklich an den politischen Erfordernissen der Zeit vorbei. Vielleicht wird es den Effekt geben, dass sich die Pflegenden gegen die Zwangsverkammerung solidarisieren. Damit schaffen Sie bestenfalls eine Teilung derer, die sich gegen die Pflegekammer wenden, und denen, die aus Parteiläson oder was auch immer für Gründen für die Kammer eintreten. Ich persönlich befürchte Schlimmeres. Wer am Hamburger Rand wohnt und noch arbeitet, wird sich als Kammergegner vom Kammerland Schleswig-Holstein abwenden. Denn in Hamburg ist die Kammer abgelehnt worden, und zwar vor wenigen Jahren.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Warum soll jemand, der in Pinneberg oder in Hamburg wohnt, denn noch bei uns arbeiten, wenn ihm vom Lohn abgezogen wird, was er in Hamburg alles netto mehr bekommen wird?

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Man wird die Menschen dort mit Kuschhand nehmen.

Bilanz dieses missglückten Gesetzes: kein Lösungsansatz für bekannte Probleme, mehr Bürokratie, mehr Verwaltung. In Zukunft werden die Pflegenden im nördlichsten Bundesland nicht nur schlecht bezahlt und überfordert, sondern auch noch zwangsverkammerter sein.

Bevor der Kollege Stegner wieder ans Pult eilt, um der Welt den inzwischen recht langweiligen Satz: „Darum regieren wir und nicht Sie!“ um die Ohren zu hauen, nehme ich ihn vorweg und sage: Ja, das Land verdankt der Regierung die Pflegekammer, und es gibt außer ihr niemanden, der das gut findet. - Toll!

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich ignoriere Sie nicht einmal!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für den SSW hat der Kollege Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Diskussionen um die Pflegekammer waren zum Teil anstrengend und nicht immer leicht. Die Lobbyisten haben alle Kanäle genutzt, um die Diskussion in ihre Richtung zu beeinflussen. Zurückblickend hat die heftige, teilweise

persönliche Debatte allerdings einen sehr positiven Effekt gehabt.

Ich habe bislang noch nicht erlebt, dass eine fachliche Diskussion über **Pflegestandards und Pflegequalität** wirklich in der Öffentlichkeit ausgetragen werden konnte. Wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Pflegewissenschaft gibt es genug. Man weiß durchaus Bescheid über die Notwendigkeit, die Finanzierung, Qualifikation und Qualitätssicherung in der Praxis zu verbessern. Das war bislang Wissen weniger Fachleute, das nicht in die Nachrichtenredaktionen gelangte. Pflegestandards stehen eben, abgesehen von der Fachpresse, bei Tageszeitungen oder Radiosendern nicht besonders hoch im Kurs. Die Demonstrationen gegen die Pflegekammer haben es allerdings geschafft, dass über Pflege mitten im Hauptteil der Tageszeitungen berichtet wurde. Das führte dazu, dass sich die Bürgerinnen und Bürger ganz anders fragen, welche Pflege sie sich wünschen.

Dass die Pflege aus der fachpolitischen Ecke herausgekommen ist, empfinde ich daher als einen unglaublichen Fortschritt. Die Pflegenden haben erreicht, dass ihre Arbeitsbedingungen breit diskutiert und auf diese Weise ihre Argumente in der Öffentlichkeit gehört werden. Die angestrebte Akademisierung, bei der Deutschland im europäischen Vergleich immer noch hinterherhinkt, hat durch die Diskussion um die Pflegekammer enormen Rückenwind bekommen.

Allerdings schürten die Demonstrationen auch Ängste, dass die Einkommen durch die Pflichtbeiträge drastisch sinken oder dass die Gewerkschaften an Einfluss verlieren würden.

In der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz, die uns zeitlich etwas voraus ist - dort stehen bereits im Dezember die Kammerwahlen an -, sieht man das allerdings völlig anders. Dort spricht man von einem Dreiklang zwischen Berufsverband, Gewerkschaft und Kammer. Während die **Berufsverbände** berufspolitische Fragestellungen zur Weiterentwicklung des Pflegeberufes bearbeiten, kämpfen die **Gewerkschaften** für bessere Arbeitsbedingungen, leistungsgerechte Vergütungen der Pflegekräfte und einen auskömmlichen Tarifvertrag. Die **Pflegekammer** sichert als drittes Instrument eine qualitativ gleichwertige Pflege im Land. Gemeinsam geht es nach Auskunft des Gründungsausschusses der Pflegekammer in Rheinland-Pfalz um möglichst gute Bedingungen für die Pflegekräfte zur Sicherung einer hochwertigen pflegerischen Versorgung der Bevölkerung.

(Flemming Meyer)

Diese Arbeitsteilung wird sich sicherlich auch in Schleswig-Holstein einspielen. Denn ich sehe gute Chancen, dass sich Gewerkschaften und Kammer gut ergänzen werden. Gerade bei der Qualifizierung arbeiten beide meines Erachtens jetzt schon Hand in Hand. Für viele Pflegende schlagen sich Fortbildungen und Qualifizierungen derzeit nicht in einer Höherstufung nieder. Das wird sich ändern, wenn die Kammern Qualifizierungen zertifizieren, die dann Eingang in die Tarifverhandlungen finden. Die Anerkennung von Weiterbildungsstätten ist daher Bestandteil des Gesetzes. Dort sind die Rahmenbedingungen für die Einrichtungen festgelegt.

Ich bin gespannt, ob und gegebenenfalls wie stark sich die Landkarte der Einrichtungen verändern wird, wenn die Pflegekammer die erforderlichen und geeigneten Strukturen untersucht hat. Unzweifelhaft wird die Anerkennung der **Weiterbildungsstätten** Eingang in die Tarifverhandlungen finden, so dass sich auch in der Pflege die Qualifizierung am Ende des Monats auf dem Gehaltszettel niederschlagen wird. Das wird die Pflegekräfte motivieren und gleichzeitig die Pflege verbessern. Auch das ist eine Auswirkung der Pflegekammern.

Bei aller Heftigkeit der Diskussion ist ja noch nicht alles Porzellan zerschlagen und zu Bruch gegangen. Ich bin davon überzeugt, dass Gewerkschaft und Kammer einen konstruktiven Weg finden werden, die **Rahmenbedingungen in der Pflege** gemeinsam zu verbessern.

Meine Frau wurde hier schon mehrfach erwähnt. Denn meine Frau hat ihren Nachnamen Hansen behalten. Das ist also Frau Hansen.

(Heiterkeit SPD)

Sie hat früher in der Pflege gearbeitet, ist dann aber aus diesem Beruf ausgestiegen, weil die Arbeitsbedingungen so untragbar waren und nirgendwo Hilfe zu holen war. Letztendlich hat sie diesem Beruf dann den Rücken gekehrt. Diese Frau Hansen freut sich heute.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Landesregierung erteile ich Ministerin Kristin Alheit das Wort.

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es wird niemanden hier im Saal verwundern, dass auch ich finde, dass heute ein guter Tag für die Pflege in Schleswig-Holstein ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Denn heute kann und - so hoffe ich - wird der Landtag den Weg für die **Errichtung einer Pflegekammer** in Schleswig-Holstein freimachen. Damit ist Schleswig-Holstein nach Rheinland-Pfalz, wo nach den jetzigen Planungen bereits im Dezember die erste Kammerversammlung einer Pflegekammer gewählt werden wird, bundesweit mit der Kammergründung ganz weit vorn an einer Entwicklung, die in anderen Ländern intensiv beobachtet und diskutiert wird, weil eben alle sehen, dass es eine zukunftssichere Pflege nur mit gestärkten Pflegeberufen gibt.

Meine Damen und Herren, genau das ist ein zentrales Ziel der Pflegekammer. Die Kammermitglieder werden in Zukunft **fachliche Standards und Qualitätskriterien** der Pflege selbst definieren, so wie dies die Angehörigen anderer Kammern und anderer Heilberufe auch können. Denn sie repräsentieren das Wissen und das Können, das man dazu braucht. Sie sollen zugleich dafür sorgen, dass die selbst gesetzten Anforderungen von allen Berufsangehörigen auch eingehalten werden.

Es war von Anfang an klar, dass es auch Kritik an der Idee gibt, eine Pflegekammer zu gründen und damit den Pflegenden eine einheitliche Stimme zu geben. Wir haben diese Kritik wahrlich nicht leichtfertig vom Tisch gewischt. Wir haben auch dieser Kritik Raum und eine Stimme im Prozess gegeben, nachdem der Landtag im Dezember 2012 den Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Kammer gefasst hat. Ebenso haben wir natürlich diejenigen angehört, die konkrete Anliegen formuliert haben, wie eine Kammer aussehen soll. Ich finde, das hat dem Gesetzentwurf gutgetan.

Der Sozialausschuss hat in seiner Beschlussempfehlung noch einmal eine Reihe von Änderungen und Klarstellungen beschlossen, die unseren Entwurf noch besser gemacht haben. Das sind unter anderem Hinweise des ULD. Das sind aber auch Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz, die dort bereits gemacht worden sind, die wir jetzt einfließen lassen konnten. Das sind aber natürlich auch Anregungen

**(Ministerin Kristin Alheit)**

aus dem Anhörungsverfahren. Das begrüße ich sehr.

(Unruhe CDU)

- Störe ich sehr?

(Zuruf CDU: Grundsätzlich ja!)

- Lassen Sie mir noch 2 Minuten. Dann ist es vorbei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es der Landtag heute will, dann wird noch in diesem Monat das Pflegekammergesetz in Kraft treten. Dann wird bis spätestens Januar 2016 der Errichtungsausschuss für die Pflegekammer auch in Schleswig-Holstein bestellt werden können. Mein Ministerium wird die Arbeit dann sehr intensiv unterstützen und begleiten. Dann wird binnen der nächsten 30 Monate auch in Schleswig-Holstein die erste **Kammerwahl** durchgeführt werden können.

Mein Appell an alle beruflich Pflegenden in Schleswig-Holstein lautet daher: Seien Sie von Anfang an mit dabei, wenn es darum geht, dieses neue Repräsentationsorgan, diese Stimme der Pflege zu gestalten! Engagieren Sie sich! Machen Sie die Kammer aktiv zu Ihrer Sache, damit diese Kammer auch wirklich Ihre Sache wird, die Sache der Pflegenden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin davon überzeugt, dass wir genau das erleben werden. Wir werden hoffentlich weniger erleben, dass von dritter Seite über die Angehörigen der Pflegeberufe geredet wird. Dann werden wir erleben, dass die Pflegenden eine eigene gemeinsame Stimme haben, gemeinsam Positionen formulieren können und auch auf Augenhöhe mit den anderen Akteuren der Gesundheitsversorgung und der Politik das Wort erheben können.

Das ist überfällig, das ist gut, und darauf freue ich mich. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Das Wort zu einer persönlichen Erklärung hat der Kollege Hans-Jörn Arp von der Fraktion der CDU.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mitteilen, dass sich aufgrund

<sup>1</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

der Erkrankung des Kollegen Jürgen Weber an der nun folgenden namentlichen Abstimmung nicht teilnehmen. Ich wünsche Jürgen Weber eine baldige Genesung, sodass er möglichst bald wieder da ist. Ich hätte heute gern mit abgestimmt. Ich hätte auch dagegen gestimmt. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb schließe ich die Beratung.

Es ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt worden. Über diesen lasse ich nun abstimmen. Wer dem Antrag der FDP-Fraktion auf namentliche Abstimmung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kollegen der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Piratenfraktion, die Abgeordneten des SSW, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der SPD. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich lasse nun über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/2569, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dieser Fassung zustimmen will, erklärt das in der namentlichen Abstimmung bitte mit Ja.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)<sup>1</sup>

Meine Damen und Herren, wir haben ein Ergebnis. Beide Schriftführer sind sich einig, dass dem Gesetzentwurf 34 Abgeordnete zugestimmt und 33 Abgeordnete diesen abgelehnt haben. Damit ist der Gesetzentwurf, Drucksache 18/2569, in der Fassung der Drucksache 18/3181 angenommen.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 17, 40 und 41 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Programm zur Auflösung des Sanierungsstaus bei den kommunalen Sportstätten**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/3159



**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)****b) Ergänzungen der Themenschwerpunkte der Sportministerkonferenz**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/2848

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 18/3169

**c) Evaluation des Sanierungsstaus bei Sportstätten in den Kommunen**

Antwort der Landesregierung  
Drucksache 18/1951

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 18/3170

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier, das Wort.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Bezüglich der Drucksache 18/3169, Ergänzungen der Themenschwerpunkte der Sportministerkonferenz betreffend, hat der Innen- und Rechtsausschuss seine Beratung am 1. Juli 2015 abgeschlossen. Der Antrag bestand aus zwei Teilen. Der erste Teil betraf das Thema Sportentwicklung, der zweite Teil die Sanierung der Sportstätteninfrastruktur.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der PIRATEN und des SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP, den ersten Teil des Antrags - das betrifft das Thema Sportentwicklung - abzulehnen. Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, auch den zweiten Teil - dies betrifft die Sanierung der Sportstätteninfrastruktur - abzulehnen.

Im Übrigen verweise ich auf die Vorlagen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort der Abgeordneten Barbara Ostmeier von der CDU-Fraktion.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 2 Millionen €, einmalig eingestellt - das war das Ergebnis der Beratungen zum Haushalt für das Haushaltsjahr 2015. Dies hat die Landesregierung beziehungsweise haben die regierungstragenden Fraktionen befürwortet, um einen Beitrag zum **Abbau des Sanierungsstaus bei kommunalen Sportstätten** zu leisten. Der Sanierungsstau in Höhe von - wie die Große Anfrage ergeben hat - mindestens 55,2 Millionen € macht deutlich, dass wir weitaus mehr für die Sportstätten in Schleswig-Holstein tun müssen.

(Zuruf)

- Munter Geld ausgeben, genau! - Dies bestätigen auch die zahlreichen Expertinnen und Experten zu diesem Thema. Deutlich wird es aktuell beim Fördermitteltopf für **Schwimmsportstätten** in Schleswig-Holstein. Man höre und staune: Ein **Antragsvolumen** von knapp 4,1 Millionen € wurde erreicht, und das bei einer Deckelung in Höhe von 250.000 €. Von 35 Anträgen konnte 17 Anträgen entsprochen werden, und es konnten Fördermittel zur Verfügung gestellt werden. Auch dies bestätigt: Wenn man unserem Antrag gefolgt wäre, hätte allen 35 Anträgen auf Förderung entsprochen werden können.

(Beifall CDU)

Wir benötigen nicht nur finanzielle Hilfe, sondern auch eine Konzeption, die einen möglichst exakten **Bedarfsplan für Sportstätten** für das ganze Land berücksichtigt, auch über die kommunalen Grenzen hinweg.

Für Schleswig-Holstein ist aus Sicht der CDU ein Masterplan erforderlich, quasi ein Generalplan, der auch in zeitlicher Hinsicht darstellt, was wir wann und wo unterstützen müssen, um Sportarten, beispielsweise im Mannschaftsbereich und im Wettkampfsport, zu erhalten oder auch noch besser fördern zu können. Wir brauchen einen Plan, der die entsprechende Aufgabenverteilung beschreibt und die Fragen der Finanzierung berücksichtigt. Dies hilft ganz besonders dem Breitensport, aber auch dem Leistungssport.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wenn wir über Betreuung im Ganztagsbereich reden, dann wissen wir alle, welchen wesentlichen Beitrag der Sport dort leistet. Deshalb wollen wir mit unserem Antrag den Fokus besonders auf Schulsportstätten legen, da sowohl die Schulen als auch die Vereine hier die größten Nutzer sind.

(Barbara Ostmeier)

Eines ist doch auch unbestritten: Demografischer Wandel und ein verändertes Freizeitverhalten der Bevölkerung bedeuten womöglich, dass nicht mehr jede Sportstätte in jeder Größe verfügbar sein muss. Wenn es uns gelingt, eine mit allen Ebenen abgestimmte Sportstättenbedarfsplanung auf den Weg zu bringen, macht auch ein Sanierungsprogramm noch einmal mehr Sinn.

Lieber Herr Kollege Hölck, wenn Sie mir Scheinheiligkeit vorwerfen und immer wieder darauf hinweisen - auch aktuell in der Presse wieder -, das sei eine Verantwortung der kommunalen Träger, so möchte ich Ihnen ausnahmsweise einmal Ihren Fraktionsvorsitzenden Dr. Stegner ans Herz legen, der bei den Beratungen zum Haushalt 2015 ausführte - ich zitiere aus dem Protokoll:

„2 Millionen € sind für den Erhalt der Sportstätten und Schwimmbäder vorgesehen. Auch hier ist uns bewusst, dass der Bedarf noch größer ist. Wir wollen aber im Rahmen unserer Möglichkeiten das Mögliche tun.“

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Hölck, befürwortet er die Förderung und hat das im Prinzip verstanden - aber nur im Prinzip; denn er kommt zu dem Schluss, 4 Millionen € seien bei diesem Haushaltsentwurf nicht möglich. Wir haben hier heute Morgen die Summen gehört, die hier aufgebracht werden. 4 Millionen € sind eine Frage der politischen Schwerpunktsetzung. Da haben Sie recht. Im Umkehrschluss bedeutet dies: Ihnen ist das Thema nicht so wichtig.

Um hier auch noch einmal auf den scheinheiligen Vorwurf einzugehen, Frau Ostmeier stimme dem Haushalt nicht zu: Ich habe Nein gesagt, weil diese einmalige Bereitstellung von 2 Millionen € der Höhe nach nicht angemessen ist. Auch die fehlende Verstetigung ist ein Grund, Nein zu sagen. Katrin, Matthias, Lisa, Hendrik, Stella und Tanja wären auch froh, wenn sie die Perspektive hätten, in Zukunft in vernünftigen Sportstätten wohnortnah Sport treiben zu können, und zwar nicht nur in Elmshorn, sondern auch in der Fläche.

(Beifall CDU)

Sie hätten schon längst das Signal für eine **Verstetigung der Mittel** geben können. Wenn Sie nicht auf uns hören, dann hören Sie auf die Vereine und Verbände; hören Sie auf die DLRG, hören Sie auf die kommunalen Landesverbände. Auch Herr

Bülow hat diese Auffassung bestätigt und ausgeführt - ich zitiere:

„Wenn solch eine Unterstützung vom Land einen nachhaltigen Effekt für die Bäderlandschaft haben soll, müsste es sie jedes Jahr geben.“

Ich kann Ihnen als Letztes noch einmal die Worte Ihres Kollegen Herrn Weber, der heute leider nicht da ist, ans Herz legen, der in der letzten Plenardebatte zum Thema Sportentwicklung gesprochen hat und mit der Bemerkung endete, er würde sich eine weitere Beratung im Innen- und Rechtsausschuss zu diesem Thema wünschen. Auch auf ihn hören Sie nicht. Ich würde mich freuen, wenn Sie dem Sport Ihre Unterstützung gäben. An jeder Stelle kriegen wir mit, wie Sportvereine gerade im Bereich der **Integration von Flüchtlingen** einen Riesenbeitrag leisten. Das tun sie auch in funktionellen Sportstätten.

Die CDU möchte mit einem Programm eine Verstetigung der Sanierungsmittel erreichen. In einer besonderen Notlage, Herr Hölck, muss das Land seinen Kommunen helfen. Ich hoffe auch hier auf weitere Unterstützung durch Ihren Fraktionsvorsitzenden. Es ist zehn vor zwölf, und wir müssen jetzt gemeinsam etwas tun. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, ein Hinweis aus dem Präsidium: Ich habe gerade gehört, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführer darauf verständigt haben, die Wahl des Datenschutzbeauftragten vorzuziehen und erst nach der Wahl - wir drehen also die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte - über den Bericht des Datenschutzbeauftragten zu debattieren. Das Ihnen zur Kenntnis, möglicherweise auch für Ihre Kolleginnen und Kollegen, die gerade nicht anwesend sind.

Wir fahren in der Redeliste fort. Für die SPD-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Beate Raudies das Wort.

**Beate Raudies [SPD]:**

Das wird heute hier ein Pinneberger Tag, um das einmal so zu sagen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich halte diese Rede auch stellvertretend für meinen Kollegen Jürgen Weber, der erkrankt ist, wie wir

**(Beate Raudies)**

wissen. Nach meiner Kenntnis handelt es sich aber nicht um eine Sportverletzung.

Meine Damen und Herren, dies ist die zweite Plenartagung in Folge, in der eine sportpolitische Debatte geführt wird.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Im Zusammenhang mit der Olympia-Bewerbung Hamburgs und Kiels kann ich mir gut vorstellen, dass dieses Thema auch in der kommenden Zeit einen höheren Stellenwert einnehmen wird. Das verleitet leicht zum Populismus. Und der Geist des Populismus ist es auch, der aus dem Antrag der CDU-Fraktion weht.

Die Koalition hat im Haushalt 2015 Landesmittel in Höhe von 2 Millionen € für die Sanierung von Sportstätten, besonders der Schwimmstätten, bereitgestellt. Die „Sportfreunde Günther“ hatten beantragt, die Landesregierung möge erstens konsequenter sparen und zweitens 4 Millionen € für die Sportstättensanierung ausgeben. Hätten wir damals 4 Millionen € beschlossen, hätte die CDU vermutlich 8 Millionen € beantragt.

Finanzieren wollten Sie das übrigens mit einer Kürzung der sächlichen Verwaltungsausgaben, unter anderem bei der Polizei.

(Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD] - Zuruf Lars Harms [SSW] - Wortmeldung Barbara Ostmeier [CDU])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung?

**Beate Raudies [SPD]:**

Nein.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Die Abgeordnete lässt keine Zwischenbemerkung zu.

**Beate Raudies [SPD]:**

Meine Damen und Herren, der Bau und die **Sanierung kommunaler Sportstätten** sind, wie der Name schon sagt, Aufgabe der Kommunen, bei denen das Land lediglich eine unterstützende Aufgabe wahrnehmen kann. Bei rund 3.500 öffentlichen beziehungsweise nicht kommerziellen Sportstätten kann das auch nicht anders sein, auch wenn der Sanierungsstau hoch ist.

Niemand kann den Kommunen pauschal den Vorwurf machen, sie würden sich nicht um ihre Sportstätten kümmern, wenn man sich die aktuellen Zahlen zu den Investitionen ansieht. Dabei kommen auch nicht nur kommunale Mittel zum Einsatz: So sind beispielsweise zwischen 2010 und 2013 23,5 Millionen € aus dem Konjunkturpaket II in die Sanierung der Sportstätten in Schleswig-Holstein geflossen. - Nicht wenig Geld, wie ich finde.

Meine Damen und Herren, was aber nicht angeht, ist, hier durch eine Resolution die Landesregierung zum Einsatz von mindestens 4 Millionen € für die Sportstättensanierung zu verpflichten. Ihnen geht es nicht wirklich um einen Abbau des Sanierungsstaus, sondern darum, sich selbst die Goldmedaille in der Disziplin Sportförderung umzuhängen. Sie werden Verständnis dafür haben, dass wir dieses Spiel nicht mitmachen.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Fragen Sie einmal Herrn Weber!)

Wir werden diese Debatte im Herbst auf der Grundlage des Haushaltsentwurfs der Landesregierung führen.

Unsere Verantwortung für die Infrastruktur des Landes ist nun einmal höher als die für die von den Kommunen betriebenen Sportstätten; dadurch ergeben sich notwendige Schwerpunktsetzungen im Haushalt.

Darüber hinaus fordern Sie die Landesregierung auf, einen Schwerpunkt bei der **Förderung von Schulsportstätten** zu setzen. Liebe Kollegin Ostmeier, da sind wir bereits auf einem guten Weg. 80 % der rund 100 Millionen €, die Schleswig-Holsteins Kommunen aus dem Kommunalinvestitionsprogramm des Bundes erhalten werden, sollen nach unserer Vorstellung in die energetische Sanierung von Schulen und damit selbstverständlich auch von Schulsportstätten fließen.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch hier gilt wieder: Sie schnacken, wir machen.

Ihre Kollegin Nicolaisen kritisiert diese Schwerpunktsetzung im Übrigen vehement. Vielleicht klären Sie einmal in der CDU-Fraktion die inhaltlichen Schwerpunkte.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund und auch, weil viele Kommunen noch gar nicht über eine eigene Sportentwicklungsplanung verfügen, obwohl das Land die Zuschüsse für solche Pläne verdoppelt hat, vermögen wir den tieferen Sinn

(Beate Raudies)

dieses Antrags nicht zu erkennen. Die Reihenfolge sollte doch sein: erst planen, dann bauen.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Ja, genau! Deshalb sollten wir jetzt planen, dann haben wir ein Jahr Zeit! Da können Sie das Geld für die Schulen ja mit einbringen!)

- Gut, erst planen, dann bauen. Da sind wir uns einig.

Meine Damen und Herren, das war dann schon das Stichwort, Frau Ostmeier, vielen Dank. Eigentlich hatte ich bisher keinen Grund gesehen, diesen Antrag noch an einen Ausschuss zu überweisen. Sie haben jetzt einen Punkt genannt, über den man vielleicht noch diskutieren kann. Ich hoffe, dass wir dann noch zu anderen Erkenntnissen kommen werden und beantrage damit die Überweisung in den Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Burkhard Peters.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kollegin Ostmeier, die Beharrlichkeit, mit der Sie sich die Sanierung unserer Sportstätten auf die Fahnen geschrieben haben, nötigt Respekt ab.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Gibt man im Landtagsinformationssystem die Begriffe „Ostmeier“ und „Sportstätten“ ein, kommt man allein in dieser Wahlperiode auf acht Treffer.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Zwei Große Anfragen, diverse kleine Anfragen, Haushaltsanträge und Initiativanträge kreisen um Ihr Generalthema. Sie erarbeiten sich den Ruf der „Jeanne d'Arc der maroden Sportstätten“. Gelegentlich kann die Leidenschaft für eine Sache aber auch ins Obsessive umschlagen. Das lateinische Wort „obsidere“ bedeutet „in Besitz nehmen“ oder „belagern“. Eine solche Tendenz sehe ich in Ihrem Bemühen, auch die Sportministerkonferenz mit Ihrem Generalthema zu kapern. Sie fordern, die Landesregierung möge die **Sportentwicklung** und den Sanierungsstau bei den Sportstätten zu einem Schwerpunktthema der SpoMiKo machen. Abgesehen davon, dass sich die Sportministerkonferenz

seit ihrem Bestehen um die Sportentwicklung in Deutschland intensiv kümmert, geht es bei der Frage des Sanierungsstaus bei den Sportstätten um unsere ureigenen Hausaufgaben im Land Schleswig-Holstein. Wie uns die Sportministerkonferenz da weiterhelfen kann, weiß ich nicht.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Offensichtlich nicht!)

Soweit Sie im Antrag vom 30. Juni 2015 fordern, die Landesregierung möge zusammen mit den kommunalen Landesverbänden und dem Landessportverband mit Hilfe von Sportwissenschaftlerinnen und Sportwissenschaftlern ein **Sanierungsprogramm für kommunale Sportstätten** erarbeiten, kommen wir uns dann aber auch näher.

In der Tat hat die Antwort auf Ihre Große Anfrage „Evaluation des Sanierungsstaus bei den kommunalen Sportstätten“ ergeben, dass dort noch Einiges zu tun ist. Wie sollte es auch anders sein. Herr Bülow hat als Sprecher der kommunalen Landesverbände in der Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss am 3. Dezember 2014 darauf hingewiesen: So gut wie alle kommunalen Infrastrukturen leiden seit Jahrzehnten an Unterfinanzierung. Ein Sanierungsstau ist überall anzutreffen: Bildungseinrichtungen, Kitas, Straßen sowie Ver- und Entsorgungseinrichtungen. Die Sportstätten sind da doch nur ein kleineres Problem.

Mehrfach wurde im Rahmen der Anhörung die Behauptung aufgestellt, in Schleswig-Holstein liege die Versorgung des Sports besonders im Argen. Das bezweifle ich. Die Vertreterin des Landessportverbandes erwähnte lobend die Förderpraxis des Landes Nordrhein-Westfalen in dieser Anhörung. 50 Millionen € würden dort jährlich an den Sport vergeben und dann durch diesen selbst verteilt. Das hört sich natürlich erst einmal mächtig gewaltig an. NRW hat allerdings 17,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Rechnet man den Betrag von 50 Millionen € um, kommt man zum Ergebnis, dass NRW pro Nase 2,85 € jährlich ausgibt. In Schleswig-Holstein geben wir bei 2,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern mindestens 8 Millionen € im Jahr für die Sportförderung an den Landessportverband. Das macht pro Nase 2,84 €, also 1 ct weniger. Weil wir in 2015 zusätzlich 2 Millionen € für die Schwimmbadsanierung eingestellt haben, kommen wir in diesem Jahr sogar auf 3,55 € pro Einwohnerin und Einwohner.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So grauenhaft schlimm kann es um die Sportförderung in Schleswig-Holstein also nicht bestellt sein.

(Burkhard Peters)

Wir können im Ausschuss zumindest darüber diskutieren, ob das Land die Federführung bei der **Entwicklung eines Sanierungskonzeptes** übernehmen sollte. Das kann auch gern unter Beteiligung von Sportwissenschaftlerinnen und Sportwissenschaftlern geschehen.

Denn eines ist aus der Anhörung sehr deutlich geworden: Es braucht eine **wissenschaftlich fundierte kommunale Sportstättenentwicklungsplanung**. Anders lassen sich Gießkannenausgüssen, Mitnahmeeffekte und Fehlallokationen nicht vermeiden.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Darum ist es auch so sinnvoll, dass wir die Landesmittel für diese Planungen verdoppelt haben.

Die Nummer 2 Ihres Antrages geht so nun gar nicht. Das hat auch die Kollegin Raudies schon gesagt. Sie fordern darin schon hier und heute für das Jahr 2016 4 Millionen €. Damit machen Sie den zweiten Schritt vor dem ersten. Ein solcher Antrag ist sinnvollerweise der jährlichen Haushaltsberatung vorbehalten. Es geht nicht an, ein Sonderinteresse privilegiert außerhalb der Betrachtung des Gesamthaushaltes vorab zu befriedigen.

Wir werden den Antrag, Tagesordnungspunkt 17, daher insgesamt im Innen- und Rechtsausschuss beraten, um dann zu schauen, was der Haushalt 2016 für die Sportstättenanierung hergibt. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Barbara Ostmeier [CDU]: Wunderbar!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Abgeordneten der FDP hat Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 22. Juni 2015 haben wir hier im Plenum über die Antwort auf die Große Anfrage zum Thema **Sportentwicklung** in Schleswig-Holstein gesprochen. Es ist gut, dass dieses Thema im Landtag in den Mittelpunkt von Parlamentsdebatten rückt. Frau Kollegin Ostmeier hat nun ein weiteres Mal für die Unionsfraktion nachgelegt - darauf ist schon hingewiesen worden - und ein Programm zur Auflösung des Sanierungsstaus bei den kommunalen Sportstätten verlangt. Jährlich sollen dafür mindestens 4 Millionen € in den Haushalt eingestellt werden.

Das Problem, um das es hier geht, ist wirklich ernst zu nehmen. Ich habe jedoch erhebliche Zweifel, ob mit dem Ansatz von 4 Millionen € wirklich ein nachhaltiger Lösungsbeitrag geliefert werden kann. Wenn man sich im Land umschaute, stellt man fest, dass die **Bedarfe** im Bereich der Sportstätten in fast jedem Kreis, vielleicht sogar in manchen Landtagswahlkreisen, größer sind, als sie mit diesen dann landesweit zur Verfügung stehenden Mitteln ausreichend abgedeckt werden könnten. Ich denke beispielsweise an die Kieler Humboldt-Schule, die eine uralte, vergammelte Sporthalle hat. Dort hat schon der vorletzte Kieler Oberbürgermeister einmal ein großes Versprechen abgegeben, die Schule, die am Knooper Weg liegt, bekomme - der hieß: es war irgendetwas mit „A“, Albig oder so ähnlich - eine nagelneue, angemessene, moderne Sporthalle. Darauf warten sie bis heute. Das ist schon ein paar Jährchen her.

Die Frage ist doch, ob man mit einem Beschluss, wie ihn die Union anstrebt, nicht den Eindruck einer landespolitischen Scheinlösung erzeugen würde. Das müsste ein bisschen nachdenklich stimmen.

Außerdem gehören solche Entscheidungen grundsätzlich - da gebe ich, wenn auch etwas ungerne, aber doch ganz eindeutig dem Kollegen Peters recht - in den Kontext von **Haushaltsberatungen**. Ich darf noch einmal darauf hinweisen. Ich habe schon im Juni hier gesagt, die FDP-Landtagsfraktion habe im Rahmen der Ende vorigen Jahres geführten Haushaltsberatungen ein Schulinvestitionsprogramm über 20 Millionen € mit zwei Schwerpunkten, nämlich Inklusion und Sporeinrichtungen, Sporthallen, Sportstätten von Schulen, beantragt, also vom Volumen her - rechnet man das fifty-fifty - deutlich über dem, was Sie jetzt fordern. Wie gesagt, von der Systematik her gehört das in den Kontext von Haushaltsberatungen.

Man muss sich nur einmal vorstellen, wir würden nach dem Muster Ihres Antrages anfangen, für diesen oder jenen oder alle möglichen noch so wichtigen Anliegen per Resolution im Landtag von der Landesregierung einzelne Haushaltstitel einzufordern. Dann zerfließt das politisch alles in einer Weise, die nicht gut ist. Deshalb würde ich Ihnen empfehlen, auf dieses Thema - es ist ein wichtiges Thema - im Rahmen der nach der Sommerpause bald anstehenden Haushaltsberatungen zum Haushalt des nächsten Jahres zurückzukommen.

Aufgrund der Erwägungen, die ich Ihnen vorgetragen habe, haben wir entschieden, dass wir dem Antrag der CDU-Fraktion, dem Antrag von Frau Ostmeier, leider nicht zustimmen können. Wir werden

**(Dr. Ekkehard Klug)**

uns der Stimme enthalten. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In welchem **Zustand** sich unsere **Sportstätten** befinden, haben wir in den letzten Monaten und Wochen öfter gehört. Dieser Zustand ist schlecht bis katastrophal. Dass etwas getan werden muss, ist unstrittig.

Die **Fragen**, die sich dazu stellen, müssen allerdings erst beantwortet werden, bevor wir Geld in die Hand nehmen. Insofern bin ich bei der Kollegin Raudies und dem Kollegen Klug. Die Fragen, die sich mir dazu stellen, sind folgende:

Was ist wirklich wert, saniert zu werden?

Wollen wir mit den Sportstätten die Basics für mögliche Leistungssportler schaffen, oder wollen wir damit einen vernünftigen Breitensport mit seinen zahlreichen sozialen Funktionen fördern?

Wie tragen wir, wenn wir uns - was ich klar bevorzugen würde - für den Breitensport entscheiden, der demografischen Veränderung Rechnung? Der Bedarf an Sport und die Art und Weise, wie Sport ausgeübt wird, verändern sich vollständig. Das haben wir auch in den Anhörungen gehört.

Wie überzeugen wir schon in den Schulen die Kinder und Jugendlichen davon, dass ihnen Sport guttut?

Jetzt kommt der Punkt: Wie bezahlen wir das? Ist es richtig, dass dafür „nur“ die Kommunen und das Land das Portemonnaie öffnen?

Angesichts des gesamtgesellschaftlichen Wertes von Sport bedarf es zweifellos eines Planes für die Sportstätten. Deshalb bin ich der Kollegin Ostmeier auch dankbar für die Initiativen, die sie hier regelmäßig startet. Dem gesellschaftlichen Trend, dass Sport mit vernünftiger und solider Infrastruktur von den Geräten bis zu den Duschen nur noch denen möglich ist, die das Geld für hochprofessionelle Muckibuden haben und ausgeben können, müssen wir begegnen - anders, als es Ihr Antrag tut. Der

Sport muss nämlich zu den Menschen kommen, finde ich, und nicht umgekehrt.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Menschen treiben heute anders Sport als noch vor Jahren. Wer läuft oder Nordic Walking macht, sucht sich gezielt aus, wo er oder sie das tut. Man informiert sich nicht mehr im Sportverein oder lässt sich dort auf eine Gemeinschaft mit ihren Zwängen ein. Deshalb kann ein vernünftig beschilderter Weg mit Entfernungsangaben - gern mit informativen Hinweisschildern in der guten alten Tradition der Trimm-dich-Pfade aus den 70er-Jahren - auch eine Sportstätte sein.

(Beifall PIRATEN)

Natürlich bemühe ich mich als PIRAT auch um das Digitale und seine Möglichkeiten, wenn ich anrege, dass zu den bereits zahlreich vorhandenen Apps für Smartphones eine dazukommt, die in den Kommunen vor Ort solche Laufstrecken markiert und abrufbar macht, verbunden mit den Informationen zu Entfernung, Schwierigkeitsgrad und Parkmöglichkeiten und gegebenenfalls auch gern zu Duscmöglichkeiten. Das würde dem Umstand Rechnung tragen, dass die Menschen, die sich fithalten wollen, keine Lust mehr auf langweilige Runden im Kreis einer Aschenbahn haben.

Dieses Prinzip muss natürlich auch auf das Radfahren, Schwimmen, Rudern und Kanufahren übertragen werden. Entsprechende Informationen immer noch auf totem Baum anzubieten, ist im 21. Jahrhundert ein völliger Anachronismus.

All das käme nicht nur unseren Leuten, das heißt den Schleswig-Holsteinern, zugute - nein, es würde auch unsere Gäste ansprechen und damit einen guten Beitrag zur Entwicklung des Tourismus leisten, wenn es entsprechend beworben wird.

Bevor wir uns überlegen, Geld für nicht mehr zeitgemäße **kommunale Stadien** oder Hallen in die Hand zu nehmen, sollten wir das in Ordnung bringen, was Menschen tatsächlich benutzen: Das sind **Fußwege, Wanderwege** und **Radwege**. Auf Flüssen und Seen sind Anlegemöglichkeiten für Wassersportler bereitzuhalten und zu installieren. So bekommen wir die Menschen zum Sport.

Wenn wir den von Ihnen vorgeschlagenen Betrag dafür verwenden, Frau Ostmeier, schlagen wir übrigens zwei Fliegen mit einer Klappe. Wir bringen, wie dargestellt, die Menschen zum Sport, und es wird ein sinnvoller infrastruktureller Beitrag für das Land geleistet. Dann müssen wir nur das entspre-

(Wolfgang Dudda)

chende Geld im Haushalt finden. Der von mir vorgeschlagene Weg eröffnet jedoch Fördertöpfe auch von der EU und bietet den Krankenkassen die Möglichkeit, sich von den individuellen Angeboten zu verabschieden und bei uns einzusteigen. Das alles ist natürlich weniger etwas für den Medaillenspiegel und eher etwas für einen guten Cholesterinspiegel und für Menschen wie uns.

(Beifall PIRATEN, Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Kollegen des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sport und vor allem das Thema Gesundheit sind allgegenwärtig. So viele Menschen wie noch nie zuvor beschäftigen sich merkbar mit diesem Thema. Der **Sport verändert sich** und steht enormen Ungleichgewichten gegenüber. Obwohl sich immer mehr Menschen mit Sport beschäftigen und ihn auch ausüben, sinkt die Mitgliederzahl bei vielen Sportvereinen bei uns im Land. Wo mancherorts die Kassen leer sind, wird andernorts mit sportlichen Massenveranstaltungen das große Geld gemacht.

Zudem hat der Sport als Ganzes in vielen Kommunen damit zu kämpfen, gegenüber anderen Investitionen den Kürzeren zu ziehen. Das haben wir hier im Landtag gerade erörtert. Es wird gern einmal aufgeschoben, vor allem auch, weil die Summen von einer Gemeinde allein kaum mehr zu bewältigen sind. Die ehrliche **Zusammenarbeit** zwischen den **Gemeinden**, um solche Investitionen stemmen zu können, wird derzeit bisweilen leider immer noch nicht in Betracht gezogen. Oft zählt nur das, was innerhalb des eigenen Gartenzauns liegt, und viel Potenzial bleibt daher ungenutzt.

Was fehlt, ist ein **kommunenübergreifender Sportstättenplan**. Bisher funktionieren solche Planungen nämlich eigentlich nur in den kreisfreien Städten oder in den größeren Städten. Doch Sport kann und sollte eben nicht nur in den Städten stattfinden, sondern auch in den kleineren und mittelgroßen Orten. Ein sorgfältig ausgearbeiteter Sportstättenplan könnte daher in diesem Fall von großem Nutzen sein.

Was die Ausgangsposition für die **Sportstätten** im Land aber vor allem prägt, ist die Vergangenheit, in der bekanntermaßen auf Verschleiß gefahren wurde beziehungsweise gefahren werden musste. Von der Substanz lässt sich nun nicht länger leben. Das hat die Landesregierung auch erkannt und sich nun auf den Weg gemacht, diesen **Sanierungsstau** abzubauen.

Ein Anfang wurde also endlich gemacht, was man jetzt im Vorfeld auch nicht pauschal unterbewerten sollte. So werden etwa 2 Millionen € für die Schwimmbäder aufgewandt. Zudem - das vergisst man immer - wurde die Förderung des Sports durch Lottomittel aufgestockt. Angesichts der Ausgangslage sind allerdings große Sprünge kaum zu realisieren. Auch die doppelte Summe an Förderung, etwa für die Schwimmstätten, würde daran wenig ändern, so ehrlich müssen wir sein. Das Land als ultimative Wunderwaffe darzustellen, ist daher unzureichend.

Um den Sanierungsstau im Sportbereich abzubauen, wird es Jahre dauern, und dafür braucht es mehr **Akteure** als nur das Land. Das Land alleine kann diesen Stau nicht bewältigen. Von daher ist es umso wichtiger, dass das Land darum wirbt, Teile der **Olympischen Spiele** auch bei uns in Schleswig-Holstein austragen zu lassen. Solch ein großes Ereignis würde nicht nur für den Sport an sich werben, sondern auch für das ganze Land. Zudem setzt Olympia vor der Haustür nicht nur bei den Berufssportlern eine enorme Motivation frei, sondern vor allem auch bei den Hobby- und Gelegenheitssportlern. Eine bessere Werbung für den Sport kann es kaum geben. Und durch diese Werbung werden wir es vielleicht auch schaffen, dass auch Kommunen besser in diesem Bereich zusammenarbeiten, damit sie dann ihre Sportstätten in den jeweiligen Regionen besser miteinander in Einklang bringen können. Ich glaube, das würde auch dazu führen, dass sich die Politik - auch die regionale Politik - dann eben eher mit Sportthemen beschäftigen würde.

Zudem kann der Fokus auch vermehrt auf den **Leistungssport** in der Fläche gelenkt werden. Denn Breitensport allein kann nicht für alle Zeiten genug sein. Bei großen Events wird eben auch genauer hingeschaut, woher diese Profisportler kommen und ob das möglicherweise auch Schleswig-Holsteiner sind. So werden Vorbilder gefördert, die für andere - unter anderem auch für Kommunen - eben als Inspiration dienen können. Denn darum geht es doch: Vorbilder zu schaffen und Know-how austauschen, um einen Weg aufzuzeigen, wie es gehen kann.

(Lars Harms)

Die Landesregierung hat einen kleinen, aber durchaus auch feinen Anfang gemacht. Das Ziel vor Augen ist einleuchtend. Um diesen Weg weiterhin gehen zu können, sollten alle an einem Strang ziehen und Strukturen schaffen, die für den Sport im Land insgesamt gewinnbringend sein können, um den Marathon in Sachen Sanierungsstau tatsächlich angehen zu können. Hierbei handelt es sich einerseits ja um eine **kommunale Aufgabe**, aber eben auch um eine **Aufgabe der Vereine und Verbände**. Hier müssen wir dafür Sorge tragen, dass zusammengearbeitet wird. Inwieweit wir als Land dann noch weiter dazu beitragen können, das müssen dann eben auch die Haushaltsberatungen zeigen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Hölck von der Fraktion der SPD das Wort.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Ostmeier, Sie werden in den „Uetersener Nachrichten“ vom 7. Juli 2015 zitiert: „Dass das Land **Uetersen** Mittel für die **Sanierung der Schwimmhalle** bereitgestellt hat, ist auf meine Initiative zurückzuführen.“ - So Barbara Ostmeier,

(Beifall CDU)

CDU-Landtagsabgeordnete und sportpolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

Sie suggerieren der Bevölkerung vor Ort, dass es Ihnen zu verdanken sei, dass das Geld geflossen sei. Sie haben gegen den Haushalt gestimmt, Sie haben gegen die 2 Millionen € gestimmt. Das ist scheinheilig. Dabei bleibe ich auch. Sie haben zwar die Idee gehabt,

(Barbara Ostmeier [CDU]: Ganz genau!)

sind dann aber davongelaufen.

(Beifall Serpil Midyatli [SPD] und Lars Winter [SPD])

Das hat auch ein Stück weit Methode. Vor etlichen Jahren haben Sie auch der Streichung der Zuschüsse für das **Frauenhaus Wedel** zugestimmt.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Ja!)

- Genau. Und als Bürgermeisterin in Hetlingen haben Sie einer Resolution zum Erhalt des Frauenhauses zugestimmt. Das nenne ich scheinheilig. Auch in der Opposition sollte eins plus eins annähernd zwei ergeben. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Landesregierung hat Herr Innenminister Stefan Studt das Wort.

**Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Als ein Ergebnis der Großen Anfrage der Fraktion der CDU „Evaluation des Sanierungsstaus bei den kommunalen Sportstätten“ kann festgehalten werden, dass die **Kommunen** als Träger der **Sportstätteninfrastruktur** durchaus in der Lage und auch bereit sind, in ihre Daseinsvorsorge und damit auch in den Erhalt von Sportstätten zu investieren. So wurden allein für den Zeitraum 2012 bis Ende 2013 Sanierungen im Wert von rund 79 Millionen € angegeben.

Die Antwort auf die Große Anfrage hat weiter gezeigt, dass die Kommunen für rund ein Drittel ihrer etwa 3.500 Sportstätten weiteren Sanierungsbedarf sehen. Aus den aktuellen Haushaltsplanungen der Kommunen ist aber auch ein Investitionsansatz in Höhe von rund 50 Millionen € erkennbar, das heißt, die Kommunen werden an dieser Stelle auch ihrer Verantwortung gerecht. Es zeigt sich aber auch, dass die Kommunen in der Tat intakten Sportstätten, insbesondere für die Nutzung durch Vereine und Schulen, auch eine besondere Bedeutung beimessen.

Vor diesem Hintergrund begrüße ich als Sportminister, dass der Landtag für 2015 für die Sanierung kommunaler Sportstätten **2 Millionen €** zur Verfügung gestellt hat. Wir haben schon vernommen, dass in Absprache mit der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände diese Mittel im Schwerpunkt dann für die kommunale **Schwimm-sportstätteninfrastruktur** eingesetzt wurden. Das Programm ist gut angenommen worden. Frau Ostmeier hat berichtet: 35 Anträge sind bis zum 15. Juni 2015 eingegangen, ein Antragsvolumen von gut 4 Millionen €. Wir konnten 18 Anträge für 17 Kommunen entsprechend berücksichtigen. Bei den Maßnahmen handelt es sich um die, die die Funktionsfähigkeit der Anlagentechnik, die Sen-



**(Minister Stefan Studt)**

kung des Energiebedarfs und die Senkung der Betriebskosten betreffen.

Gemeinsam wissen wir hier im Haus, welche herausragende **Bedeutung** dem **Sport** in unserer Gesellschaft von Jung bis Alt zukommt: Mobilität, Gesunderhaltung, Inklusion, Integration und manches mehr wird durch den Sport gefördert. Wir haben schon von Herrn Abgeordneten Peters gehört, dass dem Sport hier vor Ort im Land über den Landessportverband erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt werden: 2,84 € je Einwohner - danke für die Berechnung.

Für die Kommunen als Träger der Sportstätteninfrastruktur besteht die Herausforderung jetzt aber wirklich darin - da gebe ich Herrn Abgeordneten Dudda recht - zukunftsgerichtet die richtigen bedarfsgerechten Angebote zu machen. Entsprechende Sportentwicklungspläne fördern wir - das haben wir in der vergangenen Sitzung auch schon dargestellt - künftig mit 10.000 € statt wie bislang mit 5.000 €. Ganz zweifellos könnten mit einem entsprechenden Mittelansatz im Landeshaushalt diese Sanierung, diese Umbaumaßnahmen gestützt werden.

Ich will aber gern noch auf einen Punkt zurückkommen, den wir heute Morgen angesprochen haben, nämlich das **Investitionsprogramm Impuls 2030**. Das ist aus meiner Sicht der Ort, an dem ich als Sportminister dann einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten werde, der sich im Ansatz und in dem Verfahren an dem orientieren wird, was wir in diesem Jahr erleben durften.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

Nicht unerwähnt lassen und da auch aufgreifend, was die Abgeordnete Raudies ausgeführt hat, möchte ich gern, dass mit dem **kommunalen Investitionsfonds** und den **Städtebauförderungsmitteln** des Landes und des Bundes unverändert auch in Zukunft Instrumente vorliegen, mit denen das Land die Kommunen bei ihren Sportstätteninfrastrukturinvestitionen unterstützt. So sind zusammen mit dem Konjunkturprogramm - auch die Zahl haben wir schon gehört - zwischen 2010 und 2013 allein 23,5 Millionen € zur Verfügung gestellt worden. Weitere gut 17 Millionen € an zinsgünstigen Darlehen konnten aus dem kommunalen Investitionsfonds für diesen Zeitraum bewilligt werden.

Zur Sanierung von **Schulsportstätten** durch das kommunale Investitionsprogramm des Bundes haben wir bereits auch einiges gehört. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam mit den Förderansätzen des Landes und den Entscheidungen auf der kom-

munalen Ebene, auf der Ebene, die für die Sportstätteninfrastruktur verantwortlich ist, auch in Zukunft gute, und den aktuellen Bedarfen entsprechende Lösungen hinbekommen werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, SSW und Burkhard Peters  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/3159 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieses einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nur zur Abstimmung in der Sache, Abstimmung zu a), Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3159.

(Zurufe)

- Nein, Entschuldigung, das war jetzt falsch. Wir müssen die Abstimmung in der Sache zu b), zum Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/2848, durchführen. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW sowie die Piratenfraktion. Wer lehnt die Ausschussempfehlung ab? - Das sind die Abgeordneten von FDP und CDU. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ausschussempfehlung mehrheitlich angenommen.

Wir kommen schließlich zu c), Abstimmung über die Antwort der Landesregierung, Drucksache 18/1951. Der Ausschuss empfiehlt, die Antwort der Landesregierung Drucksache 18/1951 zur Kenntnis zu nehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

**Wahl der Landesbeauftragten für den Datenschutz**

Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/3184

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

Eine Aussprache findet gemäß § 35 Absatz 1 Landesdatenschutzgesetz nicht statt. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und weise darauf hin, dass für die Wahl nach § 35 Absatz 1 Landesdatenschutzgesetz die Mehrheit der Mitglieder des Landtags - das entspricht 35 Abgeordneten - erforderlich ist.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich wäre froh, wenn Sie etwas aufmerksamer sein könnten und Ihre Gespräche einstellten.

Zum Ablauf gebe ich Ihnen kurz folgende Hinweise: Sie haben die Möglichkeit, den Stimmzettel bei Ja, Nein oder Enthaltung anzukreuzen. Für den Fall der Enthaltung mache ich darauf aufmerksam, dass Stimmenthaltungen die gleiche Wirkung wie Nein-Stimmen haben. Sie werden zügig durch die Schriftführerinnen und Schriftführer aufgerufen. Gehen Sie bitte zu dem Mitarbeiter des Saaldienstes zu meiner Linken, der Ihnen den Stimmzettel aushändigen wird, und nutzen Sie bitte eine der beiden Wahlkabinen. Bitte benutzen Sie nur den in der Wahlkabine bereitliegenden Stift zur Stimmabgabe; andere Kennzeichnungen führen zur Ungültigkeit.

Bevor wir in die Wahlhandlung eintreten, bitte ich einen der Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Wahlurne leer ist. - Die Wahlurne ist leer. Meine Damen und Herren, der Wahlakt ist damit eröffnet. Ich bitte die Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Namensaufruf und Stimmzettelausgabe)

Meine Damen und Herren! Bevor ich die Wahlhandlung abschließen frage ich, ob noch Abgeordnete im Saal sind, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben, weil sie nicht aufgerufen oder übersehen wurden? - Das ist nicht der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich die Sitzung unterbreche, um die Stimmauszählung vorzunehmen, lassen Sie uns auf der Tribüne den amtierenden Landesdatenschutzbeauftragten Thilo Weichert und die Kandidatin, Frau Marit Hansen, ganz herzlich hier im Landeshaus begrüßen.

(Beifall)

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung: 18:02 bis 18:08 Uhr)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der

Wahl bekannt: Es wurden 68 Stimmen abgegeben. 68 Stimmen waren gültig. Es gab 8 Enthaltungen, 11 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt, 49 Abgeordnete haben mit Ja gestimmt.

(Anhaltender Beifall)

Frau Marit Hansen hat damit die erforderliche Mehrheit der Mitglieder des Landtags erhalten. - Sehr geehrte Frau Hansen, ich gratuliere Ihnen von Herzen und wünsche Ihnen viel Glück und Erfolg bei Ihrer wichtigen Aufgabe für das Land Schleswig-Holstein!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 48 auf:

**35. Tätigkeitsbericht 2015 des Unabhängigen Landesentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein für den Berichtszeitraum 2013/2014**

Drucksache 18/2730

Bevor wir in die Debatte eintreten, hätte ich gern Herrn Weichert begrüßt, der jetzt aber verständlicherweise vermutlich mit Frau Hansen nach unten gegangen ist und die Glückwünsche entgegennimmt.

Daher eröffne ich jetzt gleich die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Dr. Axel Bernstein für die CDU-Fraktion das Wort.

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich mit Blick auf die - nicht funktionierende - Uhr bemühen, es kurz zu machen. Der Bericht des ULD gibt wie üblich einen guten Überblick über die umfangreiche Tätigkeit; über den Datenschutz in der Verwaltung, über die Beratung der privaten Wirtschaft, aber auch über die Beschäftigung mit Zukunftsthemen wie Cybersicherheit oder Big-Data in Modellprojekten und Studien, über die Auditierungsprojekte und über die Zusammenarbeit und die Beratung des Landtags. All dies ist professionell, all das ist lobenswert, all das ist gut.

Es gibt aber auch ein paar Bereiche, in denen sich das ULD nach unserer Überzeugung veranlagt hat, beziehungsweise bei denen die Leitung auf Spielwiesen unterwegs ist, die nach unserer Auffassung **nicht** zu den **Aufgaben des ULD** gehören.

(Beifall CDU)

Da ist natürlich die unselige Dauerfehde mit **Facebook** zu nennen. Es gibt aber auch das eine oder

(Dr. Axel Bernstein)

andere weitere Beispiel. Unter der Überschrift: „USA, unser Freund, Spion und Konkurrent“ befindet sich in dem Bericht ein Abschnitt, der mit in einem Kästchen eingerahmten Text unter der Überschrift „Was ist zu tun“ endet. Die Aussage darin: Das Verhältnis Deutschlands zu den USA - soll es eine Partnerschaft sein - muss sich an grundrechtlichen Werten orientieren. Für diese Grundaussage haben wir auf das ULD gewartet.

Nehmen wir ein weiteres Beispiel, den Abschnitt „Whistleblower“:

„Zwar könnte die Bundesrepublik Snowden Schutz gewähren, ein rechtlicher Anspruch auf einen solchen Schutz lässt sich aber kaum begründen.“

- Auch das ist nicht falsch, aber nach unserer Auffassung weit weg vom Auftrag des ULD.

Es ist jetzt ein bisschen müßig, Frau Hansen zu ihrer Wahl zu gratulieren, weil sie dies draußen jetzt wahrscheinlich nicht mitbekommt. Da wir hier aber weitestgehend nur noch für das Protokoll sprechen, will ich dies tun. Wir wünschen Frau Hansen viel Erfolg bei ihrer Tätigkeit und immer den richtigen Blick auf die Schwerpunkte und auf die Zuständigkeiten des ULD.

(Beifall)

Mit dieser Wahl ist auch der Zeitpunkt gekommen, die sachwidrige **Lex Weichert** wieder abzuschaffen; dem dürfte ja jetzt nichts mehr im Wege stehen.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Stichwort Thilo Weichert: Wir waren als CDU-Fraktion nun wahrlich nicht immer mit ihm einer Meinung. Ich persönlich möchte an dieser Stelle allerdings sagen: Für den offenen und fairen Umgang in Veranstaltungen und in Gremien darf ich mich ganz herzlich bedanken. Bei allen inhaltlichen Differenzen ist es sicherlich das Verdienst von Thilo Weichert, dass die öffentliche Wahrnehmung immer wieder auf das Thema Datenschutz gelenkt wurde. Das hartnäckige Werben dafür, dass Datenschutz und Medienkompetenz jeden Einzelnen angehen, ist richtig und wichtig. Die zumindest in weiten Teilen sehr abgewogene Stellungnahme von Thilo Weichert zur überfälligen Einführung von Höchstspeicherfristen lässt ja auch hoffen, dass hier inhaltlich noch Bewegung hineinkommt.

Wir wünschen Thilo Weichert für seine Zukunft alles Gute und einen Abschied ohne Groll aus dem Amt.

Im Juni 2013 hat die „Süddeutsche Zeitung“ ein Portrait über Herrn Weichert unter der Überschrift „Ein Mann wie eine Firewall“ veröffentlicht. Nun steht das turnusmäßige Update an, und das ist dann auch gut so. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die SPD-Fraktion hat das Wort der Herr Abgeordnete Peter Eichstädt.

Wir haben übrigens weiterhin ein bisschen Probleme mit der Uhr. Ich habe mich davon überzeugt, dass dies nicht an der CDU liegt. Aber wir werden hier jede Minute mitzählen.

**Peter Eichstädt [SPD]:**

Ich habe noch nie Probleme mit dieser Uhr gehabt.

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin! Nun kann die Uhr zu laufen beginnen.

(Heiterkeit)

Zunächst danke ich Herrn Weichert und seinem Team für den umfassenden Bericht, den wir heute zu würdigen haben und der beruhigt. Er macht die zwei Seiten der Medaille des Datenschutzes und der Datennutzung über die neuen technischen Möglichkeiten und die Notwendigkeit, sich mehr denn je für Datenschutz einzusetzen, noch einmal deutlich.

Am Wochenende hat der Datenschutzbeauftragte des Bundes, Peter Schaar, in den „Kieler Nachrichten“ dazu aufgerufen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger für eine demokratische, menschenfreundliche Gestaltung der Informationsgesellschaft starkmachen. Was meint er damit? - Es geht zum einen darum, dass die heutigen elektronischen Datensammel- und Datenverarbeitungsmöglichkeiten und Kommunikationstechnologien sicherlich viele neue **Chancen** bieten. Ich denke zum Beispiel an die Medizin, an ärztliche Versorgung, an E-Learning-Portale, um sich fort- und weiterzubilden, an Möglichkeiten, sich mit Menschen überall auf der Welt zu vernetzen, Wissen weltweit allen Menschen zur Verfügung zu stellen und die Mächtigen zu kontrollieren.

Zum anderen geht es aber auch um die Überforderung des Einzelnen im Rahmen all dieser genannten Möglichkeiten. Die einen gehen sorglos mit ihren Daten um und lassen andere an jedem noch so kleinen Detail in ihrem Leben teilhaben. Gleichzeitig

(Peter Eichstädt)

sind ihnen die Gefahren, die daraus für sie resultieren könnten, entweder nicht bewusst, oder es ist ihnen gleichgültig.

Die anderen, die nicht alles anderen preisgeben wollen und sich nicht einer Einschränkung der individuellen Freiheitsrechte durch zunehmende Einschränkung aussetzen wollen, wissen häufig nicht, wie sie ihre Daten schützen sollen, ohne sich von den durchaus geschätzten Möglichkeiten abzukoppeln.

Hier setzt der dritte Aspekt an, der sich daraus ableitet, nämlich der Datenschutz. Mit all den neuen Möglichkeiten wird auch ein Missbrauch der Daten, die wir preisgeben, immer einfacher. Hier brauchen wir wirksame rechtliche Regelungen, die Daten zu schützen. Deshalb ist es richtig, dass auch auf **europäischer Ebene** endlich über eine neue **Datenschutzverordnung** verhandelt wird; denn es nützt so gut wie nichts, auf nationaler Ebene Daten zu schützen, wenn sie europa- und weltweit nicht geschützt sind.

Aber neben den notwendigen Regelungen des Datenschutzes brauchen wir mehr **bewussten Umgang** und ein aktives Bewusstsein mit unseren Daten. Das deutlich zu machen, ist auch Aufgabe der Politik. Vor allem jungen Menschen müssen wir vermitteln, dass der Satz „Ich habe doch nichts zu verbergen“ nicht nur naiv ist, sondern unter vielerlei Gesichtspunkten auch gefährlich.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, für Schleswig-Holstein und den Datenschutz im Land ist der heutige Tag ein Einschnitt.

Sehr geehrter Herr Dr. Weichert, ich möchte Ihnen im Namen meiner Fraktion für Ihre Arbeit als Beauftragter für den Datenschutz in Schleswig-Holstein danken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie waren in all den Jahren ein für die Politik nicht immer bequemer, manchmal ausgesprochen unbequemer Partner, aber Sie waren immer ein Partner. Sie haben den Datenschutz in unserem Land zu einem Markenzeichen gemacht, und Sie genießen weit über unsere Landesgrenzen hinaus großes fachliches Ansehen. Dieses fiel auch ein wenig auf unser Land zurück. Dass Sie einige von uns gelegentlich auch genervt haben, vor allem mit Ihrem - sagen wir mal - beharrlichen Vorgehen gegenüber Facebook, gehört natürlich auch zur Chronik.

Aber trotz aller Auseinandersetzungen war die grundsätzliche Anerkennung Ihrer Arbeit von den meisten nie wirklich infrage gestellt worden. Ich erinnere mich noch gut daran, Herr Kollege Bernstein - das ist mein Kollege von der CDU-Fraktion -, dass Sie angesichts der Aktivitäten von Herrn Weichert gegen Facebook ein freundliches „Nicht schon wieder, Thilo“ in die Pressemitteilung schrieben. Das klang leicht genervt, aber eigentlich auch, Herr Kollege Bernstein, schon wieder ein bisschen liebevoll und zeigt, dass Kritik und Zuneigung nicht weit auseinanderliegen müssen.

Herr Weichert, ich danke Ihnen und wünsche Ihnen alles Gute für Ihre Zukunft! Sie waren ein guter schleswig-holsteinischer Leuchtturm des Datenschutzes.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gestatten Sie mir nun noch ein paar kurze Worte an die Adresse von Frau Hansen. Sie ist zwar im Moment nicht im Raum, ich möchte sie aber trotzdem vortragen, weil ich denke, sie wird diese draußen hören.

Liebe Frau Hansen, Ihnen gratuliere ich im Namen meiner Fraktion herzlich zu Ihrer Wahl. Sie werden mit Sicherheit vieles anders machen und Ihren eigenen Stil finden. Aber wenn Herr Dr. Weichert in der Presse zitiert wird, er halte große Stücke auf Sie und wörtlich sagt „Ich wüsste niemand Besseren“, dann ist das zumindest für Sie ein guter Start. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Burkhard Peters das Wort.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute den letzten Tätigkeitsbericht des ULD zu verhandeln, der unter Verantwortung von Dr. Thilo Weichert für den Zeitraum 2013 und 2014 verfasst wurde.

Ziemlich zu Beginn des Berichtszeitraums, genau am 6. Juni 2013, steht ein Ereignis, in dessen Folge für den Datenschutz weltweit ein geradezu brutaler Ernüchterungsprozess eingetreten ist. Am 6. Ju-

(Burkhard Peters)

ni 2013 veröffentlichten die „Washington Post“ und der „Guardian“ die geheimen Dokumente der NSA und des GCHQ mit Hilfe des **Whistleblowers Edward Snowden**. Immer neue Enthüllungen Snowdens haben seitdem das Vertrauen in die Unverletzlichkeit unserer Computer und unserer Telekommunikation in Deutschland zutiefst erschüttert.

Meine Damen und Herren, heute wissen wir, dass die Geheimdienste der Staaten USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland bereits seit Ende der 1990er-Jahre bis heute weltweit die Telekommunikation von Milliarden Menschen, von Regierungsrepräsentanten und Politikerinnen und Politikern, von Unternehmen und Institutionen abfangen, aufzeichnen, analysieren und verwerten

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Eine der Stationen steht in Deutschland!)

- und dies beileibe nicht nur zum Zwecke der Terrorbekämpfung. Im Mittelpunkt stehen mindestens gleichberechtigt politische und wirtschaftliche Interessen. Inzwischen müssen wir auch davon ausgehen, dass deutsche Nachrichtenbehörden wie der BND aktiv und wissentlich in das illegale Agieren der ausländischen Geheimdienste verstrickt sind.

Meine Damen und Herren, viele haben das Vertrauen in den faktischen Bestand des **Grundrechts auf informelle Selbstbestimmung** mittlerweile verloren.

Gemessen daran mögen die im vorliegenden Bericht für Schleswig-Holstein aufgezeigten Probleme und Verstöße wenig gravierend erscheinen. Die Enthüllungen Snowdens machen aber schlagartig deutlich, wie verletzlich unsere informationstechnischen Strukturen sind und welchen enormen Stellenwert der Schutz unserer Daten angesichts der unermesslichen Datensammelwut von Behörden und Unternehmen bei gleichzeitig kaum begrenzten Speicherungs- und Verarbeitungskapazitäten hat.

Wir schätzen uns daher glücklich, über elf Jahre in der Person von **Thilo Weichert** einen in ganz Deutschland und Europa hoch anerkannten Datenschützer in unserem Land gehabt zu haben, der wie kaum ein anderer für den Schutz unserer Daten kompetent, streitlustig und öffentlichkeitswirksam nicht nur eingetreten ist, er hat mit Leib und Seele dafür gekämpft. Lieber Thilo Weichert, dafür gebührt dir großer Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Du wärest auch nicht der Datenschützer, den wir alle kennen und schätzen, wenn du uns in den Bericht

nicht einige Dinge zur dringlichen Erledigung hineingeschrieben hättest, verbunden mit dem Hinweis auf bisherige Saumseligkeit. Dies betrifft zum Beispiel die notwendige Anpassung des **Landesverwaltungsgesetzes** an die erheblich erweiterten Anwendungsbereiche des Polizeisystems @rtus. Dieses vormals nur zu Bearbeitung von Vorgängen genutzte System hat sich in der Praxis zwischenzeitlich zu einem umfassenden Programm aus Vorgangsbearbeitung, Information und Auswertung entwickelt. Diese Weiterentwicklung wird vom bestehenden Wortlaut der Vorschriften des Landesverwaltungsgesetzes aber nicht gedeckt. Hier ist in der Tat gesetzlicher Handlungsbedarf dringend gegeben.

Zum anderen steht auch noch die Weiterentwicklung des **Informationszugangsgesetzes** zu einem Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild aus. In Artikel 53 der neuen Landesverfassung haben wir uns zwar zwischenzeitlich zu umfassender Transparenz verpflichtet, die erforderliche einfachgesetzliche Umsetzung steht allerdings noch aus.

(Beifall PIRATEN)

Auch die technischen und organisatorischen Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um den Verfassungsauftrag für mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung mit Leben zu erfüllen.

Die Mahnungen des Berichts, endlich tätig zu werden, sind also sehr berechtigt. Packen wir es an!

Lieber Thilo Weichert, ich persönlich wünsche dir, dass die gerichtliche Auseinandersetzung des ULD um die Frage der datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeit der Betreiber von **Facebook-Fanpages** vor dem Bundesverwaltungsgericht von Erfolg gekrönt sein wird.

(Beifall PIRATEN)

Das letzte Wort in diesem Rechtsstreit ist bekanntlich noch nicht gesprochen. Vielleicht gilt auch in dieser Frage, in der du bisher so viel Kritik erfahren hast, der Satz: Wer zuletzt lacht, lacht am besten.

In diesem Sinne: Kämpfe weiter für den Datenschutz! Andere werden sich glücklich schätzen, deine enormen Kompetenzen weiter nutzen zu dürfen.  
- Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Abgeordneten Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zuletzt hat der groß angelegte Hackerangriff und Datenklau im IT-Netz des **Deutschen Bundestages** sehr viel Aufsehen erregt. Vielleicht hat dieser spektakuläre Vorgang zumindest eine gute Seite, dass nämlich die deutsche Politik aus ihrem Winterschlaf in Sachen Datenschutz aufwacht und endlich die Herausforderungen in diesem Bereich ernst nimmt.

Dass die deutsche Politik da noch etwas nachzuholen hat, zeigt auch der hier zu beratende Bericht des ULD. Dort hat nämlich Herr Weichert bei der Vorstellung festgestellt, dass man in den letzten beiden Jahren auch für unser Land im Bereich Datenschutz Stillstand vermelden müsse. Seitens der Landesregierung scheint dies jedenfalls kein Thema zu sein. Die Verarbeitung von Steuerdaten durch Kommunen erfolgt hierzulande ohne gesetzliche Grundlage, so ein Kritikpunkt des Landesdatenschutzbeauftragten. Das ist nur einer von mehreren. Sowohl im kommunalen Bereich als auch in den Ministerien liegt da noch manches im Argen, was nachzubessern ist. Es besteht also Handlungsbedarf zur Genüge. Im Einzelnen werden wir das in den Ausschüssen anhand des Berichts noch nacharbeiten.

Die neue Datenschutzbeauftragte - auf diesem Feld ja hierzulande eine gute Bekannte - wird also in den kommenden Jahren genügend Aufgaben haben, der Landesregierung und dem Landesparlament bei der Modernisierung, der Aktualisierung und Stärkung des Datenschutzes mit ihrer Sachkompetenz beratend zur Seite zu stehen und, wo immer es nötig ist, auch auf konsequentes politisches Handeln zu drängen.

Wir Freie Demokraten danken dem nun aus dem Amt ausgeschiedenen Datenschutzbeauftragten **Thilo Weichert** für die von ihm geleistete Arbeit. Seine Leistung in zwei Amtsperioden ist ansehnlich und bemerkenswert. Insgesamt überwiegt bei Weitem das Positive, auch wenn wir in der Vergangenheit an dieser oder jener einzelnen Aktion unsere Kritik anzubringen hatten.

(Beifall FDP)

Stichworte sind zum Teil schon genannt worden, etwa die aus unserer Sicht nicht notwendige Verunsicherung mittelständischer Firmen im Zusammenhang mit der Facebook-Aktion,

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

aber zuletzt auch die schwer nachvollziehbaren Stellungnahmen zum Thema Vorratsdatenspeiche-

rung - das hat uns sehr irritiert -, genauer gesagt zu der Vorlage des Bundesjustizministers,

(Beifall FDP und PIRATEN)

die ja auch die Kolleginnen und Kollegen Datenschutzbeauftragte des Bundes und der Länder, wie wir feststellen mussten, überhaupt nicht geteilt haben.

Aber das sind, wie gesagt, Ausreißer. Insgesamt - das muss man hier feststellen - hat sich Herr Weichert um unser Land im Bereich des Datenschutzes große Verdienste erworben.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Dass wir ihn nicht ein drittes Mal mitwählen konnten, hängt - das wissen Sie - nicht mit unserer grundsätzlichen Kritik an seiner Arbeit zusammen, sondern damit, dass wir aus Überzeugung das Amt auf zwei Wahlperioden begrenzt wissen möchten.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Deshalb war die Entscheidung für uns klar. Wir wünschen Frau **Marit Hansen** viel Erfolg bei ihrer Tätigkeit für die kommenden Jahre!

Persönlich möchte ich anmerken, dass mich besonders ihr konsequentes Eintreten für den Datenschutz im Zusammenhang mit dem Thema Vorratsdatenspeicherung beeindruckt hat.

(Beifall FDP)

Ich bin wirklich überzeugt, dass Frau Hansen in der neuen Position für dieses Bundesland, für unser Schleswig-Holstein, ein großer Gewinn sein wird. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die PIRATEN-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Patrick Breyer das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte meine Rede mit einem Dank beginnen, und zwar an Herrn **Dr. Thilo Weichert** für seine Leistungen und Verdienste um den Datenschutz. Sie sind vielleicht der profilierteste Botschafter des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung in Deutschland. Deswegen auch von unserer Seite noch einmal Anerkennung für alles, was Sie für den Datenschutz getan haben!

(Dr. Patrick Breyer)

Ich will ausdrücklich hinzufügen, dass dieser Dank auch die Klage gegen die Datenkrake Facebook einschließt. Auch bei den anderen Punkten, die Herr Dr. Bernstein genannt hat, können Sie uns an Ihrer Seite wissen.

(Beifall PIRATEN)

Außerdem freue ich mich, dass Ihre Nachfolgerin, **Marit Hansen**, diese Debatte verfolgt. Deswegen darf ich ihr persönlich zur Wahl gratulieren. Frau Hansen, Sie sind eine topqualifizierte Datenschützerin, eine Kritikerin der Vorratsdatenspeicherung, parteilos und als Informatikerin die Richtige für den Schutz unserer Daten im Zeitalter der digitalen Revolution, der allgegenwärtigen Datensammlung und der Massenüberwachung. Deswegen gratulieren wir herzlich zur Wahl. Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall PIRATEN)

Nun haben wir leider sehr viel miteinander zu tun. Wenn wir uns den Tätigkeitsbericht der vergangenen zwei Jahre anschauen, dann stellen wir fest, dass es um den Schutz unserer Daten in Schleswig-Holstein schlecht bestellt ist. Dr. Thilo Weichert bescheinigt SPD, Grünen und SSW in der Landespolitik ausdrücklich einen Stillstand beim Datenschutz im Land. Ich muss ergänzen: Sie haben das informationelle Selbstbestimmungsrecht sogar massiv abgebaut und verletzt.

Ich will nur einige Stichworte aus dem Datenschutzbericht aufgreifen. Sie haben die **Videoüberwachung** massiv aufgestockt. Fahrgäste zwischen Flensburg, Kiel und Hamburg werden überwacht. Die Einsatzfahrzeuge der Polizei werden mit Überwachungsrichtungen ausgerüstet. In Justizvollzugsanstalten darf ebenso überwacht werden wie in psychiatrischen Krankenhäusern und im Maßregelvollzug. Sogar Demonstranten wollen Sie mit Überblicksaufnahmen überwachen.

Sie sehen untätig zu, wie die Polizeidatenbank @rtus laut Unabhängigem Landesdatenschutzzentrum rechtswidrig betrieben wird und dem hohen Schutzbedarf der Bürgerdaten in diesen Datenbanken nicht Rechnung getragen wird. Hinsichtlich eines besseren Schutzes vor Datenmissbrauch, worauf wir seit Jahren drängen, ist Fehlanzeige zu vermeiden. Der **Verfassungsschutz** in unserem Land speichert rechtswidrig Daten, wie das Landesdatenschutzzentrum feststellt.

Das Datenschutzzentrum begrüßt unseren Gesetzentwurf zur Abschaffung der Jedermann-Kontrollbefugnisse in **Gefahrengebieten**. Der Landtag aber bleibt untätig und lässt unseren Entwurf liegen.

Kommen wir zur **Transparenz**. Wir haben auf unsere Initiative hin ein Vergütungs Offenlegungsgesetz. Das ist gut, aber ein Transparenzgesetz fehlt bis heute. Obwohl wir einen entsprechenden Auftrag in der Landesverfassung verankern konnten, ist nichts umgesetzt worden. Umgekehrt werden sogar entsprechende Vorschriften herausgekürzt wie im Gesetzentwurf zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes, der am Freitag zur Abstimmung stehen wird.

Im Zeitalter von NSA und Massenüberwachung gibt es nicht einmal die Möglichkeit, mit allen Landesbehörden verschlüsselt zu kommunizieren. Das ist wirklich ein Armutszeugnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe an dieser Stelle keine Zeit, die fatale Bilanz, aber auch die einzelnen Lichtblicke, die wir zu verzeichnen hatten, hier im Einzelnen darzustellen. Ich verweise auf den Beitrag in unserem neuen Landtagsblog und lade Sie alle ein, da mitzuschreiben und mit zu kommentieren.

Wir werden im Innen- und Rechtsausschuss Zeit haben, den Tätigkeitsbericht des Landesdatenschutzentrums ausführlich zu beraten. Das sollten wir auch tun; denn dieser ist wirklich eine Schatztruhe, was den Handlungsbedarf angeht.

Ich wünsche mir, dass wir diese Beratung zusammen mit unserer neuen Landesdatenschutzbeauftragten vornehmen, dass wir sie einladen zur Beratung und Vorstellung dieses Berichts. Ich freue mich sehr darauf, das nach der Sommerpause anzugehen. Schon der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill sagte: Aufschub ist die tödlichste Form der Ablehnung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns den Schutz unserer Daten und den freien Informationszugang endlich zur politischen Priorität machen. Er ist uns PIRATEN ein Kernanliegen, aber für diese Landesregierung muss er es noch werden. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Nun hat der Kollege Lars Harms für die Abgeordneten des SSW das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, **Herrn Weichert** für seine Arbeit sehr zu danken. Ich habe

(Lars Harms)

schon vorher angekündigt, dass ich unsere Rede zu Protokoll gebe, aufgrund der Tatsache, dass die Zeit schon sehr weit fortgeschritten ist und dass es noch andere Termine gibt. In der Rede kann man die inhaltlichen Argumente sicherlich noch einmal nachlesen.

Trotzdem möchte ich noch ein persönliches Wort an Herrn Weichert richten, weil ich glaube, dass es sehr wichtig ist, zu wissen, warum wir vom SSW Sie so schätzen. Das liegt nicht nur an Ihrer Datenschutzarbeit. Das erwarte ich von einem Datenschützer. Diese Arbeit haben Sie wirklich hervorragend hinbekommen.

Uns hat immer imponiert, dass Sie sich auch in die Gegenseite versetzt haben. Sie haben immer geschaut: Was will derjenige, der da etwas macht, und welche Rechte hat derjenige, der möglicherweise etwas machen will, was dem Datenschutz nicht unbedingt gerecht wird? Dann hat man bei Ihnen in der Dienststelle abgewogen und eine abgewogene Stellungnahme abgegeben. Das hat uns immer sehr imponiert. Gerade für solche Stellungnahmen, die uns wirklich weitergebracht haben, möchten wir uns sehr herzlich bei Ihnen bedanken. Es war wirklich eine hervorragende Zusammenarbeit mit Ihnen.

Wenn man schon einmal dabei ist: Herzlich willkommen im Team, **Frau Hansen**. Sie sind ja schon im Team, aber jetzt sind Sie ganz groß im Team

drin. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg, viel Spaß bei der Arbeit. Inspirieren Sie uns ruhig ein bisschen, das schadet dem Landtag nicht. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Kollege Breyer hat beantragt, dass der Bericht Drucksache 18/2730 dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen wird. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen, ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr und wünsche Ihnen allen einen guten Abend!

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:36 Uhr**



## Anhang

## Reden zu Protokoll

**35. Tätigkeitsbericht 2015 des Unabhängigen Landesentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein für den Berichtszeitraum 2013/2014**

Drucksache 18/2730

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz ist in Zeiten der digitalen Informationsgesellschaft kaum wegzudenken. In den letzten Jahren hat das Zentrum immer wieder den Datenschutz auf die Tagesordnung der Politik gesetzt - und das ist gut so. Thilo Weichert als operative Hausspitze hat sich auch nicht gescheut, sich mit den Landesregierungen kritisch auseinanderzusetzen. Das gleiche gilt zudem auch für Konzernriesen wie Facebook, Amazon, Ebay und Co. Dabei geht es nicht um Erfolg oder Misserfolg, sondern um klare Ansagen. Herumdrukken, um den heißen Brei reden oder Fachidiotismus haben in der Vergangenheit keinen Platz bei der ULD-Leitung gehabt. Und das ist aus Sicht des SSW auch ganz gut so. Unabhängige Politikberatung, die immer auch beide Seiten der jeweiligen Problemstellungen ausleuchtet, ist nicht nur unerlässlich, sondern bildet gewissermaßen einen Mehrwert für alle Beteiligten. Nur so kann Expertise auch reifen und schlussendlich in den Gesetzen greifen. Vor allem geht es dabei auch immer um die Frage der Zulässigkeit und die möglichen Konsequenzen eines gesetzlichen Vorhabens.

Bemerkenswert ist auch, dass das ULD neben den bei uns im Land geltenden Gesetzgebungsbereich in punkto Datenschutz das große Ganze nicht aus den Augen lässt. Längst ist es so, dass Marschrichtungen von anderswo vorgegeben oder gar gänzlich dominiert werden. Die größte Dominanz geht zweifelsfrei von den USA aus, die uns tagtäglich im Alltag begegnet, etwa beim Online-Einkauf oder in den sozialen Netzwerken. Wir machen uns etwas vor, wenn wir glauben, den USA ginge es nur um Sicherheit und Schutz der Bürger. Deswegen dürfen

wir nicht zulassen, dass die digitale Datenwelt eine amerikanische wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir unseren Gestaltungsanspruch in Anbetracht einer übergroßen Mehrheit aufgeben. Denn fest steht doch, dass die Daten der analogen Welt, der digitalen weichen werden. Datenschutz spielt sich in wenigen Jahren ausschließlich im Netz ab und deswegen bedeutet Datenschutz auch immer Rechtsprechungen zu digitalisierten Inhalten.

Fakt ist, dass der Staat diese Aufgabe in der Vergangenheit nicht ernst genug genommen hat. Thilo Weichert hat also völlig recht, wenn er sagt:

„Es ist ein Grauen, wie gering das Problembewusstsein bei Politikerinnen und Politikern in digitalen Grundrechtsfragen ist.“

Fakt ist aber auch, dass Datenschutz nicht ohne den Staat funktioniert. Wir machen uns etwas vor, wenn wir glauben, in den anonymen Weiten des Netzes entstehe eine neue Demokratie. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist also absolut legitim, wenn Herr Weichert die Untätigkeit und Ratlosigkeit einiger Ebenen anprangert. Sie merken schon, es gibt also noch viel zu tun.

Ohne Zweifel hat Schleswig-Holstein in der Vergangenheit in der Datenschutz-Bundesliga ganz vorne mitgespielt, und dies verdanken wir vor allem unserem engagierten Datenschützer Thilo Weichert und seinen Mitarbeitern. Wir vom SSW bedanken uns nicht nur für den umfangreichen Bericht, sondern vor allem auch bei Thilo Weichert, der mehr als ein Jahrzehnt als Leiter des ULD fungiert hat. Wir sagen danke für die konstruktive und fruchtbare Zusammenarbeit und wünschen weiterhin unserem ULD viel Elan und Power für die Zukunft.

Anlage

**Namentliche Abstimmung**  
 93. Sitzung am 15. Juli 2015  
**Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Kammer für die Heilberufe in der Pflege**  
 Gesetzentwurf der Landesregierung  
 Drucksache 18/2569  
 (Seite 7904 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Jürgen Weber	Abwesend
Hans-Jörn Arp	Paring	Lars Winter	Ja
Dr. Axel Bernstein	Nein		
Johannes Callsen	Nein	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Astrid Damerow	Nein	Rasmus Andresen	Ja
Volker Dornquast	Nein	Dr. Marret Bohn	Ja
Heike Franzen	Nein	Anke Erdmann	Ja
Hauke Göttisch	Nein	Marlies Fritzen	Ja
Daniel Günther	Nein	Eka von Kalben	Ja
Hartmut Hamerich	Nein	Detlef Matthiessen	Ja
Karsten Jasper	Nein	Burkhard Peters	Ja
Klaus Jensen	Nein	Ines Strehlau	Ja
Tobias Koch	Nein	Dr. Andreas Tietze	Ja
Peter Lehnert	Nein	Bernd Voß	Ja
Jens-Christian Magnussen	Nein		
Hans Hinrich Neve	Nein	<b>FDP</b>	
Petra Nicolaisen	Nein	Dr. Heiner Garg	Nein
Barbara Ostmeier	Nein	Anita Klahn	Nein
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Heiner Rickers	Nein	Wolfgang Kubicki	Nein
Klaus Schlie	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Peter Sönnichsen	Nein	Christopher Vogt	Nein
Rainer Wiegard	Nein		
		<b>PIRATEN</b>	
<b>SPD</b>		Angelika Beer	Nein
Torsten Albig	Ja	Dr. Patrick Breyer	Nein
Wolfgang Baasch	Ja	Wolfgang Dudda	Nein
Dr. Kai Dolgner	Ja	Uli König	Nein
Peter Eichstädt	Ja	Sven Krumbeck	Nein
Kirsten Eickhoff-Weber	Ja	Torge Schmidt	Nein
Martin Habersaat	Ja		
Bernd Heinemann	Ja	<b>SSW</b>	
Birgit Herdejürgen	Ja	Lars Harms	Ja
Thomas Hölck	Ja	Flemming Meyer	Ja
Simone Lange	Ja	Jette Waldinger-Thiering	Ja
Serpil Midyatli	Ja		
Birte Pauls	Ja		
Tobias von Pein	Ja		
Regina Poersch	Ja		
Beate Raudies	Ja	<b>Zusammenstellung:</b>	
Sandra Redmann	Ja	Abgegebene Stimmen	67
Thomas Rother	Ja	davon	
Olaf Schulze	Ja	Jastimmen	34
Dr. Ralf Stegner	Ja	Neinstimmen	33
Kai Vogel	Ja	Enthaltungen	-